

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die hochgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Wiederhall von Amsterdam in Frankreich.

Paris, 22. August. (Fig. Ver.)

Kein internationaler sozialistischer Kongress hat die französische Selbstheit in so hohem Grade interessiert wie der Amsterdamer. Selbst der Pariser Kongress von 1900, in dessen Mittelpunkt der Fall Millerand stand, hat hier keinen so mächtigen Wiederhall gefunden wie die Amsterdamer Debatten über den Jaurèsismus. Der Grund davon liegt auf der Hand. Die Millerand-Debatte von 1900 konnte von vornherein keine unmittelbaren praktischen Rückwirkungen auf die innere Politik Frankreichs ausüben, nachdem schon der bezügliche Auslegungsbefehl des französischen Einigungskongresses von 1899 Millerands Verbleiben im Ministerium nicht verhindert bezw. von dieser Verhinderung abgesehen hatte. Anders in Amsterdam. Die Debatte über den Jaurèsismus, die sich aus der Einbringung der Dresdener Resolution notwendig entwickelte, konnte von vornherein keinen andern Sinn und Zweck haben, als dem Jaurèsismus, dieser praktischen Verkörperung eines bürgerlichen Sozialismus, praktisch Einhalt zu gebieten. Der Amsterdamer Kongress, dessen Kompetenz Jaurès ja anerkannt hatte, griff so direkt ein in die französischen sozialistischen Parteiverhältnisse und damit — bei dem großen parlamentarischen Einfluß von Jaurès und seiner Fraktion — auch in das allgemeine politische Leben Frankreichs.

Zur richtigen Einschätzung der bürgerlichen Preskurrelle über Amsterdam sei vorausgeschickt, daß der ministerielle Sozialismus von jeher nur die Sympathien der gleichfalls ministeriellen bürgerlichen Linksparteien besitzt. Entscheidend ist dabei die handgreifliche ministerielle Waffengemeinschaft, nicht etwa allgemeine Fernsichten über die Vorzüge des Jaurèsismus vom bürgerlichen Standpunkte aus. Diese Fernsicht fehlt aber oder wenigstens wird verheimlicht auch von den rechtsstehenden Bourgeoisparteien, die ihrerseits in Jaurès und in seiner Richtung den gefährlichsten Feind erblicken. Insofern mit Recht, als ihre augenblicklichen Partei- und Mängel-Interessen in Betracht kommen. Jaurès und die Seinen thun ja ungewisselhaft sehr viel, wenn nicht das meiste, für die Aufrechterhaltung einer festen Disziplin innerhalb des Regierungsbloc. Unter dem früheren Kabinett war das große persönliche Prestige Waldeck-Rousseaus der feste Kitt, der die disziplinlosen Parteien, Gruppen und Personen zusammenhielt. Combes hingegen wäre ohne Jaurès wohl schon längst über die eingewurzelte Disziplinlosigkeit der französischen Parlamentarier gestolpert.

Daher und nur daher der intensive Haß der Reaktion gegen den ministeriellen Sozialismus. Daher auch ihre Freude über das Amsterdamer Votum. Das paßt ja vortrefflich zur gewohnten Uebung der ministeriellen Bourgeoisparteien, den Jaurèsismus — sei es aus Verständnislosigkeit, sei es aus heuchlerischer parteipolitischer Berechnung — für die gefährlichste Form des Sozialismus auszugeben. Andererseits aber geht es beim mehr oder minder aufrichtigen reaktionären Jubel über die internationale Niederlage des Jaurèsismus ohne einen kleinen heiteren Widerspruch nicht ab. Um jubeln, d. h. beim Vespublikum den nötigen Eindruck hervorzurufen zu können, muß die antiministerielle Bourgeoispresse mit dem Amsterdamer Kongress die Gefährlichkeit der jaurèsistischen Methode für den Sozialismus betonen, nachdem sie selbst jahrelang über ihre Gefährlichkeit für die bestehende Ordnung gezelet hat. Dem armen Vespublikum wird also zugemutet, das, was ihm als die gefährlichste Art Sozialismus vorgemalt wurde, auf einmal für unsocialistisch, für antisocialistisch zu halten.

Im bedächtigen „Temps“ wird dieser Widerspruch notdürftig durch allerlei „Wenn — Aber“ verdeckt. Der Leserkreis des „Figaro“ bedarf dieser Schonung nicht. Dieses Blatt kann daher in einem Atem „die Herrn Jaurès in Amsterdam erteilte Lektion“ bejubeln, daß es nicht genügt, sein Land unterst zu oberst zu lehren, um Sozialist genannt zu werden“ — und zugleich die guesdistische „Intransigenz“ für die bestehende Gesellschaft „weniger gefährlich“ zu erachten „als die heimliche Politik der geschickten Mäander und der geheimen Aktion, wodurch die Regierungssocialisten alljährlich schaden.“ Alltäglich! Das ist die Hauptsache für die durch Jaurès und Combes von der alltäglichen Regierungsgewalt und ihren alltäglichen Vorteilen ferngehaltenen Reaktionsparteien. . . . Auf dem gleichen Blatte steht das affektierte Lob, das die antiministerielle Presse dem Guesdismus und Guesde auf Jaurès Kosten zu spenden beliebt.

Innerhalb dieser Presse sucht jede einzelne Richtung aus dem Amsterdamer Kongress für sich, wie überall, einen Extravorteil und eine Extrafreude herauszulomentieren. So namentlich die Monarchisten, die Rebels Aeußerungen nach dem Schlusse der deutschen Bourgeoispresse für der Monarchie auszusprechen suchen. Die Nationalisten aller Schattierungen betonen ihrerseits wieder einmal den in ihrem Sinne waschechten Patriotismus Bebel's.

Einen Mifton in die allgemeine reaktionäre Freude bringt das „Journal des Débats“, dessen Mitarbeiter Bourdeau zu den wenigen sachkundigen bürgerlichen Beobachtern des Sozialismus gehört. Er meint zunächst zutreffend, daß Jaurès sich bis auf weiteres „zwischen zwei Blocs“ befinde, zwischen dem internationalen und dem ministeriellen Bloc. Der Umstand aber, daß seine Taktik aus Amsterdam „mit einem blauen Auge und einem verletzten Arm“ zurücklehre, dürfe „und“ nicht zur Freude verleiten. Dem Jaurès werde sich aus seiner Zwielage dadurch zu helfen suchen, daß er „seinem ersten Minister, Herrn Combes, und seiner Mehrheit den Befehl erteilen wird, eine noch

entschiedener socialistische Politik zu befolgen. . .“) Bourdeaus Sachkundigkeit ist mit seiner gegen Combes gerichteten polemischen Absicht durchgerannt.

Wahr ist, daß die reaktionäre Freude über Amsterdam gegenstandslos oder mindestens verflüchtigt ist, aber aus einem ganz andren Grunde, als der „Débats“-Mitarbeiter meint. Jaurès und die Seinen denken nämlich gar nicht daran, auf das kategorische „Galli“ zu achten, das die Internationale ihrer Taktik zugerufen hat! . . .

Schon unmittelbar nach dem Votum der Dresdener Resolution in der Kommission des Jaurès aus Amsterdam: „In diesem Votum ist bereits ein bemerkenswerter Umstand zu Tage getreten, der denen zu denken geben muß, die dem Votum der Dresdener Resolution eine allzu große Bedeutung beimessen sollten.“ Dieser Umstand sei das Eintreten „der freiesten, der demokratischsten Länder“ für die Resolution — Adler-Vandervelde („Humanité“, 19. August). Und Gérault-Richard despatchierte an die „Petite République“ aus Amsterdam in einer an Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Sprache: „Auf seine wahren Folgen zurückgeführt, wird der Beschluß des Kongresses die Archive der verschiedenen Parteien bereichern. Das ist ein Resultat.“ Neben diesem ironischen Resultat weiß aber Gérault-Richard dem Kongressbeschlusse noch ein von ihm ernst gemeintes Resultat abzugewinnen, nämlich das, daß es um das „kindische“ Streben nach einer einzigen Denkweise, nach einer einzigen Taktik vielleicht geschehen sei — „zum großen Leidwesen des einzigen socialistischen Vulgaren und des einzigen socialistischen Japaners, die daran dachten, um ihre Auffassung und ihre Taktik aufzuzwingen, denen sie ihre bekannten glänzenden Erfolge verdanken.“ („Pet. Rép.“, 20. August.) In der nächstfolgenden Nummer der „Pet. Rép.“ erzählt Gérault-Richard seinen Lesern, daß die Stimmgleichheit im Votum über die Resolution Adler-Vandervelde und die mindere Qualität mancher gegen jene Resolution stimmenden Rationen das schließliche Votum der Dresdener Resolution für die Jaurèsisten zu Lust gemacht hätte: „Wir bleiben die Herren unsrer Taktik. Wir wären es übrigens so wie so trotz alledem geblieben. Aber es ist wünschenswerter, daß in der internationalen Versammlung des Sozialismus der gesunde Verstand über den Schandrian und die Eitelkeit obgesteht hat.“

In andren, gewundenen Worten befaßt dasselbe der ausführliche Kommentar von Jaurès in der heutigen Nummer der „Humanité“. Der Artikel beginnt mit diesem Satz: „Das gegen uns von Guesde und Vaillant verübte Manöver ist vollständig gescheitert“, trotzdem der internationale Sozialismus über die französischen Verhältnisse minder gut unterrichtet sei als das französische Proletariat und trotzdem er seit langem zu Ungunsten der Jaurèsisten „von einer sehr aktiven Clique“ (coterie) bearbeitet worden sei. „Was war die Wirkung dieser kindischen Intrigue und dieses Ansturms?“ Das Votum der Dresdener Resolution werde wieder aufgewogen vor allem durch die Stimmgleichheit und die qualitative Stimmenverteilung im Votum über den Antrag Adler-Vandervelde! Dieser Antrag „bedeutet ja gewiß keine Zustimmung zu unsrer Methode; aber er war von einem viel weiteren Geiste getragen als die Dresdener Resolution. Adler hat ausdrücklich erklärt, nicht nur daß der internationale Kongress keine Taktik ausschließen könne und dürfe, daß er, ohne die größte Unvorsichtigkeit zu begehen, nicht an Stelle der Landesparteien treten könne in der Leitung der alltäglichen Politik und in der Anwendung der Taktik, sondern auch daß die Bedingungen der socialistischen Aktion sich nach Zeit und Milieu ändern und daß man den neuen Methoden die Freiheit lassen müsse, ihre Wirkungen zu entfalten. Das ist das einzige, was wir unsrerseits vom internationalen Sozialismus zu verlangen hatten. Wir hatten keineswegs seine Verantwortlichkeit für unsre socialistische Politik zu engagieren. Aber wir forderten das Recht, sie fortzusetzen — ich sage: nicht nur ohne Zwang, sondern auch ohne Mißgunst. Dies war der wahre Sinn des Antrages Adler-Vandervelde.“ (Hier wie überall vom Berichterstatter unterstrichen.)

Nach einer derartigen Auslegung dieses Antrages wird es verständlich, wenn Jaurès ihm — unter den erwähnten Abstimmungsbedingungen — „eine ganz überwiegende moralische Autorität“ zuschreibt, „die durch die zwei Stimmen des Genossen Katayama keineswegs wieder aufgewogen werden kann“. Das Votum der Dresdener Resolution aber mit 28 gegen bloß 5 Stimmen wird von Jaurès nicht berücksichtigt. Dafür wendet er die Hälfte seines Kommentars an den Uebersehungsfehler im französischen Text der Dresdener Resolution und an die von der deutschen Delegation zuletzt beantragte Ersetzung des Wortes „berurteilen“ durch das Wort: „zurückweisen“. Das eine wie das andre sollen nach Jaurès ebenfalls am Platze der „kindischen Intrigue“ mitgewirkt haben. . . .

*) Das reaktionäre Blatt, das den Sturz des Ministeriums Combes und das Ende der radikalen Kirchenpolitik härmisch herbeisehnt, meint — es ist interessant, seine Aeußerung etwas ausführlicher wiederzugeben — höhnisch, Jaurès wählte, was internationale Beschlüsse wert seien und würde ihrewegen keineswegs mit dem internationalen Sozialismus brechen:

„Er wird vielmehr nun seinem Ministerpräsidenten, Herrn Combes, und seiner Mehrheit den Auftrag geben, eine mehr socialistische Politik zu treiben, und sie anweisen, den Syndikaten und Streikführern bei ihren revolutionären Demonstrationen noch größere Freiheit zu gewähren. . . . Aber in Frankreich bleiben die Dinge nicht lange auf derselben Stelle. Nichts ist ewig, nicht einmal das Ministerium Combes. Das Ministerium Combes wird stürzen und Herr Jaurès, in die Opposition zurückgeschleudert, wird Bebel's Gunst wiedergewinnen und als Triumphtor auf dem Stuttgarter Internationalen Kongress von 1907 empfangen werden. Ein Glück, das wir ihm von Herzen wünschen.“ (Anmerkung der Redaktion.)

Und noch einen weiteren Erfolg bringt Jaurès aus Amsterdam heim: „Die französischen Socialisten haben in weitem Maße die Voreingenommenheit zerstreut, die gegen sie geschaffen worden war durch eine unaufhörliche und systematische geheime Verleumdung (calomnie occulte) innerhalb des internationalen Sozialismus.“ Es scheint, daß die weltbekanntesten Handlungen und Unterlassungen der Jaurèsisten einschließlich der im „Journal Officiel“ verzeichneten Abstimmungen der jaurèsistischen Fraktion lauter Erzeugnisse jener „geheimen Verleumdung“ wären.

Desgleichen wird wohl auch Clemenceau zu jener Verleumdungs-Clique gehören. Denn er schreibt in der heutigen „Aurore“ über die Jaurès'schen Beteuerungen in Amsterdam, „den tiefen, wesentlichen, irredentistischen Gegenatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ voll und ganz anzuerkennen: „Das sind höfliche Risse, mit denen er die Menge abspießt, während der „unersöhnliche Interessengegensatz“ sich bei ihm in einen überschnappten Combidismus umsetzt.“

Was die Folgen von Amsterdam für die socialistischen Parteiverhältnisse Frankreichs betrifft, so ist zunächst eine Verschärfung des Parteistreits zu erwarten. Jaurès schießt ja seinen heutigen Artikel, der mit keiner Silbe die Einigkeits-Resolution von Amsterdam erwähnt, mit diesen deutlichen Worten: „Guesde und Vaillant aber waren gezwungen, um den Kampf gegen uns auszuhalten, sich in die für sie abschrecklichste und gefährlichste Lage zu setzen. Hierüber nun wollen wir uns sogleich mit ihnen auseinandersetzen vor der französischen Arbeiterklasse, da sie es so gewollt haben.“ Gérault-Richard hatte seinerseits aus dem Votum zu Gunsten der socialistischen Einigkeit nur die Folge gezogen, daß die revolutionären Socialisten dadurch „entwaffnet“ worden wären in der Ausnutzung der Dresdener Resolution.

Die in dem Brief unsres Pariser Korrespondenten erwähnten Auslassungen der französischen reaktionären Presse verdienen, so blödsinnig sie sind, doch deshalb eine kurze Erwähnung, weil sie wieder einmal zeigen, daß die Bourgeoisie aller Länder in gleicher Weise immer die Socialdemokratie der andren Länder als rühmliche Patrioten hinstellt im Gegensatz zu den socialistischen Vaterlandsverrättern des eignen Landes.

Man lese — wie folgen der Zusammenstellung eines bürgerlichen Blattes — die folgenden Sätze:

Die royalistische „Gazette de France“ meint: „Die Wahrheit ist, daß der „große Deutsche“, Bebel, den „ganzen kleinen Franzosen“, Jaurès, mit seiner Veringschätzung zermalmt hat, die französische Republik mit seiner Verachtung. Bebel hat die Republik, die man nicht kritisieren darf und zu deren Rettung man alles opfern müsse, entkleidet und entleert: „Was diese bürgerliche Republik angeht, Bismarck dankt Ihr sie und keinem andern.“ Wir haben aufgehört, den wahren Ursprung der Republik in die Erinnerung zurückzurufen, da sie von Bismarck zu den Lasten unsrer Niederlage hinzugefügt wurde; Bebel kommt mit seiner ganzen Autorität zur Bekräftigung dieser Wahrheit, die der Geschichte angehört. Bismarck war's, der den Franzosen die Republik aufgenötigt. Man sollte hinzufügen: „Es war Gambetta, dem Bismarck heimlich die Aufgabe anvertraute, diesen Verrat durchzuführen!“

Der „Gaulois“: „Bebel sagte: Sie danken das allgemeine Stimmrecht dem Dezember-Mann und die Republik Bismarck.“ Dies ist in der That der Ursprung des Regimes, das Combes hervorgebracht. Durch Krieg und Revolution hat er sich und ausgebrängt. Die Deutschen haben ihn von Kopf bis zu Fuß geschaffen, indem sie unser Vaterland, wo's ging, zur Ader ließen und die Leute der Kommune haben ihn stark gemacht, indem sie unsre Soldaten und Priester füllierten. Mit dem edelsten Blute Frankreichs hat man ihn getauft; mit der Erschöpfung aller lebenden Kräfte unsres Landes erhält man ihm das Dasein.“

Cassagnac in der „Autorité“ singt einen wahren Lobgesang auf Bebel, der im Gegensatz zu Jaurès oft wiederhole, daß die Socialdemokraten zur Stelle wären, wenn das Land in Gefahr läme, der zugebe, daß ihm eine kaiserliche Regierung lieber wäre, als eine verkaufte Kapitalisten-Republik, und der den Beweis erbracht, daß wirkliche sociale Fortschritte, wie Arbeiterversicherung, Einkommensteuer und nicht von Truppen umzingelte Streiks allein in einem Staate möglich wären, den eine feste Hand wie die Wilhelms II. lenke.“

Zur gleichen Stunde haben die deutschen Gesinnungsgenossen der genannten Pariser Reaktionsblätter Bebel als Hochverräter und die französischen Socialisten als nationale Tugendbunster hingestellt. Wie jammervoll armselig ist doch das Repertoire der internationalen Scharfmacherei gegen den Sozialismus!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. August.

Die Unabhängigkeit der Militär-Richter.

Der im „Vorwärts“ veröffentlichte kaiserliche Erlaß gegen die Oeffentlichkeit der Militärgerichte, die Vahregelung der am Wilsch-Prozess richterlich beteiligten Offiziere, die erfolgte, weil sie das Unglück hatten, nicht die allerhöchsten Intentionen zu treffen, hat bei den zahlreichen aktiven und nichtaktiven schriftstellernden Offizieren im Deutschen Reich unsres Wissens nirgends eine abwegende Kritik gefunden. Jene kaiserliche Order gegen die schriftstellernden Militärs a. D. hat offenbar seine Wirkung getan und die Rebellen, die den Mut hatten, über neue Ligen grob zu raisonnieren, sich zu weigern still, wo es sich um die Lebensfrage der Militärschriftsteller überhaupt handelt, sofern sie die den Beschlüssen und den Absichten des Parlaments widersprechenden Auffassungen des unverantwortlichen Militärkabinetts nicht gar dienstfertig verteidigen.

Die Socialdemokratie verwirft die Besondere Militärgerichtsbarkeit überhaupt, die nichts ist wie ein Ueberrest aus einer barbarischen ständischen Justizpflege. Wenn irgend ein Ereignis die innere Unmöglichkeit dieser Sonderjustiz unabweislich zu beweisen im Stande war, so die Disordeur Wilhelm II. Der Richter muß unabhängig und unbeeinträchtigt sein, oder der Richter hört auf Richter zu sein und wird statt Vollstrecker des Rechts ein Geschöpf fremder Einflüsse. Eine Verwirrung der Justiz mit der militärischen Disziplin hebt das Recht selbst auf. Die geltende Militärstrafgerichtsordnung bestimmt denn auch ausdrücklich im § 18: „Die erkennenden Gerichte sind unabhängig und nur dem Befehle unterworfen.“

Nur hat die bürgerliche Kritik stets eine solche Vermischung entschieden bestritten. Die Wisse-Order verabschiedet diese fromme Legende endgültig. Sie stellt principiell die Militärjustiz unter die militärische Disziplin und sie macht den Militärrichter abhängig von dem Willen des vorgelegten Militärkabinetts und zieht den Richterspruch vor die Strafinstanz der Verwaltung. Die Justiz unter die Disziplin stellen, heißt die Disziplin an die Stelle der Justiz setzen! Das liegt im Wesen aller Militär-Sonder-Justiz, und diese innere Unberührbarkeit zweier gegenständlicher Funktionen kann nur so lange nothdürftig verhält werden, als die Eingriffe der militärischen Disciplinargewalt in die richterlichen Befugnisse unterlassen oder zum mindesten nicht offenkundig werden. Die aus Anlaß des Wisse-Prozesses ergangene Ordeur reizt diese Verhüllung ab und die wahre Natur der Militärjustiz, ihr Gegensatz zu den elementaren Grundfragen moderner Rechtspflege tritt allen sichtbar zu Tage.

Die Angelegenheit ist in der That von entscheidendem schweren Ernst. Die aufgeregten Treffen-Kritiker aber sollen ihren Soldatenmut zusammen und senken ehrfurchtsvoll die loyale Feder. Hier steht ja nur die sittliche Existenz der Militärjustiz selbst auf dem Spiele.

Man muß ins Ausland gehen, um die Stimme militärischer Kritik an der Wisse-Ordeur zu vernehmen; und dort klingen die militärischen Kritiken deutlich und scharf genug!

Das angesehenste österreichische militärische Fachblatt „Dauzers Armeezitung“ bespricht in der Nummer vom 11. August die Angelegenheit unter dem Titel: Die Unabhängigkeit des Militärrichters. Wir entnehmen dem Blatt die folgenden Darlegungen:

„Als unmittelbar nach den beiden letzten vor den deutschen Militärgerichten verhandelten Sensationsprozessen Mertens (Nord am Mittelmeer) und Wisse in Gumbinnen und Wisse in Reß als Vorsitzende zur Schlussverhandlung kommandierten Offiziere und die andern als Beisitzer der Schlussverhandlung beigezogenen Stabsoffiziere in den Ruhestand versetzt wurden, wurde vielfach der Verdacht ausgesprochen, daß diesen Maßregeln nicht militärische Motive zu Grunde lägen, sondern daß es sich um Maßregelungen handle, um die Betroffenen für ihre Verhältnisse als Richter zu strafen. Selbst die Gemäßigtesten, die diesen Verdacht von der Hand wiesen und an ein zufälliges Zusammenreffen glaubten, hielten das Vorgehen der obersten Heeresleitung für unklug, indem sie darauf hinwiesen, daß sich die Regierung die Unvermeidlichkeit einer solchen, das Vertrauen in die unbefangene Gerechtigkeit der Militärrechtspflege gänzlich untergrabenden Deckung hätte vor Augen halten und doch als ein Arrangement treffen müssen, das die Pensionierungen nicht in einen aufdringlichen Zusammenhang mit der richterlichen Thätigkeit der betreffenden Offiziere gebracht hätte.“

An einem bloßen Zufall war schon von Anfang an nicht leicht zu glauben. . . . Beim Wisse-Prozess in Reß, beziehungsweise bei den bald darauf folgenden Pensionierungen schien der Zusammenhang zunächst zweifelhaft, bis der Berliner „Vorwärts“ vor wenigen Tagen nachstehende kaiserliche Kabinettsorder an den kommandierenden General des 16. Armee-corps veröffentlichte . . . folgt der Abdruck).

„Ob nun die betroffenen Offiziere außerdem von amtswegen in den Ruhestand versetzt worden oder ob sie nach dieser Maßregelung von allerhöchster Stelle selbst gegangen sind, eventuell unter sanfter Mittheilung der „Erläuterung“ durch den Corpskommandanten, ist gleichgültig.“

„In der kaiserlichen Verordnung vom 28. Dezember 1890 heißt es, daß die Oeffentlichkeit im militärischen Verfahren auszuscheiden sei, wenn der Grundsatz gefährdet sei, daß auch im Gerichtsverfahren „das Ansehen“ der militärischen Einrichtungen, Verordnungen und Gebrauche erhalten . . . und dem berechtigten Ehrgefühl aller Beteiligten, insbesondere derjenigen des Offiziersstandes, Rechnung getragen“ werden müsse. Vergeblich fragt man sich, nach welchem Punkte der kaiserlichen Verordnung die Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung auszuschließen gewesen wäre. Sollen die in Nordach vorgekommenen Ehrbrüche, Unterschlagungen, Trunkenheitsgeheiß u. s. w. zu den „militärischen Einrichtungen und Gebrauchen“ gehören, deren „Ansehen erhalten“ werden muß, haben die Verübter dieser moral- und geschwundigen Schandthaten ein „berechtigtes“ Ehrgefühl?

„Sollen die Zeiten der Kabinettsjustiz Friedrichs des Großen und seines Vaters in Deutschland wieder aufleben aus ihrem anderthalb Jahrhundert alten Grabe? Wir halten es für ausgeschlossen durch den ehrenhaften und gerechten Sinn der deutschen Richter in Lita und im Waffentode. Gumbinnen und Reß sind die Begnadeten, die das deutsche Heer nach Sedan weisen und nicht nach Jena, — trotz Nordach!“

„Wie jedes halbwegs moderne Prozeßgesetz enthält auch die geltende deutsche Militärstrafgerichtsordnung den Hauptgrundsatz: „Die erkennenden Gerichte sind unabhängig und nur dem Befehle unterworfen.“ Die Vorgeitig aus der Aktivität in den zukunftslosen und schmal beschränkten Ruhestand versetzten Offiziere haben in ihrem nunmehrigen Verhältnisse hinreichende Ruhe, über den praktischen Wert derartiger Grundgesetze nachzudenken, deren unter allen Umständen gesicherte Durchführung nicht durch eine ausführende weitere Gesetzesbestimmung gewährleistet ist. Was nützt und wo bleibt die „Unabhängigkeit“, wenn man zwar nach bestem Wissen und Gewissen stimmen kann, aber befürchten muß, für seine Abstimmung pensioniert oder strafweise versetzt zu werden. In dieser Erkenntnis enthalten die Gerichtsorganisationsvorschriften aller Rechtsstaaten den weiteren Grundsatz, daß die Richter auf Lebensdauer ernannt und gegen ihren Willen — den Fall strafbarer Handlungen ausgenommen — weder in den Ruhestand noch auf einen andern Dienstort versetzt werden können. Auch für den Bereich der deutschen Militärjustiz gilt dieser Satz, aber natürlich, wie überall, nur für die Berufsrichter und nicht auch für die fallweise beizuziehenden Laienrichter.“

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich ein beachtenswerter Dilemma: Einerseits wird die Verziehung von Truppenoffizieren (Offizieren des Soldatenstandes) zu den militärischen Erkenntnisgerichten nicht nur als wünschenswert, sondern geradezu als unumgänglich notwendig angesehen, ja sogar noch die weitere Förderung aufgestellt, daß ihnen der offizielle Vorstoß und die weitläufige überwiegende Majorität im Spruchgerichte zufließen müsse. Andererseits zeigen die hier besprochenen Vorkommnisse und die daran geknüpften Erwägungen, daß kaum jemand der unentbehrlichen Eigenschaft des Richters, der Unbeeinträchtigkeit und der Unabhängigkeit so sehr ermangele, als der Offizier des Soldatenstandes, denn niemand kann für sein Verhalten auf der Richterbank so prompt und so gründlich gemahnt werden wie er, und wenn die Sache nur ein bloßes politisch angepaßt wird, braucht der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung und der Richterthätigkeit gar nicht erkennbar zu werden. Vom Compagniekommandanten aufwärts kann man bald um die Ecke inspiert sein, ganz abgesehen von der Zahl jener, die auf das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten besonders angewiesen sind. Ob sich dann Maßregelungen von Offizieren wegen ihrer richterlichen Thätigkeit wirklich ereignen oder nicht, ist vollkommen gleichgültig.“

Das Fachblatt macht dann den Reformvorschlag, den Vorstoß und die Mehrheit in den Spruchgerichten militärischen Berufsrichtern einzuräumen, die ja der militärischen Disziplin unmittelbar entzogen sind. Eine solche Reform wäre allerdings eine Verbesserung, sie bedeutete eine Annäherung an die civile Gerichtsbarkeit und würde in der Konsequenz die militärische Sonderjustiz überhaupt überflüssig machen, die auch unter der Voraussetzung militärischer, lebenslänglich und unabsehbar angestellter Berufsrichter immer noch verhängnisvoll abhängig wäre von dem besonderen militärischen Kasstengeist.

Neue Auslieferungen.

Von der schlesisch-russischen Grenze wird uns geschrieben: Russische Deserteure passieren täglich die oberösterreichische Grenze. Wenn sie nicht auf Grund gefälschter Pässe, die russischen Kontrollstationen passieren können — in Rußland beschäftigen sich viele Leute mit der Anfertigung und dem Verkauf gefälschter Pässe, die teuer bezahlt werden müssen —, dann suchen die Flüchtlinge an verbotenen Stellen heimlich die Grenze zu überschreiten, ein Vorhaben, das gegenwärtig infolge des sehr niedrigen Wasserstandes des Grenzflusses Przemsa häufig gelingt. Oft genug fällt freilich auch so ein unglücklicher Deserteur den Angeln der stets wachsamten Kosaken zum Opfer.

Diejenigen, welche den russischen Grenzwachtern entgehen, sind damit aber keineswegs geborgen, sondern fallen in den meisten Fällen den preussischen Häshern zum Opfer. Es ist eine Thatsache, daß jetzt täglich russische Deserteure vor preussischen Beamten auf den Bahnhöfen des Industriebezirks angehalten werden, von wo aus sie die Reise nach England oder Amerika antreten wollen. Die Beamten suchen die Wagenabteile vierter Klasse in der gewissenhaftesten Weise ab und wer dem Spürsinn der Herren in Myslowitz, Rattowitz, Beuthen oder Gleiwitz entgeht, wird sicher in Raudzin gefangen, wo eine ganz besonders gründliche Revision der Wagen u. erfolgt. Die Erwischten, die meist nicht das zur Reise nach England oder Amerika erforderliche Geld haben, werden als mittellose Ausländer ausgewiesen, d. h. sie werden an die russische Grenze nach Sodnowice gebracht und dort von russischen Beamten in Cawpang genommen. Auf diese Weise wurden am Sonnabend neun russische Flüchtlinge ausgewiesen.“

Wer von den Unglücklichen über die galizische Grenze zu flüchten vermag, hat das bessere Theil erwählt, da die dortigen Behörden die Armen, auch wenn sie ganz mittellos sind, nicht austreiben.

Soweit unser Korrespondent!

Wir werden auf diesen abscheulichen europäischen Skandal an der Hand reichhaltigen Materials zurückkommen. —

Vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz

liegt nunmehr auch eine Meldung des Hauptmann a. D. Dannhauer vor, die vom 20. August datirt ist. Sie lautet:

Heute nahm Hauptmann Franke auf dem Marsch einige Hereros gefangen, die das Gefecht bei Hamakari mitgemacht haben, und welche ausgaben, die Wambolente seien unsere Gegner dort gewesen. Die Häuptlinge Kutate und Wanjo seien gefallen, ein Teil der Hereros, auch Samuel, seien südlich nach Otjilongo gegangen. Man vermutet, daß die Tsetjolute nach ihrem Heimathgebiet Sobabis abgezogen seien. Wühlensfeld nahm gestern die Wasserstelle Erindi-Endela mit vielem Vieh nach kurzem Kampf. Die Geschützkraft des Feindes scheint gebrochen. Das Detachement Winkler stieß vor einigen Tagen nördlich von Otjofundu auf sehr überlegene Hererohäufen und brachte ihnen zahlreiche Verluste bei. Alle Abteilungen folgten dem Feinde zur Umfassung der Planke. Das Hauptquartier geht zunächst nach Dwikolorero.

Auch diese Meldung, so optimistisch sie gefärbt ist, bestätigt nur den Misserfolg Trothas am Waterberg. Man muß sich immer wieder vor Augen halten, worin der Feldzugsplan Trothas eigentlich bestand. Er wollte die am Südrand des Waterberg lagernden starken Hererohäufen derart einfleisen, daß sie völlig vernichtet und zur Ergebung genötigt würden. Bevor er jedoch seine Vorbereitungen beendet hatte, machten die Hereros Wiene, ihre Lagerplätze zu verlassen. Trotha beschleunigte nunmehr seine Operationen und unternahm am 10. und 11. seinen großen konzentrischen Angriff. Aber der Schlachtplan mißlang, die Masse der Hereros brach durch. Sie stob zunächst nach Osten, wo sie in der für unsere Truppen unpassierbaren wasserlosen Steppe entkam. Hier scheinen sich die flüchtigen Haufen getrennt zu haben. Wenigstens spricht auch Dannhauer nur von einem Teil der Hereros, der sich nach Südosten gewendet habe. Ein anderer Teil scheint nach Osten oder Nordosten weitergezogen zu sein. Die nach Südosten fliehenden Haufen wurden von den Truppen Trothas verfolgt. „Alle Abteilungen folgten dem Feinde zur Umfassung der Planke.“ Man wird abwarten müssen, welchen Erfolg diese Aktion haben wird. Vermuthlich nur die, daß sich die Hereros wieder einmal nach einem andern Teile des Landes, nach dem Gebiete um Sobabis abgedrängt sehen, wo der Krieg dann so lange seinen Fortgang nehmen dürfte, bis die Hereros sich genötigt sehen, über die Grenze nach Britisch-Betschuanaland zu flüchten, wohin ja schon ein erheblicher Teil vor Monaten geflüchtet sein soll. Damit wären die Hereros aber nicht befreit, sondern man hätte lediglich das Land von Einwohnern und Vieh entvölkert! Inzwischen würde sich dann im Nordosten der andere Teil der Hereros irgendwo festgesetzt haben, bis er auch dort von den Truppen weitergedrängt wird!

Der Satz „Die Geschützkraft des Feindes scheint gebrochen“ will nicht allzu viel bedeuten. Wirklich standgehalten haben ja die Hereros von Anfang an nicht. Sie sind eigentlichen Angriffen immer ausgewichen und haben nur kleinere Abteilungen überfallen. Angriffe auf größere Abteilungen, z. B. die Kolonne Glasenapp, haben sie nur dann unternommen, wenn ihnen das Gelände besonders günstig war.

Die Hereros wären auch schon dumm, wenn sie sich auf wirkliche Gefechte mit einer starken Truppe einlassen wollten. Ihre Stärke beruht ja gerade im Guerillakrieg, in ihrer Beweglichkeit und geschickten Ausnutzung kleiner strategischer Vorteile. Diese Taktik wird aber aller Voraussicht nach unsern Truppen noch manchen herben Verlust beibringen. —

Deutsches Reich.

15 Groschen-Hochverrat. Wir haben gestern auf Grund genauer Informationen mitgeteilt, was Webel in Amsterdam über Sedan und den Sturz des Napoleonismus gesagt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet empört, wir beschuldigten sie der Fälschung, und sie hält die Angelegenheit für wichtig genug, um den Wortlaut — sie meint wohl gerichtlich — feststellen zu lassen. Wir haben nichts dagegen, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die Gelegenheit bietet, vor der breitesten Oeffentlichkeit das elende Denunziantenhandwerk der reaktionär-agrarischen Staatsstreicher zu entlarven. Webel hat ausgeführt, was wir gestern festgestellt haben. Aber selbst wenn er gesagt hätte, was ihn die „Deutsche Tageszeitung“ auf Grund ungenauer Berichte hat sagen lassen — wie harmlos wäre verhältnismäßig auch diese Wendung gegenüber den „hochverräterischen“ Drohungen der Landwirtsbündler, die einst — wegen 15 Groschen Goldbillerenz — „mit dem Schwerte in der Hand“, also durch einen europäischen Krieg, die Handelsverträge zu

zerreißen aufzufordern, und erst jüngst für den Fall, daß die Junker nicht die 15 oder 20 Groschen mehr als Buchergelohn erhielten, die „Throne kränken ließen“.

Webels Verurteilung selbst in der gefälschten Form würde die Katastrophe um eines gewaltigen idealen Vieles als „keinen Schaden“ betrachten. Die Anarchisten des Dreifachlegels aber drohen mit jeglicher hochverräterischen Gewalt, bloß wenn die Taschen einer kleinen Sippe nicht genügend gefüllt werden.

Die Junker-Camorra arbeitet seit jeher mit denselben Mitteln. Fürchten sie die Zurückdrängung ihres Einflusses, so suchen sie Krone und Regierung dadurch einzuschüchtern, daß sie selbst mit der Revolution drohen. Sind ihnen gegnerische Parteien im Wege, so denunzieren sie diese wegen derselben Handlungen, mit deren Anklündigung sie zuvor selbst expressivisch gearbeitet haben! —

Zum neuen Fall Arenberg. Wie uns ein Privat-Telegramm aus Kiel meldet, hält sich der von Herrn Herfurth des Nordes eines Schwarzem angelegte ehemalige Sanitätsunteroffizier Kossal dortselbst auf. Er war dort erst Stellmachergeselle und erhielt dann auf Grund vorzüglicher Zeugnisse (auch vorzüglicher militärischer Führungseignung?) bei der Kieler Gewerbe-Inspektion eine Anstellung. Er behauptete, daß er wegen Herzschwäche den Tropendienst habe aufgeben müssen. Nach den Meldungen über seine südwestafrikanische Vergangenheit wurde er von der Gewerbe-Inspektion sofort entlassen.

Es liegt also auch im Interesse des Kossal selbst, daß die Regierung sobald als möglich völlige Klarheit über den „neuen Fall Arenberg“ schafft.

Die Centrum-Parade in Regensburg. Der Katholikentag hat an den Kaiser das Bescheid seiner ehrfurchtsvollen Huldigung telegraphirt: „Folgend dem Befehle, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und ebenso Gott, was Gottes ist, geloben wir von neuem freudigen Herzens, daß alle unsere Verhandlungen der Ehre und dem Wohle des deutschen Vaterlandes dienen sollen. Wir wollen, gemäß dem erhabenen Beispiele Ew. Majestät, dahin arbeiten, daß das deutsche Volk gefestigt werde in Ehrfurcht zu Gott und seiner Religion und in Treue, Anhänglichkeit und Liebe zu seinem Herrscherhause und seinem Vaterlande.“

In der ersten öffentlichen Versammlung besprach der Vorsitzende das Wesen der Katholikentage, die nicht von den parlamentarischen Centrumsfractionen geleitet würden, sondern von selbst aus dem Empfinden des katholischen Volkes heraus geschaffen worden seien. Redner mahnte zur Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens und erklärte, die Katholiken wollten lediglich die Rechte und Freiheiten, welche Andersgläubige in den Bundesstaaten genießen.

Prof. Eiser-Dorn sprach über „Die Erneuerung der Welt durch Christus“, Koeren über „Papsttum und Ultramontanismus“.

Eine schneidende Satire. Als wir am Sonntag die angebliche Denkschrift der braunschweigischen Regierung gegen den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz mittheilten, wie sie ein welfisches braunschweigisches Blatt veröffentlicht hatte, bemerkten wir, daß die Denkschrift, sofern sie eine Mystifikation sei, die Erfindung eines die Zeichen der Zeit klug deutenden Spähsvogels wäre.“

Das Blatt erklärt nun, daß die Denkschrift in der That eine Satire wäre, und daß sie durch diese Form die Absicht verfolgte hätte, die Aufmerksamkeit auf bemerkenswerte maßgebende Auffassungen zu lenken. Es erklärt:

„Die Zeitung hat sehr oft in ernster Form auf die ungeheuren Konsequenzen hingewiesen, welche das von der braunschweigischen Staatsregierung gegenüber der Thronfolge seiner königlichen Hoheit des Herzogs Ernst August beobachtete Verfahren haben müßte, wenn einmal damit begonnen würde, die in diesem Falle acceptierten Grundsätze bei jedem andern Thronwechsel in einem deutschen Bundesstaate anzuwenden. Die Ausführung dieser Konsequenzen zeigt zugleich am deutlichsten, wie verhängnisvoll für die gesamte deutsche Monarchie die Anschauungen der Denkschrift von 1902 sein würden, wenn sie über Braunschweigs Gebiet hinaus anerkannt würden.“

Ohne auf die besonderen welfischen Landeswaterschmerzen einzugehen, darin hat das Blatt recht, daß die Satire nur ausspricht, was ist. Wenn einige Blätter über den „Unstimm“ der Satire spotten, so ist das bezweigte Heuchelei oder völlige Urteilslosigkeit. Man braucht nur an die Aftare des Westerbüchlers zu denken, um zu erkennen, daß die Satire ins Schwarze trifft.

Preußen erstrebt ganz zielbewußt politisch-wirtschaftlich — Eisenbahnpolitik! — das Reichsmonopol. Daß daneben ähnlich dynastische Vestrebungen gehen, gehört zum System! —

Die glückliche Geburt eines Gesehrges wird wieder angezeigt. Der kaiserlich deutsche Legationssekretär im Haag, Graf Wilhelm v. Mirbach-Harff, Fideikommissbesitzer auf Harff im Kreise Bergheim, ist an Stelle des am 8. Februar verstorbenen Grafen Droste zu Vischering von Resselrode-Kreihenstein (Herten) auf Präsentation des Verbandes des alten und des besitzigen Grundbesitzes im Landchaftsbezirk Cleve-Geldern mit Nieder-Berg und Nieder-Jülich durch allerhöchsten Erlaß vom 13. August auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen worden. —

Lehrer, Pastoren und Agrarier.

Aus G. Dittersleben berichtet die „Magdeburger Volksstimme“: Im Laufe des vergangenen Jahres war es den Mitgliedern der evangelischen Schulsocietät G. Dittersleben-Benedenbeck dank der zahlreichen Beteiligung unserer Genossen gelungen, die Dienstalterszulagen von 150 auf 180 M. und den Wohnungsgeldzuschuß von 200 auf 240 M. jährlich zu erhöhen. Diese Erhöhungen waren nun unseren Agrariern, die in der Gemeindevertretung — leider — eine große Rolle spielen, ein Dorn im Auge, und kein Mittel blieb unberührt, diesen Beschluß wieder umzustößen. Ja, es wurde sogar in der vorletzten Versammlung an unsern Genossen Klotz von einigen Großgrundbesitzern (!) das Antrinnen gestellt, dahin die Versammlung zu beeinflussen, daß es zu keinem endgültigen Beschluß komme! Diese Zumutung wurde von unsern Genossen selbstverständlich ganz entschieden zurückgewiesen. Als nun die in Frage stehende Gehaltsverhöhung von der Regierung bestätigt und den beteiligten Gemeinden das mitgeteilt wurde, erhob der Gemeindevorsteher Georg Köhne in Benedenbeck Beschwerde beim Ministerium! Um nun diese Beschwerde recht wirksam zu gestalten, wurden zwei Lehrer mit nichts dir nichts beschuldigt, „mit der Socialdemokratie einen Kompromiß geschlossen“ zu haben! Am Montag, den 15. August, erhielt nun Genosse Klotz nachstehendes Schriftstück: Königl. Kreis-Schulinspektion Wahrensdorf.

Nr. 1068.

Wahrensdorf, den 15. August 1904.

Sehr geehrter Herr!

Was ich Ihnen hier mittheile, bitte ich streng vertraulich zu halten. Der Lehrer, Herr Teudeloff, ist beschuldigt, mit Ihnen als dem Vertreter der Socialdemokratie in Groß-Dittersleben einen Kompromiß geschlossen zu haben, um dadurch Ihre Stimmen für die Erhöhung der Alterszulagen von 180 Mark zu erlangen.

Die Angelegenheit kann nur dadurch urkundlich aufgeklärt werden, daß Sie Ihre Aussage geben. Ich möchte Sie im Interesse der Wahrheit (!) nun bitten, am Mittwochsabend im Rektoratszimmer der neuen Schule, Benedenbeck, erscheinen zu wollen. Ein Recht steht mir nicht zu, Sie zum Termin zu laden, aber ich meine, Sie werden einer freundlichen Bitte meinerseits Folge geben und erscheinen.

Ergebenst

Krüger, Pastor,

Königlicher Kreis-Schulinspektor.

Der also Eingeladene kam der fremdbildigen Bitte des geistlichen Herrn auch nach und hierbei wurde ihm dann bekannt gegeben, daß diese gewiß recht wohlgemeinte — Beschuldigung ebenfalls eine Leistung des Gemeindevorstehers von Benedenbeck, Georg Köhne, sei!

Genosse Klösch konnte dem Kreisfiskusinspektor denn auch ganz freimütig erklären, daß das Eintreten der Sozialdemokraten für die Schule in dem sozialistischen Parteiprogramm niedergelegt und es demnach Pflicht eines jeden Sozialdemokraten sei, dieses Programm zu erfüllen. Im übrigen betrachte er diese Demunziation gegen die Lehrer als eine persönliche Beleidigung für sich und die gesamte sozialdemokratische Einwohnerschaft von Groß-Ottersleben und Vennedebitz, herborgegangen aus häßlichem Groll und aus der Wut über die in der Schulangelegenheit erlittene Niederlage. „Urakundlich“ ist also aufgestellt, daß kein „Kompromiß“ bestand, daß die Verdächtigung der Lehrer eine häßliche Demunziation war und daß der Herr Kreisfiskusinspektor in dem Kampfe der Agrarier gegen die Zulagen der Lehrer eine — sagen wir vorsichtig — höchst leitende Rolle spielt! —

Aus dem Harz wird uns geschrieben: Die anhaltende Dürre hat in Deutschland in weiteren Kreisen das Bewußtsein einer wirtschaftlichen Vernachlässigung wachgerufen. Die Wassernot hat besonders auch im Harz zu vielfachen Komplikationen geführt. In manchen Orten war die Versorgung mit Trinkwasser sogar sehr erschwert, oft mußte das Wasser aus entfernten Brunnen geholt werden, das wurde nur in beschränkter Quantität abgegeben. Vade-Orte haben stark darunter gelitten, daß die Vade-Anstalten wegen Wassermangels ganz geschlossen oder nur wenig in Betrieb gehalten wurden. Daß unter diesen Umständen die industriellen Anlagen schwer betroffen worden sind, liegt auf der Hand.

Alle die Schäden und Beschwernisse hätten aber auf ein ganz kleines Maß reduziert werden können. Zum Teil sind die Vorläufwerke auf die Anzuchtigkeit von Kommunalverwaltungen zurückzuführen. So besteht z. B. in Gernrode eine Wasserleitung, welche die Stadt und zum Teil das anschließende Vade-Suderode zu speisen hat. Die Wasserleitung ist in Privatbesitz und mit einem Aufwande von ca. 100 000 Mark erbaut worden. Da neben der Wasserleitung noch zahlreiche Brunnen vorhanden sind, ist die Wasserentnahme aus der Leitung nicht groß genug, eine übliche Verzinsung des Anlagekapitals zu ermöglichen; es werden nur 2 Proz. erzielt. Während in normalen Zeiten die Leistungsfähigkeit des Wasserwerkes noch über die Bedürfnisse hinausgeht, reichen die Anlagen unter den veränderten Umständen infolge der Dürre nicht aus. Wenn nicht einzelne Brunnenbesitzer bereitwillig Wasser abgegeben hätten, dann müßte sich der Wassermangel zu einer direkten Wassernot ausweiten, jetzt konnten die Leute sich wenigstens noch notwendig mit Trinkwasser versorgen. Von eigentlichem Wassermangel kann dabei gar nicht die Rede sein, denn es ist genügend Wasser vorhanden, es bedürfte nur einer entsprechenden Erweiterung der Anlage. Der Privatunternehmer hat jedoch keine Lust, bei der niedrigen Verzinsung weiteres Kapital hineinzustecken, umsoweniger als die Stadt nach 60 Jahren laut Vertrag ohne jede Entschädigungsleistung Eigentümerin der Anlage wird. Unter solchen Umständen müßte die Kommunalverwaltung sich ohne Bedenken zur Kostenbedeckung der notwendigen Erweiterungsanlage verstehen oder aber die Anlage zu dem in Aussicht stehenden, weit unter Anlagekosten stehenden Preis, erwerben. Das ist man dem größeren Kreise der Bevölkerung schuldig, die größeren Besitzer haben ja ihre eignen Brunnen, aber die kleinen Leute, Arbeiter, Wohnungsmieter sind meist auf die Wasserleitung angewiesen.

Die Wasserkalamität dieses Jahres drängt weiter mit Energie auf den Bau von Thalperren hin. Wie schon bemerkt, ist der Harz nicht wasserarm, im Gegenteil meist kann man schon eher über Ueberfluß klagen; klagen darum, weil der Ueberfluß nicht gezähmt und bewacht, oft genug verheerend wirkt, das Gebirg der Menschenhand zerstört. In regenreichen Zeiten stürzt das Wasser in den steilen Gebirgswäldern hernieder, ergießt sich ins Thal, zerstört, was ihm im wilden Lauf hindernd in den Weg kommt. Soweit die Naturkraft nicht zerstörend wirkt, verpuscht sie nutzlos. Ohne übergroße Kosten und Schwierigkeiten könnte hier durch Menschenwerk die Naturgewalt gebremst werden, zum Segen der Menschheit, ohne daß die landschaftlichen Schönheiten vernichtet, der Reiz der Natur vermindert würde. Im Wobetal zum Beispiel liegen sich an einzelnen Stellen, wo die Höhe 30—50 Meter tief unter dem Niveau der Touristenpassage dahinströmt, leicht Sperren anbringen. Man gewinne dadurch vielleicht 4—6 kleine Seen, in denen man Millionen Kubikmeter Wasser sammeln könnte, einmal um das zerstörungswert ungehemmt niederbrausender Wassermassen zu verhindern, ferner um zur Abwendung ev. drohender Notstände daselbst im Notwehr zur Verfügung zu haben. Der Schaden, den die Dürre dieses Jahres angerichtet hat, ist größer als die Anlagekosten solcher Sperren sein können. Nach dieser Richtung ist bisher viel vernachlässigt worden; hoffentlich kommt der Thalperrenbau nun flott in Fluß. Das wäre eine gesündere Wirtschaftspolitik, als das Land mit Jollmännern zu umgeben.

Ein Erbklassiker.

München, 22. August. (Eig. Ber.)

Der Angeklagte Rittmeister Frhr. v. Horn wurde in Zivilkleidung durch den Rittmeister Frhr. v. Steinling aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er nahm nicht auf der Anklagebank, wo sonst Verbrecher seines Schlages Platz nehmen müssen, Platz, er plazierte sich anstandslos auf einen Stuhl neben seinem Verteidiger. Während man vor dem Kriegsgerichte gewohnt ist, daß der Verhandlungsleiter mit gewöhnlichen Angeklagten im Kaiserentons zu verkehren pflegt, wurde der Angeklagte v. Horn in der schonen Weise behandelt; die Frage des Verhandlungsleiters nach jeder Jugendvernehmung lautete stereotyp: „Haben Herr Rittmeister hierauf etwas zu erwidern?“

Ueber seine persönlichen Verhältnisse befragt, erklärte der Angeklagte v. Horn, daß er Sohn des Generalleutnants z. D. Excellenz v. Horn sei. Im Laufe seiner Karriere sei er zum Kammerjunker, später zum königlichen Kammerer ernannt worden. Auf Antrag des Vertreters der Anklage wird während eines Teiles des Verhörs die Öffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Sittlichkeit und Freizügigkeit dienstlicher Verhältnisse ausgeschlossen. Bei der Vernehmung des Angeklagten über die Betrugsgeschichte und Wechselkäufungen wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Der Angeklagte gab an, daß er bei seiner Verheiratung mit seiner Frau Gütergemeinschaft vereinbart habe. Eine bedeutende Schuldenlast, die früher sein Schwiegervater bezahlen mußte, führte auf dessen Veranlassung zur Gütertrennung mit seiner Ehefrau. Diese mußte bei Abschluß des Vertrages ihrem Vater das bindende Versprechen geben, von ihrem Vermögen ihm (v. Horn) irgend etwas zukommen zu lassen. Im Jahre 1901 sei er infolge seiner krankhaften Neigungen in die Hände von Expressern geraten. Er sei unter Drohungen zur Beschaffung größerer Mittel gedrängt worden. Das Geld hierzu habe er sich erst auf Schuldscheinen, später auf Wechseln beschafft. Dabei sei er auch noch in die Hände von Wuchern geraten. Die Valuta erhielt er nur in geringem Teile in bar, für den Rest mußte er Silber, Uhren und sonstigen Tand annehmen; für einen vierteljährlichen Jahreswechsel habe man 20 Proz., sonst aber 30 Proz. pro Anno abgezogen; dazu mußte er einmal Pretiosen im angeblichen Werte von 2000 M. annehmen, er habe daraus aber nur 200 M. erlöst. Seine Geldgeber habe er fast nie erfahren, neben den 40 Proz., die diese beanspruchten, mußte er noch 20 Proz. den Vermittlern bezahlen.

Die Wechselkäufungen und die Betrugsgeschichte zum Nachteil der Lieutenanten v. Alliant, v. Bombard, Thalmeier gab der Angeklagte zu. Ueber sein Verhältnis zu dem praet. Arzt Dr. Hofbrühl in Pasing gab v. Horn an, daß er durch Lieutenant v. Alliant mit Hofbrühl bekannt wurde. Von diesem erhielt er zunächst ein Darlehen von 17 000 M., mußte aber einen Schuldschein von 23 000 M. unterschreiben. (1) Einige Zeit später sei er wieder zu Dr. Hofbrühl gegangen und habe diesem einen Depotschein über das von der Deutschen Bank verwaltete Vermögen seiner Frau in der Höhe von 300 000 M. vorgezeigt. v. Horn bekennt, daß er das Wort „Frau“ mit dem Namen bedeckt habe. Er habe abermals ein Darlehen von 3000 M. gegen Eingabe eines Schuldscheines

von 13 000 M., zahlbar in einem Jahre, ausgehändigt erhalten; welcher Zinsfuß ausgemacht war, könne er nicht mehr angeben. Später erhielt er noch ein Darlehen von 2000 M.

Die Höhe der von dem Angeklagten kontrahierten oder herausgeschickelten Wechselsumme beträgt rund 108 000 M.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Main, brandmarkte in scharfen Worten das Gebahren des Angeklagten Freiherrn v. Horn und beantragte eine Gefängnisstrafe von 7 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. Das Urteil lautet, wie schon geteilt durch Privattelegramm gemeldet, auf 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere.

Husland.

Frankreich.

Verbesserung des Soldatenlofes. Der französische Kriegsminister General André hat im Laufe seiner Amtstätigkeit mancherlei Reformen geschaffen, unter andern auch solche, denen man den guten Willen, das Los der Soldaten zu verbessern, nicht absprechen kann. Auch kürzlich hat er wieder an die Regimentskommandeure ein Circular erlassen, in welchem er auf frühere Verordnungen verwies und Bericht über dieselben einfordert. In jenen, schon vor längerer Zeit erlassenen Dekreten hat der Minister angeordnet, daß die Regimentskommandeure nicht bloß für militärische, sondern auch für bürgerliche Ausbildung der Soldaten sorgen sollen. Sie haben dabei die Mithilfe von Gesellschaften oder auch Privatpersonen in Anspruch zu nehmen. Neben der militärischen Ausbildung sollen die Soldaten Unterricht durch Vorträge aus dem Gebiete der Volkswirtschaft, Moral, der Kunst usw. erhalten. Man bemühe sich, den Soldaten die Idee der Solidarität und der Toleranz beizubringen. Ferner soll durch Errichtung von Bibliotheken, Lese- und Unterhaltungssälen, durch Arrangierung von Theateraufführungen usw. für die Erholung der Soldaten gesorgt werden. — Ist dies auch nicht all zu viel, so sind diese Maßnahmen, vorausgesetzt, daß sie von den Herren Regimentschefs auch wirklich in vernünftiger Weise durchgeführt werden, doch geeignet, einige Abwechslung in den monotonen Kasernenbrill zu bringen, das Leben der Soldaten etwas heiterer zu gestalten und den engen Blick des militärischen Geistes etwas zu erweitern.

Rußland.

Der Zar hat über 2000 Junker zu Offizieren ernannt. Da der jüngst geborene Thronfolger Alexei zum Heiman aller Kosakenregimenter ernannt worden ist, sollte doch eigentlich gar kein Bedarf für so viel neugeborene Offiziere sein.

Der feierliche Laufzug des ungewöhnlich jugendlichen Kosakenhetmans findet am Mittwoch in Petersburg statt. Der deutsche Kaiser wird dabei durch den Prinzen Heinrich vertreten sein. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmet der Feier folgende Ausführungen:

„Zahlreiche Kundgebungen aus Anlaß der Geburt des Großfürsten-Thronfolgers haben erneut bewiesen, daß das Bewußtsein in dem Herrscherhause gemeinsam durchlebter Tage des Glücks und der Prüfung im russischen Volke in voller Kraft lebendig ist und daß das Volk des großen Reiches in dem jüngsten Sprößling seines erlauchten Kaiserhauses ein neues Pfand glücklicher Weiterentwicklung erblickt. Auch in Deutschland, dessen Fürstengeschlechter mit der russischen Dynastie durch enge Bande des Blutes verbunden sind, nehmen weite Kreise an der morgigen Feier warmen Anteil und wünschen dem Hause und dem Reiche des russischen Herrschers Segen und Gedeihen.“

Es ist das Glück der offiziellen Phrasendrescher, daß sie die Wahrheit nie zu länden brauchen.

Amerika.

Grover Cleveland will für den Präsidentschaftskandidaten Parker „auf den Stump“ gehen und fünf große Reden halten. Anfang September will er vor einer Massenversammlung in Chicago sprechen. Ein Teil der demokratischen Partei sieht es nicht gern, daß Cleveland sich in den Vordergrund drängt, weil er nicht gut angeschrieben sei bei den organisierten Arbeitern, mit denen es die Demokraten nicht ganz verdecken möchten, aber Cleveland besitzt noch Einfluß und Anhang in der Partei, er gilt der konservativen Richtung als ihre beste Stütze.

Eine Gruppe der Demokraten, die sich radikal geberdet, will selbstständig auftreten. Es sind die „Jefferson-Demokraten“, die zum 29. August eine Parteikonvention „wahrer“ Demokraten nach Chicago einberufen haben. Sie erwarten, daß jeder Staat der Union vertreten sein wird; sie hoffen auf Zuzug von den Arbeiterorganisationen, aus den Reihen der Farmer und von Reform-Elementen aller Art.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Russische Verluste bei der Seeschlacht vor Port Arthur.

Paris, 23. August. „Echo de Paris“ meldet aus Petersburg: Admiral Alexejew berichtet in seinem Rapport an den Zaren, daß sich die Verluste in dem Seegefecht vom 10. d. M. auf 5 Offiziere und 350 Mann tot und 20 Offiziere und 300 Mann verwundet belaufen. Wie daselbst weiter berichtet, ist der in den Hafen von Saigon eingelaufene russische Kreuzer „Diana“ stark beschädigt.

Russische Neutralitätsverletzungen.

Shanghai, 23. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Das Urteil des Marine-Gerichtshofes in der Angelegenheit des Dampfers „Hipsang“ ist heute morgen gefällt worden. Nach demselben näherte sich der russische Torpedobootszerstörer, von dem man jetzt weiß, daß es der „Rastropny“ gewesen ist, dem englischen Dampfer „Hipsang“, dessen Räder hell brannten und der am Tage die englische Flagge zeigte. Der Torpedobootszerstörer feuerte Granaten, die einige Passagiere töteten, andre verwundeten, worauf die „Hipsang“ sofort hielt; aber das russische Schiff schoß noch einen Torpedo ab und brachte so den Dampfer zum Sinken. Die „Hipsang“ hatte weder Konterbande noch Japaner an Bord. Der Gerichtshof macht den Bord von Trade und das Auswärtige Amt darauf aufmerksam, daß der Dampfer, obgleich er mit der nötigen Vorsicht und mit einem einwandfreien Kurs gefahren ist, beschossen und zum Sinken gebracht wurde ohne einen rechtlichen Grund oder Veranlassung.

Große Erbitterung ruft in England auch das neuerliche Anhalten eines englischen Schiffes, des Handelsdampfers „Comedian“, durch ein russisches Schiff in den südafrikanischen Gewässern hervor. Das russische Schiff soll ein in einen Schiffskreuzer verwandeltes ehemaliger deutscher Schnellampfer gewesen sein.

London, 23. August. In den Schiffsfahrtskreisen von Kapstadt ertregt die Durchsagung eines englischen Dampfers durch ein russisches Schiff — wie man dort seit glaubt, von der Freiwilligen-Flotte — Erstaunen und Bestürzung. Mehrere Dampfer haben in den letzten Tagen auf dem Wege nach Japan Kapstadt angelaufen. Man befürchtet, daß diese dem russischen Schiffe in die Hände fallen werden und erwartet, daß die britische Regierung energischen Protest einlegen werde.

Im Lager der Tschutschufen.

Ein amerikanischer Oberstabsarzt Namens Seaman, der soeben aus der Mandchurien nach Tschifu zurückgekehrt ist, hatte mit dem amerikanischen Rittmeister Boyd vom 10. amerikanischen Kavallerieregiment einem Tschutschufenlager einen Besuch abgestattet. Ueber ihre Erlebnisse bei diesem räuberischen Heerzuge, das den Russen

jetzt mancherlei ernste Schwierigkeiten bereitet, wird dem „Reuterschen Bureau“ berichtet:

Die beiden Herren waren Gäste des Tschutschufenhauptlings Tschungfoulin in der Nähe von Sinminting. Die dort lagernden Tschutschufen waren etwa 2000 Mann stark. Oberstabsarzt Seaman stellte fest, daß diese Tschutschufen in dem Dienste der Japaner stehen, die dem Fußvolk dieser mandchurischen Räuber 15 Taels für Mann und Monat und den Verwunden 25 Taels bezahlten. Seaman fand auch viele japanische Offiziere in dem Lager dieser Leute. Da Oberstabsarzt Seaman offenbar den Japanern freundlich gesinnt ist, dürften seine Angaben nicht zu bezweifeln sein. Während des Aufenthalts in Lager der Räuber kamen tschutschufische Patrouillen zurück, die die Köpfe von fünf Kosaken auf ihren Lanzen trugen. Diese Kosaken gehörten einer Kosaken-Abteilung von 35 Mann an, die 1000 Stück Vieh zusammengetrieben hatten, das nunmehr in die Hände der Räuber gefallen war. Die Tschutschufen sind sehr stolz auf ihre Reikunst und eigneten sich sofort einige neue Tricks an, die ihnen der amerikanische Rittmeister Boyd zeigte. Der Angriff auf die Kosaken hatte übrigens zur Folge, daß der Komarsch eines Kosaken-Detachements von 3000 Mann gemeldet wurde. Der Hauptling der Räuber teilte dies seinen Befehlern mit und machte sie darauf aufmerksam, daß er nicht in der Lage sein werde, ihnen in genügender Weise Schutz zu gewähren. Die beiden Amerikaner verstanden den Wink und verließen schleunigst das interessante Räuberlager.

Gewerkchaftliches.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1903.

In der letzten Nummer des „Correspondenzblatt“ der General-Kommission veröffentlicht Genosse Legien einen interessanten Artikel über die Streiks im Jahre 1903, dem wir aus Raummangel leider nur die tatsächlichen Mitteilungen entnehmen können.

Das Jahr 1903 war für die gewerkchaftlichen Organisationen ein Kampfesjahr, wie keines je zuvor. Es waren 1200 Streiks und 82 Aussperrungen (davon 4 Raiaussperrungen), zusammen 1282 Kämpfe mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Kämpfe war im Jahre 1898 mit 985. An den Streiks waren 75 830, an den Aussperrungen 45 763, insgesamt 121 593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im verfloffenen Jahre. Sie erreichte damals 128 808, doch muß das Jahr 1896 als ein Ausnahmehjahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. An dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30 000, an den Streiks der Hafenarbeiter 23 280 und an denen der Holzarbeiter 25 461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerben nicht wieder erreicht worden ist.

Den größten Prozentfuß erfolgreicher Streiks finden wir in der Gruppe Langgewerbe mit 54,4, dann folgt die Holzindustrie mit 33,8 und die Metallindustrie mit 47,7 Proz.

Angriffsstreiks wurden im Jahre 1903 603 = 47,0 Proz. aller Streiks geführt. Beteiligt waren 53 763 Personen, darunter 2841 weibliche. Die Kosten für diese Streiks betragen 2 530 698 M. Für 42 656 an den Streiks Beteiligte ist der Verlust an Arbeitszeit mit 865 870 Tagen festgestellt, von denen auf die weiblichen Beteiligten 60 430 Tage entfallen. Diese Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitsverdienst von 3 778 041 M. Von den Streiks waren 281 = 46,6 Proz. erfolgreich, 154 = 25,5 Proz. teilweise erfolgreich und 148 = 24,5 Proz. erfolglos. 6 Streiks waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet.

Abwehrstreiks und Aussperrungen brachte das Jahr 1903 679 = 53 Proz. aller Streiks. Beteiligt waren hieran 67 830 Personen, darunter 9869 weibliche. Für 46 308 dieser Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 1 756 422 Tagen und der Verlust an Arbeitsverdienst mit 3 897 896 M. festgestellt. Auf die weiblichen Beteiligten entfallen 613 673 Arbeitstage. Die Kosten der Abwehrstreiks und Aussperrungen betragen 2 541 286 M. und sind somit annähernd gleich hoch, wie die für die Angriffsstreiks. Von den Streiks und Aussperrungen waren 342 = 50,4 Proz. erfolgreich, 85 = 12,5 Proz. teilweise erfolgreich und 211 = 31,1 Proz. erfolglos. 15 Streiks und 30 Aussperrungen waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet, doch sind in der Statistik 26 Aussperrungen als abgeschlossen geführt, weil sie in den ersten Tagen des Jahres 1904 endeten.

Der Prozentfuß der erfolgreichen Abwehrstreiks war im Jahre 1903 höher, als der der erfolgreichen Angriffsstreiks, ein Beweis dafür, wie wenig berechtigt das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiter war.

Bemerkenswert ist, daß auch im verfloffenen Jahr mehr als die Hälfte, nämlich 679 = 53 Proz. aller Kämpfe für Abwehr gegen Maßregeln und Drangsalierungen seitens des Unternehmertums von der Arbeiterchaft geführt werden mußten. Im Jahre 1902 waren 66,4 und 1901 60,0 Proz., im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 Proz. aller Kämpfe Abwehrkämpfe. Des weiteren übte sich das Unternehmertum in den letzten Jahren besonders in der Aussperrungstaktik. Im Jahre 1900 wurden 46 Aussperrungen mit 14 630 Beteiligten, in den folgenden 3 Jahren 35 mit 1460, 56 mit 6791 und 82 mit 45 763 Beteiligten von dem Unternehmertum durchgeführt. In den letzten vier Jahren waren also nicht weniger als 219 Aussperrungen mit 75 614 Beteiligten, von denen 51 961 einen Verlust an Arbeitszeit von 1 937 108 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4 833 760 M. hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden.

Im Jahre 1903 betrug der Verlust an Arbeitszeit für 32 036 Aussperrerte 1 512 771 Tage. Aussperrert wurden auch 7825 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitszeitverlust entfielen. Die Kosten der Aussperrungen beliefen sich auf 1 798 801 M., worin die Ausgabe für Aussperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Diese Ausgabe ist in der für Abwehrstreiks mitberrechnet. Von den Aussperrungen endeten 32 = 30 Proz. erfolgreich für die Arbeiter, 13 = 15,8 Proz. teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 Proz. erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Ueber die Raiaussperrungen wird von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise für die Statistik berichtet, weil die Sache in den meisten Fällen ohne Inanspruchnahme der Zentralverwaltung ihre Erledigung findet. Die in der Statistik angeführte Zahl der Raiaussperrungen erreichte nicht annähernd die Zahl der tatsächlich am 1. Mai erfolgten Aussperrungen.

Ueber die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42 602 männliche und 3137 weibliche verheiratet waren, die 97 427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also trotz amtlicher Statistik keine unreifen Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Veigleitet wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 152 Fällen durch Vermittlung der Lokalverwaltung der Organisierten, in 218 Fällen durch Vermittlung des Zentralvorstandes, in 47 Fällen durch Vermittlung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1695 Mal von den Arbeitern Verhandlungen angestrengt wurden und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 Mal rundweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5 090 984 M. Davon kamen 4 511 621 Mark = 88,8 Proz. aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 M. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61 471 M. durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336 799 M. durch Sammlungen und 40 348 M. vom Auslande. In den Jahren 1890 bis 1903 verurteilten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24 178 064 M., wovon 70 Proz. aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387 534 Mark an Untersuchungsgebern gefandt.

Der Prozentsatz der Ausgaben, der aus der Verbandskasse kam, war im Jahre 1903 geringer als im Vorjahr. Es ist dies durch die Unterhaltungen, die für die größeren Ausperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Genauige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtsloser denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Thätigkeit anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmer-Organisationen gewachsen sein wird.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Ausperrung der Former.

Dem Beschluß entsprechend sind gestern vormittag die bei Schwarzloppf gestellten Forderungen, die wir seiner Zeit veröffentlicht haben, allen in Betracht kommenden Firmen vorgelegt worden. Diesem Vereinbarungsvorschlag ist jedoch noch folgender Passus als Punkt 13 hinzugefügt worden:

Zur Ueberwindung dieser Vereinbarung, zur Verhütung von Streiks und Ausperrungen ist bis zum 1. Oktober 1904 eine paritätische Schlichtungskommission unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu bilden. Die Schlichtungskommission soll sich zusammensetzen aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern.

Die Bestimmung gilt nur, wenn eine größere Zahl von Firmen der Vereinbarung beitreten, andernfalls gilt die im Punkt 3 der Vorschläge angeführte Bestimmung, wonach das Gewerbegericht die letzte Instanz bei Streitfragen bildet. Charakteristisch für das Ziel, das die Arbeiter sich bei diesem ihnen aufgezungenen Kampfe gestellt haben, ist die folgende Anmerkung auf dem Vereinbarungsentwurf: Die oben angeführten Forderungen halten wir im Interesse einer ruhigen Produktion für notwendig, damit nicht aus ähnlichen, verhältnismäßig kleinen Anlässen, wie bei Schwarzloppf, in anderen Betrieben Differenzen entstehen, die dann wieder zu einem Kampfe auf der ganzen Linie auswachsen.

Der Satz sagt deutlich, was übrigens für jeden, der nicht durch die Hegartikler der Scharfmacherpresse verblendet ist, selbstverständlich ist, daß die Arbeiter den ruhigen Fortgang der Produktion sichern wollen, daß sie den Frieden wünschen, freilich nicht den Frieden um jeden Preis, nicht den Frieden, der sie zu willenlosen Sklaven der Unternehmer erniedrigt. Wie sollte es auch anders sein? Sind es doch die Arbeiter, die am schwersten unter den Erschütterungen der Industrie, die solche großen gewerkschaftlichen Kämpfe mit sich bringen, zu leiden haben! Es bleibt nun abzuwarten, welche Antwort die Unternehmer geben, ob sie beiden Teilen zum Vorteil gerechende vernünftige Vereinbarungen wollen oder Fortsetzung des Kampfes, der auch ihnen bereits schwere Opfer gekostet hat und noch schwerere kosten würde. Ihre Antwort wird innerhalb dreier Tage erwartet.

Gestern haben sämtliche 30 Metallformer der Firma Schwarzloppf die Arbeit niedergelegt. Im übrigen ist keine größere Veränderung der Lage eingetreten.

Zum Streit der Bildhauer bei der Firma J. C. Pfaff ist mitzuteilen, daß die Firma versucht, durch Annoncen in Provinzialblättern Arbeitswillige nach Berlin zu bekommen. Bis jetzt mit negativem Erfolge. Da die Lage in Berlin überhaupt eine gespannte ist, ist jeder Zugang nach hier fernzuhalten und sind Berliner Annoncen nicht zu beachten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins.

Die Badofenmaurer und Hilfsarbeiter können über einen mit Erfolg durchgeführten Kampf berichten. Seit Jahrzehnten sind unter den Berliner Mauern eine Anzahl vorhanden, die sich ausschließlich nur mit Ausführung von Badofenbau beschäftigen. Es war unter den Berliner Mauern aber auch altbekannte Tatsache, daß sich unter dieser Kategorie nicht immer die besten Elemente befanden, sondern es scharten sich dort gerade meistens diejenigen zusammen, die das Zusammenarbeiten auf den Bauten scheuten, weil ihre Organisationspapiere nicht in Ordnung oder aber auch die betreffenden gar nicht im Besitz solcher waren. Es war altbekannte Tatsache, daß in den Bewegungsjahren 1896—1899 die Berliner Badofenmaurer nebst ihren Hilfsarbeitern unter dem örtlichen Stundenlohn arbeiteten. Sie versuchten auch durch übermäßig lange Arbeitszeit einen noch höheren Lohn zu erzielen, als die auf den Bauten beschäftigten Kollegen. In einzelnen Geschäften war noch im Jahre 1904 die 10stündige Arbeitszeit üblich. In neuerer Zeit haben sich nun unter den Badofenmaurern etliche Kollegen gefunden, die es sich zur Aufgabe machten, mit aller Kraft und Energie gegen die in diesem Fach eingerissenen Mißstände aufzutreten. Um dieses zu erreichen, wurde im März dieses Jahres in eine Agitation unter den Badofenmaurern eingetreten und ist es auch gelungen, ziemlich alle Kollegen nebst Hilfsarbeitern der Organisation zuzuführen. Nachdem dies geschehen, wurde mit Hilfe der in Betracht kommenden Organisationen im Juli dieses Jahres in eine Lohnbewegung eingetreten. Da eine Einigung auf friedlichem Wege nicht zu erreichen war, blieb den Badofenmaurern und ihren Hilfsarbeitern nichts übrig, als in den Streik zu treten. Es legten am Montag, den 1. August, ca. 70 Maurer und 25 Hilfsarbeiter die Arbeit nieder und ruhte dieselbe bei allen in Betracht kommenden Badofen-Baugeschäften. Nach zweitägigem Kampfe konnten die Streikenden auf einen wirklich anerkennenswerten Erfolg zurückblicken. Es wurde mit den Unternehmern ein Vertrag vereinbart und durch Unterschrift anerkannt, der in der Hauptsache folgende Lohn- und Arbeitsbedingungen enthält: Der Stundenlohn soll 77/10 Pf. betragen bei 8stündiger Arbeitszeit. Der Stundenlohn von 80 Pf. tritt vom 1. September 1904 in Kraft. — Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Pausen sind von 8 1/2 bis 9 Uhr früh, von 12—1 Uhr Mittag und von 4—4 1/2 Uhr Abend. In den Wintermonaten regelt sich die Arbeitszeit nach den Abmachungen der Berliner Maurer. An den Sonnabenden ist eine Stunde früher Feierabend als gewöhnlich. Wird der Lohn im Comptoir gezahlt, so wird soviel früher aufgehört, daß man zur Zeit des Feierabends im Comptoir ist. An den Tagen vor den drei hohen Festtagen ist 3 Stunden früher Feierabend, als vorstehend festgesetzt ist, ohne Lohnabzug. — Fahrgehalt, welches über 90 Pf. beträgt, wird vergütet. Liegt die Arbeitsstelle außerhalb der Ringbahn, so auch die mehr erforderliche Zeit, jedoch darf dieselbe unter einer halben Stunde nicht berechnet werden. Bei Arbeiten, welche außerhalb des Vorortverkehrs liegen, soll pro Stunde 10 Pf. Zuschlag sowie Kost und Logis gewährt werden. Wird solches nicht gewährt, so werden 3 Mk. Entschädigung pro Tag gezahlt. Betreffs des Fahrgeldes wird Rückfahrtsbilletts entschieden. Die Fahrzeit gehört zur Arbeitszeit. — Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten sind, wenn irgend möglich, zu vermeiden. Sind dieselben jedoch erforderlich, so ist für dieselben von 6—10 Uhr abends ein Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde zu zahlen, daselbst bezieht sich auf sogenannte schwarze Arbeit. Nacharbeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ist mit 75 Proz. Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag zu entschädigen. Die Waschzeit gehört zur Arbeitszeit. — Zur Arbeit müssen von seiten des Arbeitgebers geliefert werden: Stemmzeuge, Pinsel, Schmir, Säge, Beil usw. Das Tragen des Sandwerkzeuges von einer Arbeitsstelle zur anderen gehört zur Arbeitszeit. Zum Aufenthalt während der Pausen sowie zum Aufbewahren der Kleider ist den Arbeitern eine verschließbare Kube mit Sitzgelegenheit zur Verfügung zu stellen. Im Accord darf nicht gearbeitet werden. — In denjenigen Geschäften, wo bereits ein höherer Lohn gezahlt wird und bessere Bedingungen bestehen, dürfen dieselben nicht zurückgezogen werden. — Für die Hilfsarbeiter bestehen dieselben Bestimmungen wie bei den Mauern. Der Lohn soll betragen: Die ersten 4 Wochen bei 2 Mauern 62/10 Pf. die Stunde, bei mehr als 2 Mauern 57/10 Pf. die Stunde und nach 8 Wochen soll 60 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. — Mafregelnungen derjenigen Arbeitnehmer, die innerhalb dieser

Bewegung thätig waren, sind nicht zulässig. Dieser Tarif tritt am 1. August 1904 in Kraft und behält seine Gültigkeit bis zum 1. Juli 1905. Soll derselbe von einer der beteiligten Seiten gelöst werden, so ist dies der betreffenden andern Partei 4 Wochen vorher mitzuteilen.

Es wird nun Aufgabe der Badofenmaurer und Hilfsarbeiter sein, durch Anschluß an die zuständigen Organisationen und Festhalten an denselben dafür Sorge zu tragen, daß sie jederzeit in der Lage sind, die errungene Position auch zu verteidigen.

Die Papier- und Lebergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen am Montag einen Bericht Brückner's über die von der provisorischen Lohnkommission aufgestellten Forderungen entgegen. Sie machten die vorgelegten Forderungen zu den ihrigen und beauftragten die von den Delegierten gewählte Lohnkommission, dieselben den Unternehmern zu überreichen. Die Versammelten verpflichteten sich, für die strikte Durchführung der Forderung einzutreten und dafür zu sorgen, daß die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen der Organisation angeführt werden. Zur Wahl einer Lohnkommission stellte Rohr den Antrag, 4 Kollegen vom Buchbinder-Verband, und zwar Genzke, Hoffmann, Schubert und Voigt und 3 vom Vorlesever- und zwar Hauptmann, Ladewig und Hennig zu wählen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und die Genannten wurden gewählt. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sämtliche Schlauchmacher der Norddeutschen Gummi- und Guttaperchawaren-Fabrik vorm. Konrobert u. Reimann (Aktien-Gesellschaft), Tempelhofer Ufer 17, haben am gestrigen Tage wegen fortgesetzter, bedeutender Accordabzüge einmütig die Arbeit niedergelegt. — Wir ersuchen alle Schlauchmacher und Gummi-Arbeiter, bis auf weiteres streng obige Firma zu meiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Deutsches Reich.

Die Tabazierer in Königsberg streiken bei der Firma Kleppe. Der Unternehmer sucht Arbeitswillige in Berlin. — Zugug ist fernzuhalten.

Kustand.

Streik der französischen Seelente und Dockarbeiter.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus Marseille unter dem 23. August: Heute früh wurde auf den Quais, Docks und Molen allgemein die Arbeit eingestellt. Alle Kohlenträger haben gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Sämtliche Bersten sind geschlossen. Die gesamten Offiziere der Handelsmarine haben die Mannschaftsmusterrollen abgegeben.

„Matin“ meldet aus Marseille: Infolge des Ausstandes in der Handelsmarine hat der Seepräfect von Toulon Befehl erhalten, vier Transportdampfer auszurüsten, die nach Marseille geschickt werden sollen, um den Postverkehr mit Algier und Tunis zu sichern.

Die Lohnkämpfe der südschwedischen Landarbeiter. Am Sonntag lagte in Ljnad eine Generalversammlung des Schwedischen Landarbeiterverbandes, auf der die Arbeiter von nicht weniger als 115 Gåtern durch 200 Delegierte vertreten waren. Es wurde dort berichtet, daß auf 20 Gåtern Tarifverträge abgeschlossen wurden und zwar mit voller Anerkennung des Vereinigungsrechtes. Auf weiteren zehn Gåtern sind die Tarife ganz oder teilweise anerkannt worden. Die Frage, ob in einem allgemeinen Streik eingetreten werden soll, wurde den verschiedenen Ortsabteilungen zur Entscheidung durch Abstimmung, die in den nächsten Tagen vorgenommen werden soll, überwiesen. Ferner wurde beschlossen, daß ein polnischer Student als Agitator für die von den Arbeitgebern importierten Galizier angestellt werden soll. — Auf der Generalversammlung waren auch zwei Galizier als Vertreter galizischer, in Schweden thätiger Landarbeiter anwesend. — Es wurde weiter beschlossen, daß noch zwei neue Agitatoren angestellt werden sollen. Wie aus Ewalof mitgeteilt wurde, sind am Sonntag 20 deutsche Arbeiter (Galizier) auf Kosten des Schwedischen Landarbeiter-Verbandes nach ihrer Heimat abgereist. — Der Kampf der Landproletarier wird von den schwedischen Industrie-Arbeitern thätig unterstützt. Der zur Zeit tagende Verbandstag des Schneiderverbandes hat für diesen Zweck 500 Kronen bewilligt, die Arbeiterkommune von Malmo hat bereits 1000 Kronen gesandt, die Holzarbeiter-Organisation derselben Stadt 500 Kronen, und ebenso werden die Landarbeiter von den übrigen Gewerkschaften nach Kräften unterstützt.

Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien. Nach Mitteilungen von Sofia ist dort vor einiger Zeit durch sieben Gewerkschaften der Grundstein eines Nationalbundes der Gewerkschaften Bulgariens gelegt worden. Heute sind dem Bunde beinahe zwei Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes angeschlossen. Allerdings ist die Gesamtziffer der organisierten Arbeiter, entsprechend der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, noch eine sehr geringe; sie dürfte nicht mehr denn 3000 betragen. Vom 19. bis 21. August hat in Sofia der erste Konstituierungskongreß des Bundes stattgefunden. Die neue Zentralorganisation ersucht um Zusendung von Statuten und sonstigen Drucksachen der Gewerkschaften, um sich daraus über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa unterrichten zu können. Die Adresse des Sekretärs ist: Gr. Wassilow, ul. Tzar-Samonid 18 Sofia (Bulgarien).

Die Berliner Parteiversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Die Parteiversammlung des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises in den Armishallen delegierte zum Bremer Parteitag die Genossen Dr. Arons und Fischer. Als Ersatzmann wurde Genosse Volzmann gewählt. Für die Brandenburger Provinzialkonferenz wurden die Genossen Buch, Volzmann und Dressel als Delegierte gewählt.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des zweiten Kreises im „Hofjäger“ erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Nach ruhiger und sachlicher Diskussion der Tagesordnung und der bez. Anfrage speziell zum Bremer Parteitag wurden zur Brandenburger Konferenz delegiert die Genossen Reimann, Henzel und Hingz. Stellvertreter: Witte; für den Parteitag in Bremen die Genossen Schneider, Friß Karl und Antik, Stellvertreter: G. Möbis.

Dritter Wahlkreis.

Die Parteiversammlung für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, welche in der Berliner Ressource tagte, wählte als Delegierte zur Brandenburger Provinzialkonferenz die Genossen Wilhelm Ding, August Wartenberg und Karl Lange. Bei der Stellungnahme zum Parteitag kam es zu einer lebhaften Debatte über den Generalstreik, nachdem Genosse Dr. Friedberg einen Antrag gestellt hatte, welcher bezweckte, daß auf die Tagesordnung des Parteitages von 1905 die Frage des Generalstreiks gesetzt werde. Dieser Antrag wurde gegen 28 Stimmen abgelehnt. Vorher war einstimmig beschlossen worden, daß auf dem diesjährigen Parteitag als Punkt 6 noch die Schulfrage verhandelt werden möge. Gegen eine erhebliche Minorität abgelehnt wurde ein Antrag, der Parteitag möge beschließen, auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die Alkoholfrage zu setzen. In einer Resolution sprach sich die Versammlung dafür aus, daß bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien strengste Stimmhaltung zu üben sei.

Zu Delegierten für den Parteitag wählte man die Genossen Paul Kahn, Emil Rosin und Karl König sowie als Ersatzmann Genossen Buch.

Vierter Wahlkreis.

Im vierten Wahlkreise war der erste Punkt der Tagesordnung schnell erledigt; gewählt wurden zur Brandenburger Konferenz die Genossen Ullm, Vermuth und Lefebvre. Ueber die Anträge zum Bremer Parteitag fand eine sehr eingehende Diskussion statt, die bis Mitternacht dauerte. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Jentsch, Hermann Vogt und Janzen gewählt.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des fünften Wahlkreises wählte als Delegierte zur Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg die Genossen Lier, Stange und Beruslein. Nach einer langen Diskussion über die Tagesordnung des Bremer Parteitages wurden die Genossen Leo Buch und Hanisch als Delegierte zu demselben gewählt.

Sechster Wahlkreis.

Im sechsten Wahlkreise wurden nach einem kurzen Referat Laurentz die Genossen Mars, Trapp und Arendsee als Delegierte zur Provinzialkonferenz gewählt. — Ueber den Bremer Parteitag referierte Ledebour. Mit Rücksicht darauf, daß die Sicherung des Wahlrechts wohl in irgend einer Form auf dem Parteitag zur Sprache kommen werde, wandte er sich entschieden gegen die vom Genossen Friedberg vertretenen antiparlamentarischen Anschauungen. Im Anschluß hieran gingen die Diskussionsredner fast ausschließlich auf den von Friedberg vertretenen Standpunkt ein. Einige Redner nahmen die Person Friedbergs gegen die scharfe Kritik Ledebours in Schutz, andre Redner sprachen gegen Friedbergs Ansichten. Ledebour hielt unter starkem Beifall der Versammlung die scharfen kritischen Ausführungen gegen Friedberg aufrecht. — Zum Parteitag wurden Witzorf, Anders und Freythalter gewählt. — Angenommen wurde ein Antrag, die Schulfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

Verfammlungen.

Metallarbeiter-Verband. In der am Montag abgehaltenen sehr stark besuchten Generalversammlung der Verwaltung Berlin erstattete der Redner PegoId den Kasienbericht für das II. Quartal. Die Abrechnung der Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 188.139,74 M. Unter den Ausgaben sind: 2060 M. Reise-Unterstützung, 24.278,50 M. Reis-Unterstützung, 11.198,10 M. Streik-Unterstützung, 8.140 M. für Gemahrgelte, 2225 M. Unterstützung nach § 2c, 11.625,19 M. für Rechtshilfe. — Die Lokalkasse trat in d. II. Quartal mit einem Bestande von 72.827,56 M., sie nahm 73.968,09 M. ein und gab 32.882,10 M. aus, und schloß das Quartal mit einem Bestande von 113.909,55 M. Unter den Ausgaben sind 4950,85 M. Streikunterstützung, 1361,50 M. für Gemahrgelte, 145 M. sonstige Unterstützungen, je 500 M. für zwei Streiks anderer Gewerkschaften. — Die statutenmäßig ausstehenden Ortsverwaltungs-Mitglieder und Beamten wurden nach den Vorschlägen der Vertrauensmänner-Konferenz wiedergewählt mit der einen Aenderung, daß an die Stelle des bisherigen Redners Fiedler der Kollege Hartmann tritt. — Mit Rücksicht darauf, daß für wichtige Generalversammlungen ein hinreichend großer, günstig gelegener Saal nicht zu haben ist, schlug die Ortsverwaltung für die Erledigung von Wahlen folgende Aenderung vor: Ortsverwaltung und Vertrauensmänner-Konferenz schlagen eine allgemeinen Generalversammlung Kandidaten vor, die Generalversammlung macht gleichfalls Vorschläge und diskutiert über die Kandidaten. Die Abstimmung findet dann einige Tage später in Bezirksversammlungen statt, die zu diesem Zweck gleichzeitig in verschiedenen Stadtbezirken abgehalten werden. — Dieser Antrag wurde gegen 15—20 Stimmen angenommen.

In einer außerordentlichen Verbandssammlung der Bäder, die im „Neuen Kongerthaus“ am Alexanderplatz stattfand, hielt Genosse Buchholz an Stelle des durch den Kongreß in Amsterdam verhindertem Genossen Jubel einen Vortrag über die Zustände und die revolutionäre Bewegung in Rußland. Im Anschluß an den Vortrag, der lebhaften Beifall und Begeisterung für den heldenmütigen Kampf der russischen Genossen erweckte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammelten sprechen den russischen Arbeitern ihre vollste Sympathie aus und wünschen der russischen Arbeiterbewegung einen baldigen und vollständigen Sieg über den Absolutismus, aber daß sich im Parismus verkörpernde Ausbeuter-Verbrechertum. Hierauf machte der Vorsitzende PegoId einige Mitteilungen über Maßnahmen zum Ausbau der Organisation. Es soll das Vertrauensmännerthum besser ausgebaut werden, eine genauere Ueberzicht über die Mitglieder durchgeführt werden und außerdem auch eine umfassende Ueberzicht über die Zustände, sowie Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bädereien geschaffen werden. — Zum Schluß wurde auf die am Donnerstag stattfindende öffentliche Versammlung des Diskussionsklubs des Verbandes der Bäder aufmerksam gemacht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Katholikentag.

Regensburg, 23. August. (B. Z. V.) Zu Beginn der zweiten öffentlichen Versammlung, die heute nachmittag tagte, verlas der Präsident Dr. Borch das Antworttelegramm des Kaisers.

Die Mitteilung des Antworttelegramms des Kaisers wurde von der Versammlung mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen, ebenso das Antworttelegramm des Prinzregenten Luitpold und das im späteren Verlauf der Sitzung eingetroffene Telegramm des Papstes, worin dieser seine Freude über die neue Bekundung der Anhänglichkeit ausdrückt und der Versammlung den päpstlichen Segen spendet. Darauf folgten eine Reihe von Vorträgen, u. a. sprach Reichstags-Abgeordneter Dr. Schädl über die Schulfrage, indem er sich für die Konfessionsschule erklärte und die Simultan-schule bekämpfte.

Ein Viktum unter Sequester.

Budapest, 23. August. (B. Z. V.) Wie die Blätter melden, erfolgte die Verhängung des Sequesters über das Rosenauer Viktum wegen sehr bedeutender Schulden, welche sich auf 1 1/2 Millionen Kronen belaufen. Der Religionsfonds hat bereits Schulden von mehreren 100 000 Kronen für den Bischof bezahlt. Nachdem diese Sanierung jedoch die materielle Ordnung nicht herzustellen vermochte, wurde der Bischof Ivanovicz aufgefordert, seine Entlassung zu nehmen. Ivanovicz reichte seine Abdankung darauf bei dem Könige ein, zog dieselbe jedoch nach wenigen Tagen zurück, angeblich weil eine Einigung bezüglich des Gnabengehalts nicht zustande gekommen war. Von zuständiger Seite war man mithin genötigt, den Sequester zu verhängen. Bischof Ivanovicz dürfte sich in ein Kloster zurückziehen.

Budapest, 23. August. (B. Z. V.) Die ausländischen Wählerarbeiter meldeten sich ohne Rücksicht auf die Weisungen der Streikleitung in großer Anzahl zur Wiederaufnahme der Arbeit, so daß heute mittag in sämtlichen Wärlern der Stadt der Betrieb wieder aufgenommen wurde.

Sofia, 23. August. (Meldung des Wiener L. I. Telegr. Korresp.-Bureau.) Nachdem die Vorarbeiten für die Erneuerung der bestehenden Handelsverträge bereits beendet worden sind, hat die bulgarische Regierung den Vertretern aller Mächte Vertragsentwürfe mit dem umgearbeiteten Posttarif überreicht.

London, 23. August. (B. Z. V.) Der bisherige englische Votschaffter in Rom, Bertie, ist zum Votschaffter in Paris ernannt worden.

Partei-Nachrichten.

Die Kreisversammlung von Brandenburg-Westhavelland nahm ferner ein Referat des Redakteurs Meyer über die Aufgaben der Parteipresse entgegen und nahm sodann ein neues Statut für die Kreis-Kommission, in welchem auch den übrigen Kreisen die Beteiligung an der Kommission eingeräumt wird, einstimmig entgegen. — Zur Provinzialkonferenz legte Genosse Kratz den Standpunkt der Brandenburgischen Stadt-Agitationskommission dar; dieser erhebe es nicht als wünschenswert, in der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg eine Körperschaft zu schaffen, welche sich ausschließlich über die Provinzialkreise erstreckt, es ist vielmehr besser, wenn die einzelnen Kreise ihre Selbstständigkeit behalten. Dies kann und darf die Berliner Genossen nicht abhalten, soweit ihnen Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen, die wertiger vorgefertigten und materiell schwachen Kreise zu unterstützen. An der Debatte beteiligten sich Genosse Weber und Genosse Schuster-Berlin. Letzterer ist als Delegierter der Provinzial-Agitationskommission anwesend. Während sich Genosse Weber im wesentlichen den Ausführungen des Referenten anschließt, auch die Befähigung der Konferenz empfiehlt, legt Genosse Schuster den ursprünglichen Zweck der Kommission klar, er weist es weit von sich, daß die Kommission in die Verhältnisse der einzelnen Kreise eingreifen wolle. Die Anstellung eines Beamten empfiehlt er auch nicht, da dessen Tätigkeit für die Arbeitskraft eines Mannes nicht ausreichend sei. Die Befähigung wird beschlossen und werden die Genossen Kratz, Reuders und Erdmanns als Delegierte gewählt. Der Genosse Rohmann wird zum Ersatzmann ernannt.

Zum Parteitag liegen Anträge von Seiten der Konferenz nicht vor. Der Genosse Meyer beantragt Beschlußfassung über folgende Resolution:

Die sozialdemokratische Konferenz des Kreises Brandenburg-Westhavelland spricht die Erwartung aus, der Parteitag zu Bremen werde es als seine einzige Aufgabe betrachten, den tatsächlichen und organisatorischen Fragen des Parteilebens seine Zeit zu widmen und seinen Versuch — er komme, von welcher Seite er wolle — zuzulassen, persönliche Auseinandersetzungen in der Art und dem Umfang, wie es auf dem Dresdener Parteitag der Fall war, vorzunehmen.

Der Delegierte des Kreises zum Parteitag möge gegebenenfalls mit allem Nachdruck der Wiederholung der erwähnten Vorfälle entgegenwirken.

Die Resolution wird nach kurzer Debatte mit großer Majorität angenommen. Zum Parteitag delegierten wurde Genosse Kratz gewählt. Derselbe wird auch als Kreis-Vertrauensmann wiedergewählt.

Im Wahlkreis Otzen-Pinneberg haben die 16 sozialdemokratischen Vereine jetzt 4532 Mitglieder (19 144 sozialdemokratische Wähler) gegen 4482 Mitglieder am Beginn des Geschäftsjahres. Es sind 3122 Abkommen auf das „Hamburger Echo“ und 1438 auf die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ vorhanden. Eine Kreis-Konferenz, die am Sonntag stattfand, wählte eine Kommission, die ein Statut zu einem Kreisverein ausarbeiten soll.

Die Parteigenossen von Neuf j. L. hielten am Sonntag ihren Parteitag. Der im Jahre 1903 gegründete sozialdemokratische Landesverein, der mit 950 Mitgliedern begann, zählt deren jetzt 1690. Die neue Organisation hat sich soweit gefestigt, daß der Parteitag beschließen konnte, in Zukunft alle Geschäfte durch den Verein zu erledigen, so daß kein Kreisvertrauensmann mehr gewählt wurde und auch keine Parteitage mehr abgehalten werden. An deren Stelle tritt die Generalversammlung des Landesvereins. Aus dem Bericht über den Stand des Parteiblattes ergibt sich, daß diesmal trotz Erweiterung des Blattes ein Ueberschuß von 2376 M. erzielt wurde.

Im zehnten sächsischen Reichstagswahlkreis (Döbeln-Rothwein) ist die Gründung eines Kreisvereins beschlossen worden. Der Verein wird seine Tätigkeit am 1. Januar 1905 beginnen und in Harttha seinen Sitz haben.

Die sozialistische Jugend.

In Belgien und Frankreich existieren unter dem Namen „Junge sozialistische Garde“ Jugendvereine, deren Aufgabe es ist, die Jugend zum Sozialismus zu erziehen und deren Mitglieder besonders bei der Propaganda große Dienste leisten. Eine spezielle Aufgabe finden die belgischen Jugendvereine darin, die jungen Wehrtruppen über das kulturwidrige des Militarismus aufzuklären. Auch in England sind Ansätze solcher Jugendvereine vorhanden; dort ist es namentlich der Genosse Archie R. Arthur in Glasgow, der sich unter anderem durch Herausgabe einer Jugendzeitung besonders verdient macht.

Auf Anregung der belgischen Genossen hat nun während der Tagung des Amsterdamer Kongresses auch ein Sonderkongreß der sozialistischen Jugend stattgefunden. Auf diesem waren durch Delegierte vertreten: Belgien, Holland, Frankreich, England, Deutschland und Polen; Schweden, Italien und Oesterreich waren nicht erschienen. Der Genosse Polak (Holland) berichtete, daß in Holland bis jetzt vier sozialistische Jugendvereine bestanden; die Hauptaufgabe derselben sei, unter der Jugend gegen den Militarismus zu agitieren. Der englische Delegierte teilt mit, daß dort sozialistische Schulen bestehen; bis jetzt sind 17 Ortsgruppen vorhanden und die Jugendzeitung ist in bestem Aufschwunge begriffen. In Norwegen bestehen 56 Gruppen, die Zeitung zählt 8000 Abonnenten. Am weitesten ist die Bewegung in Belgien vorgekommen, wo die „Junge Sozialistische Garde“ bereits 13 000 Mitglieder zählt. Von Oesterreich und Italien liegen Berichte und Zustimmungsschreiben vor. Der deutsche Delegierte (Frank) erklärt, daß nunmehr auch in Deutschland die Bewegung in Fluß kommen werde. Das Resultat des Kongresses ist die Gründung eines internationalen Bundes der sozialistischen Jugend. Der Präsident Polakert (Belgien) schließt den Kongreß, indem er u. a. sagt: „Den Tag, an dem die Jugend aller Länder im Geiste des Sozialismus organisiert ist, mag die Bourgeoisie ruhig Krieg erklären, die Arbeiter werden den Frieden diktieren.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verfolgungen der Parteipresse. Der freimüthige Magistrat der Stadt Breslau erhob Anklage gegen den Redakteur Reichlein von der dortigen „Volksmacht“ wegen Beleidigung des Wasserwerks-Direktors Debusmann. Der Vorwurf, daß mehrere Arbeiter aus den städtischen Betrieben wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahnt seien, stellt die Beleidigung dar. Herr D. versichert, die betreffenden Arbeiter seien entlassen, weil sie die „Gewerkschaft“ während der Arbeitszeit verteilt und Beiträge einliefert haben. Andre Arbeiter hatte Herr D. unter Erinnerung an ihren Soldatencharakter über die Verbandszugehörigkeit zur Rede gestellt. Die Richter hielten eine Mahnung nicht für erwiesen und erkannten auf 300 M. a. r. gegen Reichlein, 50 M. a. r. gegen einen beteiligten Arbeiter. Der Staatsanwalt hatte 1000 M. Strafe beantragt.

Soziales.

Berufsgenossenschaftliche Kasse.

Die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ ist in der Lage, einen Schriftwechsel zwischen einer Krankenkasse, dem Reichs-Versicherungsamt und der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft in Eberfeld zu veröffentlichen, der einen interessanten Einblick in die Auffassungen der Berufsgenossenschaften von ihren gesetzlichen Pflichten gewährt. Es handelt sich um nichts weniger als darum, daß die genannte Berufsgenossenschaft den Versuch gemacht hat, die

gesetzliche Ausdehnung der Krankenunterstützungspflicht auf 26 Wochen für sich zu eskamotieren. Auf eine Anfrage der beteiligten Ortskassen hat das Reichs-Versicherungsamt die Berufsgenossenschaft zur Berichterstattung aufgefordert und auf eine ziemlich hochmütige Erklärung derselben folgende deutliche Antwort erteilt, aus der alles übrige hervorgeht:

Das Reichs-Versicherungsamt. Abteilung für Unfallversicherung. Berlin, den 28. Mai 1904. I. 8661.

So richtig die Ausführungen des Berichts im allgemeinen sind, so ist doch die dortige Darlegung insofern grundtätig unzutreffend, als sie im Eingang davon ausgeht, daß die Berufsgenossenschaften „das Recht, aber nicht die Pflicht“ hätten, mit Beginn der 14. Woche die Fürsorge für Unfallkonse zu übernehmen und damit den Krankenkassen abzunehmen.

Die bereits in der diesseitigen Verfügung vom 18. Februar 1904 — I. 8649 — angedeutet, hat die neueste Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz die Erweiterung der Leistungspflicht der Krankenkassen nicht eingeführt, um die Berufsgenossenschaften zu entlasten, sondern aus anderen Gründen. Die Berufsgenossenschaften haben daher vom Beginn der 14. Woche ab nach wie vor an erster Stelle auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze die Fürsorge und Entschädigung für Unfallverletzte zu leisten, ohne daß es ihnen freisteht, von einem Eintreten aus irgend welchen Gründen (der Fall des § 11 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes bildet keine Ausnahme von diesem Grundsatze) abzusehen und dadurch mittelbar sich unter Umständen zu Lasten der Krankenkasse einen Vermögensvorteil durch Ersparung von Ausgaben zu verschaffen.

Der Vorstand wird ergebnislos ersucht, diese Gesichtspunkte in Zukunft bei der Durchführung der Aufgaben der Berufsgenossenschaft zu beachten.

In den Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft in Eberfeld.

Von der Rentenentziehungsmethode der Landesversicherungs-Anstalt Provinz Sachsen teilt die „Volksstimme“ in Magdeburg einige weitere Fälle mit, in denen gleichfalls Rentenempfänger zur Unterschreift von Versicherungserklärungen gedrängt worden sind. Auch einem Kreisblatte sind mehrere derartige Fälle mitgeteilt worden. Unter den Rentenempfängern des Anstaltsbezirks soll eine erhebliche Aufregung herrschen.

Wir wiederholen, daß wir es selbstverständlich für durchaus unannehmbar halten würden, wenn Renten entzogen würden in Fällen, wo die gesetzlichen Voraussetzungen für die Rentengewährung weggefallen sind. Das muß aber im geordneten Rechtsverfahren geschehen, so daß die Betroffenen Zeit haben, unter Ausnutzung der gesetzlichen Fristen ihre Einwendungen geltend zu machen. Die Einspruchsfrist und die Rechtsmittel sind gegeben, um die Versicherten in den Stand zu setzen, mit der nötigen Ruhe und Ueberlegung die Beweismittel für ihre Ansprüche zu beschaffen und sie gegen ungerechte Entscheidungen, namentlich gegen das fiskalische Interesse der Versicherungsanstalten zu schützen. Wenn man, wie es hier geschieht, unerfahren, meist ängstliche, verschüchterte Leute vor eine Kommission ladet, sie dort ansäht und in sie dringt, nach raschem Berlesen einen Verzicht zu unterschreiben, so möchte solches Verfahren wohl bei einem gewissen Advokaten begreiflich erscheinen, für die Organe der staatlichen Invalidenversicherung ist das Verfahren aber unwürdig.

Inbess: wir verstehen das vielleicht nicht so recht; es mag wohl eine neue Methode der Krönung der Sozialreform sein, bestimmt die Zufriedenheit zu fördern und — der Unzufriedenheit stiftenden Sozialdemokratie das Wasser abzugraben.

Christliche Mißbräuche in Ortskassen.

In Mülhausen im Elsaß wurden am Sonntag die Wahlen zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse vorgenommen. In dieser Kasse herrschten bisher die christlichen Gewerkschaften. Bei der Wahl entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften. Das Resultat des Wahlanwerbs war ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften, deren Liste durchschnittlich 1490 Stimmen erhielt, während die christliche Liste sich mit 600 Stimmen begnügen mußte. In einer vor der Wahl von den Christlichen einberufenen Versammlung mußten diese sich vorhalten lassen, daß sie mit Zustimmung des Kassenvorstandes für Rechnung der Orts-Krankenkasse sich 12 000 Delegiertenlisten der „christlichen“ Kandidaten drucken ließen, um sie im Wahlkampfe zu verwenden.

Es wurde ferner festgestellt, daß an einem Abend der letzten Woche bis spät 11 Uhr die „christlichen“ Führer Franz Fischer und Edmund Maffard in den Bureau-Räumlichkeiten der Orts-Krankenkasse, unter Benutzung des Schreibmaterials und der Briefumschläge der Orts-Krankenkasse, die Laufende von Exemplaren ihrer Kandidatenliste zur Verschickung per Post bereit stellten. Einer der Bureaubeamten der Kasse, der dieses Gebahren nicht für recht fand, meldete nachher die Sache dem Kassenvorsitzenden Meyer, der vorher davon wußte und den Vorgang billigte.

Uebrigens nahmen die Christlichen auch die Hilfe der Unternehmer in Anspruch durch folgendes Schreiben:

An die Herren Arbeitgeber der Orts-Krankenkasse Mülhausen-Stadt!

Wir gestatten uns, mit der Bitte an Sie heranzutreten, beiliegende Kandidatenliste zur Delegiertenwahl der Orts-Krankenkasse Ihrem Personal, soweit dasselbe stimmberechtigt ist, auszuhandigen zu lassen. Da sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber Interesse an einer tüchtigen Verwaltung der Kasse haben, so geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie unsre Bitte berücksichtigen werden.

Hochachtungsvoll Franz Fischer.

Die christlichen Herrschaften haben ihre Niederlage reichlich verdient.

Angestellter oder Unternehmer.

Der Maurer Deth war eine Zeitlang bei der Baufirma Richter u. Schmidt als sogenannter Postenbesitzer (Beselle in bevorzugter Stellung) tätig. Er übernahm dann vertragsmäßig für dieselbe Firma die Maurer- und Putzarbeiten auf einem Neubau zu einem Preise von 22,50 M. pro 1000 zu vermauernde Ziegelsteine. Er verpflichtete sich, innerhalb dreier Wochen den gesamten Rohbau und innerhalb weiterer 14 Tage die Putzarbeiten fertig zu stellen. Es wurden gewisse Abschlagszahlungen vereinbart. D. ließ später die Arbeit liegen, weil nicht 50 M. pro Woche auf ihn einfließen, worauf er einen Anspruch zu haben glaubte. Unter Zugrundelegung dieses Satzes beanspruchte D. nun die Fehlbeträge durch Klage beim Gewerbegericht, indem er zunächst behauptete, es sei ihm pro Woche ein Minimum von 50 M. für seine Person garantiert worden. Im Laufe der Verhandlung sprach er jedoch davon, daß ihm gesagt worden sei, man werde schon einig werden. — Die Beklagten betonten, sie wären keine Specialverpflichtung eingegangen. Im übrigen sei D. doch hier als Unternehmer anzusehen, der gegen einen bestimmten Preis pro 1000 Steine die Arbeit übernommen habe. Bei den von ihnen geleisteten Zahlungen handle es sich lediglich um Abschlagszahlungen. Die von D. beschäftigten Personen habe die Firma allerdings bei der Krankenkasse angemeldet, aber nur aus Gefälligkeit, weil D. kein Bureau hatte. Er habe der Firma mitgeteilt, wen er annahm.

Die Beklagten hätten das Geld für die Beitragsmarken nur als Vorbehalt auslegen wollen. — Die Kammer III unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schafforn wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Der Gerichtshof habe den Kläger nicht als Unternehmer angesehen, sondern angenommen, daß er, der solange Postenbesitzer war, auch bei den fraglichen Arbeiten Angestellter bleiben sollte. Aber er müsse materiell mit seinem Ansprüche auf Erfüllung eines Wochenlohnminimums abgewiesen werden. Nach dem Vertrage handle es sich um eine Accordarbeit. Weitere Ansprüche daraus könne er nur stellen, wenn er rechnerisch in einzelnen nachweise, daß er weniger bezahlt erhalten habe, als der Accordpreis für die geleistete Arbeit betrage. Das sei nicht geschehen. Bezüglich der erst behaupteten Specialabmachung sei Kläger schließlich nur noch dabei geblieben, daß ihm lediglich gesagt worden sei, man werde schon einig werden. Das sei indessen keine Bindung, darauf könne D. keinen Anspruch stützen.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf der rheinischen Industriemagnaten gegen die Hibernia-Verstaatlichung.

Herr Röller beantwortet die von dem Leiter des Kohlen-Syndikats, Herrn Geheimrat Kirdorf, gegen ihn erhobene Beschuldigung, daß er das ihm angebotene Vetorecht gegen die Preisrückführungen des Kohlen-Syndikats ausgeschlagen habe, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit einer langen Gegenklärung, in der es heißt:

Die vom Geh. Kommerzienrat Kirdorf gegebene Darstellung der fraglichen Unterredung ist nicht in allen Punkten zutreffend. Scheiner Kommerzienrat Kirdorf hat vielmehr in der fraglichen Unterredung neben dem Anerbieten einer sehr ausgiebig zu bemessenden Verteilungsziffer lediglich in allgemein gehaltenen Wendungen betont, daß sich vielleicht Mittel und Wege finden lassen würden, die fiskalischen Interessen gegen etwaige ungerechtfertigte Preisrückführungen auszureichen zu sichern. Ein Vetorecht ist dem Fiskus weder angeboten, noch ist demselben nahegelegt, ein solches zu verlangen.

Der Handelsminister hat Herrn Kirdorf gleich bei Beginn der Unterredung erklärt, daß der Zutritt des Fiskus zum Syndikat für die erworbenen Fischen und Felder wegen der bei deren Erwerb abgegebenen Erklärungen aus politischen Gründen unmöglich sei. Den in seiner Gegenwart weiter gefallenen Äußerungen konnte daher überhaupt eine Bedeutung nicht zugemessen werden.

Wichtig, daß das Gedächtnis des Handelsministers und des Herrn Ober-Berghauptmanns v. Kelsen, der die Darstellung des Ministers bestätigt, besser ist als das des Herrn Kirdorf, obgleich für dessen Behauptung, wenn man die Verhältnisse vor der Erneuerung des Kohlen-Syndikats in Betracht zieht, die größere Wahrscheinlichkeit spricht. Jedenfalls bleibt aber soviel bestehen, daß die heutige Regierung, die heute ihr Verstaatlichungsprojekt mit der Notwendigkeit einer Einschränkung auf das Kohlen-Syndikat begründet und zu solchem Zweck ca. 140 Millionen Mark verlangt, diesen Einfluß vor 9 oder 10 Monaten bei einigermassen geschicktem Manövrieren hätte umsonst haben können. Wir wollen damit nicht sagen, daß wir einen Eintritt der Regierung in das Kohlen-Syndikat für richtig halten. Unserer Ansicht nach hat die Regierung nichts in einem Syndikat und Kartell zu thun, um dort als großindustrielle Unternehmerin mit den übrigen zum Syndikat gehörenden Unternehmern um die Festsetzung der Preise und Absatzbedingungen zu feilschen. Gegen die Preispolitik der Syndikate muß auf gesetzlichem Wege vorgegangen werden, nicht durch freundliche Ermahnungen und Einsprachen. Aber nachdem die Regierung schon im Kohlen-Syndikat vertreten ist, wäre es von ihrem Standpunkt aus jedenfalls rationeller gewesen, schon damals dem Kohlen-Syndikat beizutreten und sich den gewöhnlichen Einfluß zu sichern, als ihn sich heute durch Verstaatlichung eines Bergwerks erst erwerben zu wollen, ganz abgesehen davon, daß nach den Statuten des Kohlen-Syndikats keineswegs bei dem Verkauf eines Bergwerks die diesem durch den Syndikatvertrag eingeräumten Rechte ohne weiteres auf den neuen Besitzer übergehen. Aber kommende Entwicklungsstufen vorauszuweisen: diese Fähigkeit hat die jetzige Regierung zu besitzen. Noch vor fünf, sechs Monaten lang man der Politik der Syndikate, die heute in Herrn Röllers Gemüt allerlei Gedanken weckt, schöne Loblieder. Gerade so wie die Regierung heute wieder, statt Vorbereitungen für die Schaffung gesetzlicher Garantien gegen die gefährlichen Praktiken der allzu mächtig gewordenen großen Unternehmerverbände zu treffen, sich in gärtlicher Geforsichtigkeit um die Syndikate darauf beschränkt will, durch freundliche Ermahnungen auf deren Verwaltungen einzuwirken.

Doch jenen die Großindustriellen Rheinland-Westfalens nicht nur durch allerlei kleine Enttäuschungen und Anpassungen Herrn Röller Verlegenheiten zu bereiten; sie lassen auch zur Verstärkung ihres Kampfes gegen die Hibernia-Verstaatlichung von ihren Interessenverbänden und den von ihnen abhängigen Industrie-Ortskassen lange Resolutionen und Protokollerklärungen annehmen. So hat z. B. eine vom nationalliberalen Reichsverein in Herne einberufene Versammlung eine Resolution gefaßt, in der es heißt: „Die heutige, von nahezu 1000 Bürgern der Stadt Herne aus allen Ständen besuchte Versammlung erklärt sich einstimmig gegen die geplante Verstaatlichung der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia wie gegen die drohende Verstaatlichung des ganzen Ruhrkohlen-Bergbaues, weil sie in diesen Maßnahmen eine schwere Schädigung der Entwicklung des gesamten wirtschaftlichen und kommunalen Lebens unserer Gegend erblickt.“

Größere Bedeutung hat eine Erklärung der Handelskammer zu Bochum. Die für die Verstaatlichung der Hibernia offiziell mitgeteilten Gründe werden darin als nicht stichhaltig und ausreichend bezeichnet und dann hinzugefügt:

Die Fusionsbestrebungen bewegen sich keineswegs in der Richtung auf Bildung eines den gesamten Bergbau umfassenden Trusts, sondern bezwecken nur die schon längst als wirtschaftlich zweckmäßig erkannte Bildung sogenannter gemischter Großbetriebe. Wenn aber in diesen Verschmelzungen und Unternehmungen eine Gefährdung der allgemeinen Interessen — nach unserer Meinung zu Unrecht — gesehen wird, so würde die Verstaatlichung der Hibernia dem Staat noch kein ausreichendes Mittel an die Hand geben, einer solchen Gefährdung wirklich vorzubeugen, wenn anders die Regierung nicht die Absicht verfolgt, noch weitere umfassende Verstaatlichungen vorzunehmen. Wenn das bloße Bekanntwerden der Verschmelzungspläne die Regierung zu dem folgenschweren Schritt bezogen hat, innerhalb der Zeit von nur wenigen Monaten mit ihrer bisherigen Politik der Montanindustrie gegenüber zu brechen, so muß damit gerechnet werden, daß eine weitere Entwicklung der gemischten Großbetriebe den Staat veranlassen wird, auf dem einmal beschrittenen Wege der Verstaatlichung von Fischen weiter fortzuschreiten.“

Die Handelskammer, der auch Geh. Kommerzienrat Kirdorf angehört, gesteht hier offen zu, daß noch weitere „Verschmelzungen“ im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Aussicht genommen sind, also der Vereinigung Gelsenkirchen-Schalker-Adhener-Hüttenverein bald weitere sogenannte „Interessengemeinschaften“ folgen werden.

Der Arbeitsmarkt im Juli. Der Monat Juli hat eine Milderung in der Gesamtsituation des Arbeitsmarktes nicht gebracht. Es kam wie regelmäßig in diesem Monat eine gewisse sommerliche Stille in einer Anzahl von Gewerben zum Ausdruck. Diese Erscheinung trat in diesem Jahre noch stärker auf wegen der ungewöhnlichen Trockenheit des Monats Juli, welche erhebliche Störungen der Stromschiffahrt und der auf diese angewiesenen Industrien

zur Folge hatte. Insbesondere litt unter diesen Verhältnissen die Kohlen- und Eisenindustrie sowie die Materialbeschaffung für das Baugewerbe. Die Konjunktur in der Kohlenindustrie und der Eisenindustrie hat im Juli eine Besserung nicht erfahren, die Verhältnisse in der elektrischen und chemischen Industrie waren weiter normale, dagegen scheint es, als ob die Textilindustrie (Woll- und Baumwollindustrie) unter den Auswirkungen der starken Preisschwankungen ihres Rohstoffes zu leiden beginnt. Der Verkehr an den Arbeitsnachweiser war lebhaft und stärker als in dem gleichen Monat des Vorjahres; landwirtschaftliche Arbeitskräfte wurden sehr begehrt, waren aber nur in ganz unzulänglichem Maße vorhanden.

Zur Lage der Maschinenindustrie. Innerhalb der letzten zwei Monate hat der Geschäftsgang im Maschinengewerbe durch eine beträchtliche Zunahme der Aufträge eine deutliche Besserung erfahren. Noch im Juni klagte man über den schleppenden Eingang von neuen Aufträgen, augenblicklich wird der Auftragsbestand meist als ausreichend für eine normale Beschäftigung erklärt. Eine Ausnahme macht nur der Dampfmaschinenbau, der vor allem darunter leidet, daß die Konkurrenz der Sauggasanlagen immer schärfer wird, und auch die Erfolge des Dampfmaschinenbaues viele Industrielle davon abhalten, in ihren Betrieben neue Dampfmaschinenanlagen auszuführen zu lassen. Je mehr die Ausfichten für die Einführung der Dampfmaschine in den industriellen Betrieb in letzter Zeit gewachsen sind, desto schwieriger wird es, neue Aufträge auf große Maschinenanlagen zu erhalten. Fabrikten, die ausschließlich oder in der Hauptsache auf die Herstellung von Dampfmaschinen angewiesen sind, befinden sich daher zur Zeit in einer wenig befriedigenden Situation. Im Gegensatz zum Dampfmaschinenbau zeigt der Geschäftsgang bei der Herstellung von Spezialmaschinen für einzelne Gewerbe ein freundliches Gepräge. Die Fabriken, die Maschinen für die Landwirtschaft liefern, sind normal beschäftigt. Maschinen für den Bergbau und das Eisengewerbe werden gleichfalls reichlich verlangt. Weiter nehmen die maschinellen Neuanschaffungen der Zuckerfabriken wieder zu, nachdem man die Gewißheit erhalten hat, daß die Wirkungen der Weisfeler Zuckerkonvention keineswegs nachteilig für den Geschäftsgang der deutschen Zuckerindustrie ausgefallen sind. Weniger lebhaft, aber doch immerhin besser als noch vor einigen Monaten ist die Nachfrage nach Spezialmaschinen für das Textilgewerbe. Auch im Werkzeugmaschinenbau dürfte sich für die meisten Betriebe der Auftragsbestand gehoben haben. Die Lokomotivfabriken und Wagenbauanstalten waren schon im Juni betrieblühend beschäftigt und arbeiten, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, normal.

Zum Kampf der Schiffahrts-Gesellschaften. Der „Daily Mail“ zufolge drückt die Schiffahrtsindustrie außerordentlich auf die Fahrpreise der ersten und zweiten Klasse. Die Cunard- und White Star Linie setzen den Salopreis für nach Ostern gehende Dampfer auf 10 Pfd. Sterl. herab, die Leyland-Linie ermäßigte den Preis von Boston nach Liverpool auf 7 Pfd. Sterl. Die Amerika-Linie kündigt ebenfalls weitere Ermäßigungen an. Sie hat die Kabinenpreise zweiter Klasse von Philadelphia nach Liverpool jetzt auf 6 Pfd. Sterl. von New York nach Southampton erster Klasse auf 11, zweiter Klasse auf 7 Pfd. Sterl. herabgesetzt. Die Fahrpreise nach Westen bleiben noch unverändert. Nach einem Londoner Telegramm soll zwischen Lord Inverclyde und dem Generaldirektor Wallin vereinbart worden sein, daß die Ausgleichsverhandlungen zwischen den am nordatlantischen Tarifverträge beteiligten Schiffahrts-Gesellschaften am 29. August in Frankfurt a. M. wieder aufgenommen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Treptow-Baumtschulenweg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend hält am Donnerstag, den 25. d. Mts., seine Wanderversammlung ab. Der Vorstand.

Röpenitz. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt Mittwoch, den 17. August seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Da der in Aussicht genommene Referent wegen Krankheit nicht erschienen war, hielt Genosse Regel einen Vortrag über: Ein Traum von zweitausend Jahren. An der Diskussion beteiligte sich hervorragend Frau Koppe. Unter Vereinsangelegenheiten wurde noch beschlossen, zum diesjährigen Stiftungsfest die Damenabteilung des Turnvereins und den Kraftturnverein „Einigkeit“ zu bitten, mitzuwirken.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 28. August, stattfindenden Urauswahl-Vorstellung sind noch Willeis bei Fahrenow, Ravenstr. 6, zu haben.

Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag, 28. August, nachmittags 1 Uhr, findet die Generalversammlung in Jossen statt mit der Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes. 2. Die Brandenburger Provinzialkonferenz. (Anträge betreffend anderweitige Zusammensetzung der Agitationskommission und betreffend die Lokalfrage, Wahl der Delegierten.) 3. Der Bremer Parteitag. (Anträge betreffend Aenderung der Tagesordnung, betreffend die Maifeier, betreffend das Organisationsstatut, betreffend Herausgabe einer Jugendzeitung und betreffend Schulkassen, Wahl der Delegierten.) 4. Verschiedenes. Anträge, welche auf der Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, sind bis spätestens am 25. August an den Centralvorstand, Charlottenburg, zu Händen des Genossen W. Eberhardi, Rosinenstr. 3, einzureichen. Auf Grund des § 11 des Statuts ist jeder Verein berechtigt, bis zu drei Delegierte zu entsenden.

Pflicht jedes Wahlvereins ist auf der Generalversammlung vertreten zu sein. Der Centralvorstand.

Mariendorf-Tempelhof. Im „Tivoli“, Tempelhof, Berlinerstraße 50, spricht Genosse Rubell am Freitagabend 8 Uhr über „Innere und äußere Politik“. Mittwochabend 7 Uhr ist Flugblattverbreitung. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Lokales.

Ueber ein freudiges Ereignis meldet der Magistrats-Berichtserstatler aus dem Rathaus: Eine sehr erfreuliche Nachricht kommt aus dem Noter Hause. Das Defizit im Stadthaushalts-Etat ist verschwunden. Der Jahresabschluss der Stadthauptkasse ergibt einen Ueberschuß von rund 4 1/2 Millionen Mark. Der Etat für 1903/04 schloß mit einem Reibetrag von rund 1 Million Mark, weshalb besonmers besondere Einnahmequellen (Umsatzsteuer) erschlossen werden mußten. Um so erfreulicher ist es nun, daß nach der Erhöhung der Umsatzsteuer, die erst für den laufenden Etat zur Geltung kommt, ein Ueberschuß alles Sagen nach neuen Steuerquellen überflüssig erscheinen läßt. Dieser erfreuliche Umstand ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die städtischen Gas- und Wasserwerke einen Mehrüberschuß von etwa 2 1/2 Millionen Mark lieferten und die Stadthauptkasse selbst mit einem Plus von rund einer Million Mark abschließen konnte. Hierzu kommt noch, daß die Kanalisation gegen den Etat einen Mindeberschuß von 700 000 Mark brachte. Auch für das laufende Jahr ist, obgleich die Ausfichten für das Erwerbseleben infolge der abnormen Dürre und der daraus entstehenden Steuererhöhung nicht gerade günstig sind, eher ein Ueberschuß als ein Fehlbetrag zu erwarten. Die Steuern sind bis jetzt in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres reichlicher eingegangen, was zum Teil auf den Mehrertrag der seit März d. J. erhöhten Umsatzsteuer zurückzuführen ist. Der laufende Etat ist mit größter Vorsicht aufgestellt, schon um den Kommunalsteuereinzugsatz von 100 Proz. nicht zu überschreiten. Die

Gerechtigkeit gebietet es zu erwähnen, daß die Recht behalten haben, die sich einer Erhöhung des Kommunalsteuereinzugsatzes von 100 Proz. mit Erfolg widersetzen, der Erhöhung der Hundesteuer widersprechen und die Wiedereinführung der Besteuerung der Einkommen unter 900 M. ablehnten, wobei sie eine Besserung der städtischen Finanzen in nahe Aussicht stellten. Dem nächsten Etat kommt nun nicht nur dieser recht ansehnliche Ueberschuß von 4 1/2 Millionen Mark, sondern auch voraussichtlich die Juridizahlungen aus den Kirchenbau-Prozessen mit über 2 Millionen Mark und weitere 450 000 Mark, die für Kirchenbauzwecke schon in dem letzten Etat eingestellt worden sind und nun verfügbar werden, zu gute, was die Balancierung bei einem Steuereinzugsatz von 100 Proz. wesentlich erleichtert.

Allerhand Verkehrsstatistisches. Wie der Verkehr in Berlin in den letzten Jahren gestiegen ist, ergibt folgende Zusammenstellung, wobei aber leider die kleineren Dampfschiffahrts-Gesellschaften, der Droschkens-, Automobil- und Arrenferverkehr wegen Mangel an zuverlässigem Material nicht berücksichtigt werden konnte. Auf den Berliner Straßenbahnen wurden 1895 167 1/2 Millionen, 1900: 290 1/2 Millionen und 1903 schon über 325 Millionen Personen befördert. Auf der Hochbahn werden jährlich 30 Millionen Personen befördert. Ganz besonders bemerkenswert ist die Verkehrssteigerung bei dem Omnibusverkehr. Dieser stieg von 37 1/2 Millionen im Jahre 1895 auf 80 1/2 Millionen Personen im Jahre 1900 und ist seitdem auf rund 100 Millionen gestiegen. Auf der Stadt- und Ringbahn wurden 1895/96 insgesamt 67 1/2 Millionen Fahrgäste abgefertigt, 1900/01 schon 90 Millionen und 1903/04 bereits 92 Millionen. Auf den Personendampfern der Spree-Havel-Dampfshiffahrts-Gesellschaft „Stern“ stellte sich der Verkehr im Jahre 1895 auf 725 000 Personen, 1900 auf 903 000 und 1903 auf rund 1 1/2 Millionen. Insgesamt wurden nach einer Schätzung rund 500 Millionen Menschen in Berlin befördert. Die Zahl der Droschken, Arrenfer, Omnibusse und Straßenbahnwagen ist von 9023 im Jahre 1896 auf 11 761 im Jahre 1901 und 12 840 im vorigen Jahre gestiegen. Die Länge der Straßenbahnen erreichten 1900 eine Länge von 629 397 Meter, die Einnahmen der Straßenbahnen stellten sich 1900 auf 29 Millionen Mark und sind inzwischen auf rund 34 1/2 Millionen gestiegen.

Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin veröffentlichte ihren Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1903. Danach stieg die Zahl der Mitglieder von 11 156 auf 11 626 oder um 4,2 Proz., während die Zahl der Erkrankungsfälle um 29,8 Proz., nämlich von 5404 auf 7017 gestiegen ist. Im Berichtsjahre kamen auf 100 Mitglieder 60 Hauskranken — gegen 48 im Vorjahre und 43 im Jahre 1901. Gestorben sind im Berichtsjahre 105 männliche und 8 weibliche Mitglieder. Bei 25 männlichen oder 22,1 Proz. aller Versicherten war ein Lungenleiden die Todesursache, während bei den weiblichen Mitgliedern ein Sterbefall infolge Lungenleidens nicht vorgekommen ist. In 158 Fällen gewährte die Kasse Aufenthalt in Heimstätten und Kurorten oder Landaufenthalt.

Die große Steigerung der Erkrankungsfälle hatte zur Folge, daß die Ausgaben für Arznei auf 34 649,08 M. stiegen (gegen 28 219,93 M. im Jahre 1902). Für sonstige Heilmittel wurden im Berichtsjahre 19 784,37 M. verausgabt, für ärztliche Behandlung 55 643,21 M. In Arzengeld wurden 255 785,73 M. gezahlt, darunter 7 496,46 M. an Angehörige erkrankter Mitglieder. Die gezahlten Sterbegelder bezifferten sich auf 11 983,12 M. Die Unterhaltung der Wägherinnen erforderte eine Ausgabe von 1084,85 M., die Kur- und Verpflegungskosten in Krankenanstalten 65 869,29 M. Die persönlichen Verwaltungskosten betragen 5792,53 M., die sächlichen 1618,79 M.

Die gesamte Einnahme (inkl. des 17 053,22 M. betragenden Bestandes vom Vorjahre) stellte sich auf 554 786,01 M., während die Summe der Ausgaben 545 182,06 M. betrug, so daß am Jahres-schluß ein Kassenbestand von 9583,95 M. verblieb, das sind 7460,27 M. weniger als im Vorjahre. Auch der Reservefonds ging um 21 000 M. zurück; er betrug am Schluß des Berichtsjahres 17 580 M., gegen 38 580 M. im Vorjahre. — Die ungünstige finanzielle Entwicklung der Kasse bedingte, daß seit Beginn des neuen Geschäftsjahres eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 3/4 Proz. auf 4 Proz. stattfinden mußte.

Die Sterblichkeit in Berlin ist in der ersten Woche des August, bis zu der jetzt die bezüglichen Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amtes vorliegen, noch sehr viel höher gewesen als in den letzten Wochen des Juli. Während in der Woche vom 24. Juli bis 30. Juli hier 662 Personen gestorben waren (ohne Totgeborene), wurden aus der Woche vom 31. Juli bis 6. August 903 Sterbefälle gemeldet (ohne Totgeburten). Wieder ist die Erhöhung der Gesamtsterblichkeit zum größten Teil durch eine weitere Zunahme der Säuglingssterblichkeit zu stande gekommen. In der letzten Woche des Juli waren 275 Kinder des ersten Lebensjahres gestorben, in der ersten Woche des August dagegen starben 430 Kinder dieses Alters. Am 5. und 6. August starben allein 151 und 166 Personen, darunter 72 und 90 Kinder des ersten Jahres. Der 5. August hatte eine Temperatur gehabt, die derjenigen des 16. Juli, des heißesten Tages dieses Sommers, beinahe gleichkam. Die bedeutende Zunahme der Säuglingssterblichkeit ist das Ergebnis einer weiteren Wehrung der Erkrankungen der Verdauungsorgane, die der August gebracht hat. Es starben in der letzten Juli-Woche 3. u. an Durchfall 72, an Darmatarrh 91 Kinder des ersten Jahres, dagegen in der ersten August-Woche an Durchfall 154, an Darmatarrh 181 Kinder dieses Alters.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung nach den Ferien ist auf Donnerstag, den 8. September, anberaumt worden.

Drei Millionen Mark Schulden. Im gestrigen zur Prüfung der bisher angemeldeten Forderungen anberaumten Termin des Konkurses Althons Koehl berichtete der Verwalter Brinkmeyer, daß bisher an vorredlichen Forderungen 3 000 000 M. angemeldet seien, von denen 1 000 000 M. zur Feststellung gelangen dürften. Die Dividende wird nicht mehr als 1,40 Proz. betragen und im ungünstigsten Falle sich etwa auf nur 0,70 Proz. ermäßigen. Der Aufenthaltsort des stedbriefflich verfolgten Ledemanns Koehl ist noch nicht ermittelt.

Die Binnenfahrtsstraße Berlin—Stettin, die seit Wochen allein noch den Wasserverkehr zwischen der Reichshauptstadt und der See vermittelt, gewinnt von Tag zu Tag an Bedeutung. Sie weist jetzt einen Güterverkehr auf, wie er in solchem Umfang auf dieser Strecke noch nicht dagewesen ist. In fast ununterbrochener Reihenfolge bewegen sich die Schleppzüge von der Oder her bezw. von der Havel durch den Finowkanal, der auch jetzt, trotz der Dürre, noch eine Fahrtiefe von 1,40 Meter hat, während die Elbe auf der Strecke zwischen Magdeburg und Hamburg höchstens eine Wassertiefe von 75 Centimeter aufweist. Viele Seeadpfer, die mit Gütern für das Binnenland sonst stets in Hamburg löschten, wenden sich jetzt nach Stettin, auch die Transportschiffe, die englische Kohlen für die Gasanstalten Berlins und der Vororte bringen. Die Flößenfahrer schleusen, durch die der gesamte Verkehr von und nach Stettin geht, sind bis zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen; an manchen Tagen liegen Dunderter von Fahrzeugen vor den Schleusen, wartend, bis an sie die Reihe kommt. Die bisher auf der unteren Havel verkehrenden Schleppdampfer, die wegen des Stillstandes der Schiffe nach Hamburg vor Anker gehen mußten, haben das Feld ihrer Thätigkeit wegen der Verkehrssteigerung auf der Strecke Berlin—Stettin nach der oberen Havel verlegt, wo sie reichlich Beschäftigung finden.

Der Wassermangel. Das Wasser der Spree innerhalb Berlins ist zwar in den letzten Tagen nicht mehr gestiegen, hat jedoch den in der letzten Woche erreichten höheren Standpunkt behalten. Der Wasserpegel befindet sich noch immer etwa 15 Centimeter unter dem gewöhnlichen Niveau der gegenwärtigen Jahreszeit. Die Schiffahrt auf der mittleren Spree erscheint jetzt gesichert, da ein weiteres Fallen des Wassers nicht mehr zu erwarten ist und die vorgenannten Ausbaggerungen bei Erkner und in den oberen Stromgebieten haben die Gefahren eines etwaigen Auslaufens beladener Frachtschiffe vollständig beseitigt. — Durch den niedrigen Wasserstand sind übrigens auch die zumest mit der Havel in Verbindung stehenden

Grünwaldseen in Mitleidenschaft gezogen worden. Auch hier ist das Wasser so bedeutend gefallen, daß es den Ufern zurückgetreten ist und sich die Berliner Ausflügler teilweise ganz neue Uferwege bahnen konnten. Die Schiffsflächen am Sälchtensee liegen mehr als zur Hälfte trocken, so daß sie ohne jede Gefahr betreten werden können. — Nachdem der Oberlauf der Oder jetzt fast vollständig trocken liegt, ist auch in der Oberbruch-Gegend der Wasserstand noch weiterhin gefallen. Nach einer Meldung der „Oberzeitung“ ist das Wasser bei Rißtrin so niedrig, daß seit Donnerstag voriger Woche das Saugrohr der Wasserleitung verlagert und die Fassung infolgedessen ohne Wasser ist. Zur Speisung des Saugrohrs muß nunmehr ein Vakuummeter aufgestellt werden. In der alten Oder ist das Wasser so weit gefallen, daß die verschiedenen Betriebe, die die Wasserkraft benutzen, die Thätigkeit haben einstellen müssen.

Das Berliner Konzerthaus soll neu erbaut werden. Ein großes Etablissement nach dem Muster des seiner Zeit von Wisse geleiteten Konzerthauses in der Leipziger Straße wird, wie verlautet, an der Ecke der Königgräber und Prinz Albrechtstraße errichtet werden. Dort, wo früher eine Eisbahn eingerichtet war, wird ein großes Lokol erbaut mit einem Konzerthaus, der 2000 Personen faßt. Die Einrichtung soll dem früheren Konzerthause in jeder Beziehung nachgebildet sein.

Erpressungen an einem höheren Offizier. Eine Auffsehen erregende Verhaftung wird aus Kottbus gemeldet. Dort wurde der Vertreter einer thüringischen Farbenfabrik, Kaufmann Griesdorf, festgenommen. Der Verhaftete stammt aus guter Familie, die sich aber seit Jahren von ihm losgelagert hat. Griesdorf wird beschuldigt, Erpressungsversuche gegen einen in Posen ansässigen höheren Offizier unternommen zu haben unter der Drohung mit „Entfällungen aus einer kleinen Garnison“. In den Briefen, die er anonym an den Offizier richtete, wird die Bekanntheit verschiedener Vorgänge für den Fall angedroht, falls sich der Empfänger nicht zu bedeutenden Geldopfern bereit finden würde. Der Offizier übergab die Schreiben der Polizei, die Griesdorf als Schreiber ermittelte und festnahm. Griesdorf lebte in Kottbus auf großem Fuße, verfügte über reichliche Geldmittel, verkehrte in einem der ersten Hotels und hatte eine elegante Wohnung inne; auch besuchte er die Reitsbahn und spielte in jeder Beziehung den noblen Herrn. Nach seiner Angabe hat er in Berlin, Schumannstr. 5 ein zweites Logis gemietet. Wie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, arbeitete Griesdorf stark in Wecheln und hat eine ganze Anzahl von Bürgern in Kottbus zu Unterschriften sich geneigt gemacht. Bei seiner Vernehmung gab er zu, die Briefe an den Offizier geschrieben zu haben, doch bestritt er die Erpressungsversuche; er hat seinerzeit als Einjähriger bei dem Regiment gedient, in dem der Offizier damals in Garnison stand.

Um zwei Glas Bier. Die Arbeiten am Rathaussturm sind beendet und ist die Firma B. Altmann dabei, das große Feindgerüst zu entfernen. Die Arbeiter wieteten gestern um zwei Glas Bier, die der gewinnen sollte, der die 18 Meter hohe, mit einem vergoldeten Zeller gekrönte eiserne Fahnenstange bis zur Spitze erklettert. Ohne langes Besinnen machte sich einer von den Arbeitern an das Werk und es dauerte auch gar nicht lange, da war der Wagemuth bis zu dem Zeller emporgestiegen. Mit einem Schwing überstieg er dies Hindernis, stellte sich oben drauf und schwenkte seine Mütze, während ein anderer auf der Plattform des Thurmes stand und „hurly“, wodurch das Wagemuth verewigt wurde. Ebenso schnell, wie der Mann die Fahnenstange des Rathaussturmes erklettert hatte, ebenso schnell war er auch wieder unten, um die zwei Glas Bier nicht stehen zu lassen. Der Mann ist übrigens nicht der erste, der an dieser Fahnenstange, der höchsten in Berlin, emporgestiegen ist. Das Wagemuth kann also nicht so schwierig sein, wie es von unten ansieht, und wird jedenfalls durch eine eiserne Kette, die zum Hissen der Fahne dient und die von unten nicht zu sehen ist, erleichtert. Der Mann kann sich an der Kette festhalten, muß natürlich aber vollständig schwindelfrei sein, sonst kann er trotzdem leicht abwärts und das Genick brechen.

In Kolberg verhaftet wurde auf Requisition der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I der Berliner Handlungsgehilfe Arthur Fischer, der, wie wir seinerzeit berichteten, nach einem mißlungenen Einbruchversuch aus Berlin geflüchtet war. F., der vorbestraft ist, war in ein Geschäft der Leipzigerstraße, in dem er angestellt war, abends nach Schluß durch ein Fenster eingestiegen; er hoffte niemand mehr antretend zu finden. Zu seinem Schrecken sah er sich indessen einer Verkäuferin gegenüber, die noch mit Aufklärungsarbeiten zu thun hatte. Er jagte dem jungen Mädchen, daß er nur die Absicht habe, sich seine Legitimationspapiere zu holen. Als diese trotzdem Alarm schlugen wollte, stürzte er sich auf sie, und es entspann sich zwischen beiden ein heftiger Kampf, im Verlaufe dessen Fischer eine Wundwunde im Finger und mehrere Hauptabschürfungen im Gesicht erlitt. Da F. seinen Plan bereitet sah, stürzte er auf demselben Wege, den er gekommen war. Den Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es, seinen derzeitigen Aufenthaltsort zu ermitteln, und so wurde er in Kolberg verhaftet. F. wurde zunächst in das dortige Amtsgerichtsgefängnis gebracht, von dort wird er nach Moabit übergeführt werden.

Der Kampf eines Schuttmann mit einem Kutscher rief in der Nacht zu gestern am Ostbahnhof große Aufregung hervor. Ein Kutscher, der sein Gespann bei sich hatte, war in eine Damenreife eingelehrt und hatte sich dort und auf der Straße unangemessen benommen. Als ein Schuttmann ihn fästieren wollte, weigerte er sich mitzukommen, indem er einwandte, daß er sein Fuhrwerk nicht verlassen dürfe. Es kam dann zwischen dem Kutscher und dem Beamten zu Reibereien, denen der Schuttmann damit ein Ende zu machen suchte, daß er den Säbel zog und seinem Gegner damit an der Stirn eine Wunde beibrachte. Jetzt klammerte dieser sich an einen Laternenpfahl fest und wehrte sich, worauf er von neuem einen Säbelhieb erhielt. Inzwischen waren mehr Schuttmann herbeigeeilt und selbstverständlich hatten sich auch zahlreiche Zuschauer und Zuschauerinnen angeeammelt, die entsetzt aufschrien, als der Beamte dem Widerspenstigen einen dritten Hieb beibrachte. Blutüberströmt brach der Mann zusammen, worauf er einer Unfallstation und dann der Polizeiwache zugeführt wurde. Der Mann war inzwischen immer mehr angewachsen und eine Anzahl Eistierungen bildeten den Beschluß des schlimmen Vorfalls.

Immer wieder Typhol. Die Ehefrau eines Hausdieners Müller, der wegen Teilnahme an einem großen Seidendiebstahl seit zwei Monaten im Gefängnis zu Tegel sitzt, mußte ein Verhältnis mit einem Buchhalter an, obwohl sie mit ihrem zwei Jahre alten Kinde bei ihrem Vater in der Kolbergerstraße ein sicheres Unterkommen gefunden hatte. Als ihr Vater, ein geachteter Handwerker, von ihrem Lebenswandel Kenntnis erhielt, machte er ihr Vorwürfe und verlangte, daß sie die Beziehungen abbreche. Die junge Frau spannte sie aber hinter seinem Rücken fort, bis er das Bärchen in seiner Wohnung überraschte. Der Buchhalter wurde vor die Thür gesetzt und als am Montagabend Frau Müller ihn in seiner Wohnung in der Chorinerstraße aufsuchte, wollte er nicht mehr von ihr wissen. Die Versuchmache, die nach dem Auftreten in der Wohnung ihren alten Vater mißhandelt hatte, nahm jetzt vor den Augen ihres Geliebten Typhol und mußte in bedenklichem Zustande nach einem Krankenhanse gebracht werden. — Die 26 Jahre alte Ehefrau des Buchdruckereibesetzers König aus der Linienstr. 3a, die seit fünf Jahren verheiratet und Mutter eines vierjährigen Töchterchens war, nahm am Sonnabendabend zwischen 6 und 7 Uhr in ihrer Wohnung Typhol. Ihr Mann, der um 7 Uhr aus dem Geschäft kam, fand sie bewußlos auf dem Sofa sitzen und ließ sie, nachdem ein Arzt aus dem Hause die erste Hilfe geleistet hatte, mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Dort erlag sie jetzt den Wirkungen des Giftes. Der Todesfall wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Ein Bau-Anfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittag bei Wertheim in der Leipzigerstraße. Der 41 Jahre alte Arbeiter Josef Schmidt aus Leobsdorf stürzte aus beträchtlicher Höhe

dem Gerüst und wurde schwer verletzt mit einer Droschke nach der Charité gebracht. Als man dort mit ihm ankam, konnte der Aufnahme-Arzt nur noch feststellen, daß inzwischen der Tod schon eingetreten war. Die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Ein gefährlicher Einbrecher wurde in der vergangenen Nacht in der Person eines Kutschers Robert Kasten aus der Pfarrstraße in Friedrichsberg festgenommen. Kasten war dabei, dem Hause Am Ostbahnhof Nr. 6 einen nächtlichen Besuch abzustatten, als Hausbewohner ihn erwischten und am Argen nahmen. Sein Mißgeschick verlegte ihn in eine solche Wut, daß er dem Schutzmann, der ihn nach der Revierwache bringen wollte, an die Kehle sprang, um ihn zu mißhandeln. Der Beamte zog jedoch blank und machte den Einbrecher durch einige Säbelhiebe über den Kopf kampfunfähig. Der Verhaftete mußte zunächst von der Unfallstation in ein Krankenhaus gebracht werden.

Straßenperrungen. Der Weidentweg von der Tilsiterstraße bis zum Ballenplatz wird behufs Umpflasterung vom 24. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrzeuge und Reiter gesperrt, ebenso die Kochstraße von der Wilhelm- bis zur Friedrichstraße behufs Umpflasterung vom 25. d. M. ab und ferner der Große Weg von der Tiergartenstraße bis zur Hofsäger-Allee sowie der chauffierte Weg von der Tiergartenstraße bis zum Großen Weg (der Kleine Weg genannt) vom 25. d. M. ab.

Feuerbericht. Gestern nachmittags bald nach 3 Uhr wurde die Wehr nach der Kommandantenstr. 16 gerufen, weil hier auf noch nicht ermittelte Weise auf dem dritten Hofe in einem im zweiten Stock des Quergebäudes belegenen Lagerraum der Fabrik für Beschleunigungsgegenstände von Karl Niemann u. Co. Feuer ausgebrochen war. Bei Ankunft des 17. Löschzuges brannte schon ein erheblicher Teil des Lagers, weshalb sofort ein Rohr in Thätigkeit gesetzt wurde. Die Löscharbeiten stießen aber auf keinerlei Schwierigkeiten und so konnten die Flammen innerhalb einer halben Stunde erstickt werden. Ein Teil des Lagers ist indes völlig vernichtet und der entstandene Schaden daher nicht unbedeutend, doch ist derselbe durch Versicherung gedeckt. — Voruntags mußte ein zweiter Fabrikbrand beseitigt werden. Er entstand in der Norddeutschen Gummi- und Guttaperchawarenfabrik vorm. Jonrobert u. Neimann Alt-Ges. auf nicht ermittelte Weise, konnte aber noch gelöscht werden, bevor nennenswerter Schaden entstanden war. — Möbel, Kleidungsstücke und Decken hatten in der Nacht zum Dienstag in der Treppenstr. 7 in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Raunigstr. 72 allerlei Gerümpel in Brand geraten war. — Gardinen gingen später in der Sudenerstr. 61 in Flammen auf. Die übrigen Alarmierungen, die noch aus der Nacht vorstr. 19, Rantauellstr. 60 usw. einliefen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Damen-Ruderport. Großes Aufsehen erregte am Sonntag auf der Spree ein von weiblichen Mitgliedern des bekannten Ruderklubs „Vorwärts“ gefahrener „Damenachter“. Die Fahrt ging nach dem „Strandloshaus“ am Müggelsee. Die flotte „Mannschaft“ weiblichen Geschlechts wurde von den Sportleuten, die ihr begegneten, als auch von dem Publikum lebhaft begrüßt. Das Boot ist nicht allein in Berlin, sondern überhaupt in Europa der erste Damenachter. Mitglieder einer amerikanischen Frauen-Universitäts sollen die ersten gewesen sein, die gleiches leisteten.

Das Berliner Aquarium ist durch die Liebesswürdigkeit eines in Siam stationierten deutschen Naturfreundes und Gönners in der glücklichen Lage, zu Besuchern eine Tiarat zeigen zu können, die vordem noch nie u. a. gelangte und auch in ihrer Heimat, weil nur selten beobachtet, wenig bekannt ist. Es ist eine Schlangengattung aus der Gruppe der Warzenschlangen, zur Gattung Chersydrus gehörig. Herr Apotheker Willems, der Chef des „Gouvernement Medical Depot“ in Bangkok hatte zehn Stück gesammelt, welche in einer 2 Meter langen und breiten, durch Ausschleimung mit Zink zu einem Bassin hergerichteten Kiste von Singapur aus durch den Norddeutschen Lloyd kostenlos nach Bremerhaven überführt wurden und der Sorgfalt des Kapitäns des Dampfers „Seidlich“ ist die lebende Ankunft der selteneren Wasserschlangen zu danken. Da sie ausschließlich im Wasser leben und hier auch der Jagd auf Deutertiere, Fische und Amphibien, obliegen, so fanden sie auch im Aquarium entsprechende Unterkunft in einem der Glashauser des Schlangenganges. Es sind giftlose Kriecher, aber von allen ihren Verwandten unterscheiden sie sich namentlich durch die Art ihrer Bekleidung, welche in kleinen, warzenähnlichen, sich nicht bedeckenden Schuppen besteht. Auch der kurze, niedergedrückte Kopf und das nach vorn gerichtete Auge mit dem runden Augenstern sind charakteristisch und der Körper ist vermöge des leicht zusammengeknüllten Hinterleibes usw. zum Wasserleben eingerichtet. Die prächtigen Tiere sind oberseits braun, an der Seite mit gelblicher Längsbänderung und dunklen Flecken gezeichnet.

Der Berliner Zoologische Garten besitzt jetzt eine Sammlung kleiner südamerikanischer Stollenaffen, wie man sie bei der Hinfälligkeit dieser allerliebsten Geschöpfe nur sehr selten zu sehen bekommt. Da sind in ihren Abteilungen des sogenannten „alten Vogelhauses“, gegenüber dem neuen Wägenzwinger, außer den häufigeren „Marmosetten“, d. h. dem Weißhörn- und Schwarzohrpinsel-Affen ein Paar Negers-Seidenäffchen, ferner die Ringe mit ihrem weißen Argen, ein Paar Löwenäffchen und drei äußerst lebhaftes Lötensaffen untergebracht. Alle diese eichhörnchenartigen, zum Teil sehr auffallend gefärbten Arten besitzen durch ihre Fertigkeit, entpuppen sich aber bei näherer Bekanntschaft als äußerst ängstliche und unsaubere Wesen. Ihre Nahrung besteht neben Früchten und dergleichen namentlich aus Insekten, Vogeleiern und kleinen Vögeln, mit Bier wird ein ihnen gebotener Spaß abgewürgt und eiligst verzehrt.

Theater. Das Casino-Theater in der Lothringerstraße wird am Sonnabend, 3. September, wieder eröffnet. — Der Vorverkauf zu Grillparzer's „Medea“, mit der das Schiller-Theater O. am Sonnabend eröffnet wird, beginnt heute Mittwoch und findet täglich an der Kasse des Schiller-Theaters O. von 10^{1/2} bis 2 Uhr statt. Abonnements-Bestellungen werden täglich in den Bureaus der beiden Schiller-Theater von 10—2 Uhr entgegengenommen. — Der Eröffnungs-Vorstellung folgt am Sonntag nachmittags „Die Ehre“ und am Sonntagabend, aus Anlaß von Goethes Geburtstag, „Abigene und Tauris“. Auch zu diesen Vorstellungen ist der Vorverkauf eröffnet.

Treppentour Radrennen. Die anläßlich der Ankunft der Wettläufer um die „Meisterschaft von Berlin“ am nächsten Sonntag stattfindenden Rennen sind wie folgt festgesetzt: Stundenrennen mit Motorführung mit vier Teilnehmern: Fünft Kilometer Ausscheidungswettbewerb der ersten Amateurlasse, Hauptfahren der dritten Klasse und Fünft Kilometer-Radrennen. Durch die ankommenden Wettläufer, welche auf der im Innenraum belegenen Laufbahn noch drei Runden zurücklegen müssen, werden die Radrennen nicht aufgeschoben.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Montag, den 29. d. M., abends 8 Uhr, Herr Dr. P. Schmidt aus Petersburg, welcher im Jahre 1900 auf Veranlassung der Kaiserlich Russischen Geographischen Gesellschaft eine Reise über ganz Mittel- und Süd-Korea unternommen hat, einen Vortrag: „Korea und die Koreaner“ halten. Da der Forschungsreisende zu Fuß mit einer kleinen Karawane von koreanischen Pommes von Genan aus nach Japan und von dort nach der Hauptstadt des Landes der Morgenstille — Seoul — ging und während dieser ungefähr 1200 Kilometer langen Reise die interessantesten Ortschaften des Landes, des Jantapfels zwischen Japan und Korea, besuchte, dürfen seine Schilderungen an Hand zahlreicher Projektionsbilder, die nach den Originalaufnahmen der Expedition angefertigt sind, von allergrößtem Interesse sein.

Aus den Nachbarorten.

Achtzehntausend Mark hat ein Dieb in Brandenburg a. d. H. gestohlen. Am Montag nachmittags war bei einem Gastwirt in der Kleinen Münzenstraße in Brandenburg eine Kassette, welche 18 000

Mark in Wertpapieren und barem Gelde enthielt, verschwunden. Als Dieb konnte nur ein Fremder in Betracht kommen, der am Montag nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr in der Wirtschaft weilte und zweifellos Gelegenheit fand, sich unbemerkt in die Wohnung des Gastwirts zu schleichen und den Raub auszuführen. Wie die sofort verständigte Polizeibehörde festgestellt hat, war der Dieb sofort nach dem Bahnhof gegangen, trat jedoch dort zu spät ein, um noch den Berliner Zug benutzen zu können, und hat dann, die Kassette bei sich führend, verschiedene Lokale besucht. Er ist schließlich, nachdem er den Geldbehälter auf einem Abort des Bahnhofes geleert, mit dem Schnellzuge um 8 Uhr nach Berlin zurückgefahren. Ein Handkoffer sowie die leere Kassette wurden später auf dem Abort des Bahnhofes aufgefunden. In dem Koffer befand sich weiter nichts als ein Stemmmeißel. Der Dieb ist etwa 26—28 Jahre alt, bartlos und war mit grauem Jackettanzug bekleidet.

Ueber einen Palmendiebstahl in Sanssouci giebt das Polizeipräsidium folgendes Bekannt: In der Nacht zum 18. d. M. wurden aus dem königlichen Park von Sanssouci zu Potsdam zwei Palmenbäume — sogenannte Phönix — 1,80 Meter und 1,10 Meter hoch, gestohlen. Der Wert der Palmen beträgt 20 Mark. Der Thäter, Arbeiter Oskar Stephan, 28. Februar 1859 zu Schmolde geboren, ist mit den Palmen mittels der Bahn nach Berlin gefahren und wird sich wahrscheinlich hier verkauft haben. Personen, die über den Verbleib der Palmen bezw. des Thäters Angaben machen können, werden erucht, dies entweder schriftlich oder mündlich in einem Polizeirevier oder bei der Kriminalpolizei zu Nr. 1050 IV. Dep. 04, Zimmer 334, mitzuteilen.

Verfammlungen.

Ueber Ludwig Feuerbachs Leben und Lebenswerk sprach am Dienstag Genosse Dr. Südekum in einer gutbesuchten Wahlvereins-Versammlung des 1. Kreises. Nach einer Schilderung der Persönlichkeit Feuerbachs, seines Verhältnisses zu seinem Vater, sprach der Vortragende über dessen hauptsächlichste Werke. Zu diesen gehöre seine Schrift über „Tod und Unsterblichkeit“. Diese habe man ihm nie verzeihen können. Dann folge die Kritik der Hegelschen Philosophie. Eine Einladung Auges, am politischen Leben teilzunehmen, habe Feuerbach abgelehnt. Er habe offenbar die Freiheitsphrasen der deutschen Bourgeoisie erkannt. Das Jahr 1848 sei an ihm spurlos vorübergegangen. Sein Hauptwerk „Kritik der Religion“ beweise am besten das Wesen seiner Arbeit, in dem er den Glauben nicht ignoriere, sondern zu erklären versuche. Er beschränke dort alle Religionen als wesensgleich und führe sie auf dieselbe Wurzel zurück. Besonders bedeutungsvoll sei das Thatfachenmaterial, das er zur Bekräftigung seiner Ansichten ins Feld zu führen vermocht habe. Während die Gläubigen von ihrem Gott Wunder verlangten, fordere Feuerbach, daß der Mensch selbst Wunder thue, kraft seiner Macht über die Natur. Die Kultur sei die Vorsehung des Menschen. Durch die Bildung werde die Religion erschaffen und überflüssig — nicht aber umgekehrt. Mit der religiösen Ueberzeugung verträglich sei in der That die größte Freuden — mit der Bildung jedoch nicht. (Sehr richtig!) Damit aber die Menschen gebildet würden, verlange Feuerbach auch die politische Freiheit. Alle Schriften Feuerbachs durchdringe tiefes soziales Empfinden. Seine „Soziale Ethik“ sei durchaus sozialistisch. Obgleich der Philosoph zum Sozialisten werden mußte, seien die Vorbedingungen zur selbständigen Entwicklung bei ihm nicht vorhanden gewesen. Er habe freie Bahn geschaffen, sei jedoch nicht eingetreten in eine soziale Forschung. Er habe nicht erkannt, daß die Sozialität ein Organismus mit eignen Gesetzen sei. Daß an den traurigen Zuständen geändert werden müsse, erkannte er auch an, aber er glaubte, daß diese Änderung nur durch eine Besserung der einzelnen Menschen herbeigeführt werden könne. Der Klassenkampf habe für ihn etwas Abstoßendes gehabt. Die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft erweist zu haben, sei ausschließlich das Verdienst von Karl Marx. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag sprachen in der Diskussion noch Schriftsteller Halpert und Genosse Gutmann. Nachdem noch Genosse Opel zu regem Besuch der am 23. August stattfindenden Parteiversammlungen und der Vorstehende zum Eintritt in den Wahlverein aufgefordert, erfolgte Schluß der Versammlung.

In der öffentlichen Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend in Dröfel's Festsaal, Neue Friedrichstraße, erstattete Reichle im Eingange seines Referates Bericht über die von der Lokalorganisation am 26. Juli veranstaltete Baukontrolle. Im Vergleich mit der am 3. Mai stattgefundenen Baukontrolle des Verbandes der Maurer sind es jetzt 1317 Arbeitsstellen (also mehr 140) mit 12 322 Arbeitern (mehr 2319). Leider ist auch die Zahl der Accordbauten und Maurer gestiegen von 49 Bauten mit 608 Arbeitern auf 103 Bauten mit 1127 Arbeitern. Bei der aus diesen Zahlen hervorgehenden günstigen Entwicklung des Baugeschäftes ist die Zunahme der Accordbauten um so auffälliger. Ebenso auffällig ist, daß die hygienischen Zustände auf den Bauten sich wesentlich verschlechtert haben. Die Baubuden und Aborte sind vielfach in so traurigem Zustande, daß die Kollegen gezwungen sind, diese Einrichtungen zu meiden und in die Aneipen zu gehen. Auch die Ueberstundenarbeit hat auf einer Anzahl Bauten Eingang gefunden und wird der Neubau Veteranenstraße, Ede Brunnenstraße, dabei besonders erwähnt. Die Gleichgültigkeit unter diesen Kollegen leistet solchen Zuständen Vorschub, und auch die Aufsichtsbekörden würden Wunderdinge finden, wenn sie eine wirklich ernste Kontrolle dieser Accordbauten während des Baues ausüben würden. Die Siderheit auf diesen Bauten läßt so gut wie alles zu wünschen übrig, die Unfall-Chronik giebt darüber deutlichen Bescheid. Es wird wohl aber nicht eher anders werden, als bis einmal die Baukommission, die solchen Schwindelbau abzurechnen hat, unter seinen Trümmern begraben wird. Anläßlich des letzten Unglücks in Rummelsburg, wo beim Betonieren der ganze Innenbau zusammenstürzte, muß die Frage nach einer wirksamen Bau-Inspektion immer dringender gestellt werden. Nebenher kommt dann auf die demnächst bevorstehende Erneuerung des Vertrages mit den Meistern zu sprechen und befürwortet, daß vor allen Dingen die Klausel von der Mindestleistung beseitigt wird, ebenso alle Ueberstunden- und Accordarbeit, wogegen die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit durchgesetzt werden muß. — In der Diskussion wird neben der Einführung von Mißständen auf einzelnen Bauten besonders der Accordmaureri zu Leide gegangen und der Antrag gestellt, mit dem Verband der Maurer, den Zimmerern und den Bauarbeitern in Verhandlungen zu treten, um gemeinschaftlich diese Zustände zu beseitigen. Ein Redner tadelt es, daß viele Maurer ihre Kollegen zwar der Organisation zuführen, aber veräugen, diese Neugewonnenen genügend aufzuklären, sie auch innerlich zu gewinnen. Die Folge ist, daß diese Leute stets unzuverlässige Mitläufer bleiben und bei der ersten passenden Gelegenheit der Organisation den Rücken kehren. — Reichle giebt in einem Schlußwort eine kurze Zusammenfassung der zur Sprache gebrachten Uebelstände, und erzählt u. a., daß er versucht hat, mit den Polierern in Verbindung zu treten, um bessere Verhältnisse auf den Bauten und zwischen Maurern und Polierern anzubahnen. Die Generalversammlung der Poliere hat aber dergleichen kurz abgelehnt. — Reichle läßt nun den vorher erwähnten Antrag zur Abstimmung bringen. Derselbe fand gegen eine Stimme Annahme. Unter „Verschiedenes“ wurden die Zustände und Kämpfe auf den Bauten am Sonnenbann von verschiedenen Beteiligten geschildert, u. a. erzählt Schneider, daß er seitens der Streikbrecher mit dem Revolver bedroht worden ist, aber zur Feststellung des Revolverhelden keinen Schutzmann finden konnte, während sonst bis 25 Beamte der Polizei dicht bei den Bauten postiert sind.

Die dem „Verbande der städtischen Arbeiter“ angeschlossenen Kanalisationsarbeiter hielten Sonnabendabend bei Patz, Dragonerstraße, eine Generalversammlung ab, in der sie endgültig über aufzustellende Forderungen, die den städtischen Behörden in Form einer Eingabe unterbreitet werden sollen, Beschluß faßten. Die Forderungen lauten: Einführung einer weiteren Lohnklasse nach zweijähriger Dienstzeit wie folgt: Kanalarbeiter: Anfangslohn 3,50 M., nach zwei Jahren 3,75 M., nach fünf Jahren 4 M., nach acht Jahren 4,25 M. Heizer: Anfangslohn 3,75 M., nach zwei

Jahren 4 M., nach fünf Jahren 4,25 M., nach 8 Jahren 4,50 M. Fuher, Bassinarbeiter, Kohlenfarrer und Druck- und Drahtarbeiter: Anfangslohn 3,50 M., nach zwei Jahren 3,60 M., nach fünf Jahren 3,80 M. und nach acht Jahren 4 M. Es wird dann ausgeführt, ein Arbeiterauschuß sei ihnen nun endlich nach vierjährigem Petitionieren zugestanden worden und jetzt in der Bildung begriffen. Begründet werden die Forderungen u. a. mit folgendem: Seit Frühjahr 1901 haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Berliner Arbeiter wesentlich verschlechtert, Wohnungsmieten sowie Lebensmittel und Bedarfsartikel sind gestiegen. Die Eigenart des Betriebes bringt es mit sich, daß sie ihr Mittagessen, Frühstück usw. in Schankwirtschaften (Buden) einkaufen (es bei ihnen nicht) einnehmen müßten, wodurch natürlich Mehrausgaben entstehen. Die Nachtwachen, die mit 1,50 M. die Nacht vergütet wurden, sind ihnen genommen worden. Für die Nachtarbeit, die abends 9^{1/2} beginne und 8 Stunden andauere, werde ihnen auch nur der gewöhnliche Tagelohn bezahlt, während andern Arbeitern — Gaudwärgern, Industrie-Arbeitern usw. — ein Zuschlag von 50 Proz. gewährt werde. Dazu komme noch die ungleiche Festlegung im städtischen Etat, wonach den Kanalarbeitern 350 Tage, allen andern Arbeitern dagegen 365 Tage im Jahre bezahlt werden sollen, ihnen (den Kanalarbeitern) jedoch in Wirklichkeit nur 320, im allergeringsten Falle 335 Tage bezahlt werden, entsetze für diese, je nach der Lohnklasse der Betroffenen, ein Lohnausfall von 48 bis 120 M. jährlich. Diese Zurücksetzung erklären die Kanalarbeiter für un- und ungerecht, da sie doch die schmutzigsten und ungesundesten Arbeiten zu verrichten hätten; sie müßten häufig längere Zeit bis zum Oberkörper im Schlamm waten usw. Nun folgen eine ganze Reihe Beschwerden, von denen folgende hervorgehoben sind: Wer nur fünf Minuten zu spät zur Arbeit kommt, wird mit zwei Stunden Lohnabzug bestraft. Die langen Stiefel, die ihnen geliefert werden, sollen meist sehr mangelhaft sein, lassen das Wasser durch; wenn die Arbeiter dann krank werden, wundert sich die Verwaltung. In Krankheitsfällen bekämen sie nur sechs Wochen den vollen Lohn bezahlt, während die Charlottenburger Kollegen 20 Wochen lang denselben bezögen. Einer äußerst scharfen Kritik wird ein Fall rigoroser Behandlung unterworfen: Ein Arbeiter, dem eine nahe Verwandte gestorben, habe um einen Tag Urlaub (Sonntag) gebeten, um der Beerdigung beiwohnen zu können; er sei dreimal in der höflichsten Weise darum eingekommen, aber der Betriebsinspektor habe ihn immer, zuletzt barock abgewiesen mit dem Bemerkeln, der Betrieb leide darunter; dabei sei sehr leicht Ersatz für ihn zu beschaffen gewesen. Schließlich habe er, da ihm auch nicht einmal eine Stunde Urlaub gewährt worden sei, seine Mittagspause (eine Stunde) benutzt, um bei der Direktion den fraglichen Urlaub zu erbitten; jedoch auch hier sei er abschlägig beschieden worden.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Verwaltung I hielt am 11. August ihre ordentliche Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Eingangs der Tagesordnung ertheilte die Verwaltung das Andenken von 9 Mitgliedern, die im Laufe des Quartals verstorben sind. Sodann berichtete der Bevollmächtigte Werner über die Verhandlungen mit dem Verein Berliner Hausdiener zwecks Aufschlusses an den Verband. Die Entwicklung der modernen gewerkschaftlichen Organisation unter den Hausdienern und Padern leide außerordentlich durch das Bestehen des Vereins. Das Bemühen des Verbandes auf Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen für diese Berufscollegen werde ebenfalls dadurch erschwert. Besonders sei dieser Uebelstand bei dem Vorgehen des Verbandes in den Warenhäusern zwecks Abschlußes günstiger Lohnverträge für die Hilfsarbeiter hervorzuheben. Die Unternehmer vertheilten sich solchen Abmachungen ablehnend gegenüber, unter dem Hinweis, daß ungefähr die Hälfte ihrer Hilfsarbeiter dem Verein Berliner Hausdiener angehörten, und von diesem eine solche Anforderung bis dato nicht gestellt wurde. Um diesem unheilvollen Zustand abzuhelfen, habe die Verwaltung Annäherungsversuche an den Verein angestellt, die auch insofern ein Resultat zeitigten, als von beiden Seiten eine Kommission eingesetzt wurde, deren Aufgabe es war, Vorkehrungen dahin zu treffen, daß der Verein sich dem Verbands angeschlossen könne. In dieser Hinsicht habe der Verband dem Verein zunächst zugestanden, daß in solchen Waren- oder Verkaufshäusern, wo neben den Verbandsmitgliedern auch solche vom Verein beschäftigt sind, letztere auch mit in den Arbeitsausschüssen oder Beschwerdekommissionen vertreten sein sollen. Nachdem nun verschiedene Sitzungen in dieser Angelegenheit stattgefunden, wurde zuletzt auch unter Hinzuziehung des Hauptvorstandes verhandelt. Bei dieser Verhandlung wurden von seiten des letzteren dem Verein die aller coulantesten Uebertrittsbedingungen gestellt. Unter andern wurde demselben zugestanden, unter seinem bisherigen Namen als eigne Ortsverwaltung des Verbandes bestehen zu bleiben. Selbst das bisherige Vermögen dieses Vereins sollte dieser Verwaltung verbleiben, nur das Revisionsrecht sollte dem Hauptvorstand eingeräumt werden. Die Vertreter des Vereins hätten stets bei den Verhandlungen die Ansicht vertreten, daß es nur von Vorteil für die Berufscollegen sein könne, wenn eine Einigung erzielt würde, dieselben gaben das Versprechen auch ferner im Sinne der Verhandlungen für die Einigung in den Vereinsversammlungen wirken zu wollen. Dies Versprechen aber hätten die Vertreter keineswegs gehalten. In der letzten Generalversammlung des Vereins sei in kaum 10 Minuten über die ganzen Verhandlungen berichtet und dann ein Antrag von einem Herrn Fröh Wappler auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen worden. Der Verein habe nunmehr aber auch noch fertig gebracht, bei der Berliner Gewerkschaftskommission den Antrag auf Entsendung von Delegierten behufs Vertretung des Vereins zu stellen. Hiergegen werde sich unser Verband mit allen Kräften wehren. Der Bericht wurde mit Entrüstungstränen entgegengenommen und beschlossen, daß die Kollegen, überall wo sie mit Parteigenossen zusammentreffen, diese auf die Handlungsweise des genannten Vereins hinweisen. — Der Kassierer Steinke erläuterte hierauf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Aus demselben geht hervor, daß inklusive eines Kassenbestandes von 12 478,26 M. die Gesamteinnahme 31 722,80 M. betrug. Die Ausgabe betrug 29 508,84 M. An die Hauptkasse wurden 15 606,05 M. abgeliefert. Der örtliche Kassenbestand betrug am 1. Juli 14 607,22 M. Der Aufführung der Verwaltungsstelle war auch im zweiten Quartal ein sehr erfreulicher. 1827 Kollegen wurden als neue Mitglieder aufgenommen. — Aus dem Arbeitsnachweisbericht ist folgendes zu entnehmen: Arbeitslos waren am Schlusse des 1. Quartals 78 Kollegen. Im Laufe des 2. Quartals meldeten sich neu 682 Kollegen, zusammen 706 Kollegen. Beseht wurden 442 Stellen. Am Schlusse des zweiten Quartals blieben noch arbeitslos 52 Kollegen. Mit der Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten und Entgegennahme von Berichten über stattgesehene keine Lohnbewegungen erreichte die Versammlung ihr Ende.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, 24. August, abends 8^{1/2} Uhr: Versammlung mit Frauen in Feuersteins Festsaal, Allee Jakobstr. 75. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Geschäftliches. Gäste willkommen.

Nachtrag, Rixdorf! Am Sonntag, den 28. August, und Sonntag, den 4. September, nachmittags 2 Uhr, findet von seiten des Gewerkschaftsvereins eine Beschäftigung der Ausstellung für Arbeiter- Wohlfahrtseinrichtung statt. Der Besuch ist unentgeltlich. Willeis in beschränkter Anzahl sind beim Obmann Gendrichs, Kirchhoffstr. 2, zu haben.

Vermischtes.

Der Wasserstand des Rheins ist jetzt auf 1 Meter zurückgegangen. Gestern zeigte der Kölner Pegel noch 1,07 Meter. — In Dresden hat die Elbe jetzt den tiefsten Wasserstand seit 1811. Der Pegel an der Augustusbrücke steht 230 Centimeter unter Null. Das größte Hochwasser im September 1890 stieg fast 7 Meter über den jetzigen Stand. Die Elbe begnügt sich nun mit einem ungläubig schmalen Flußbett. Von den 15 Bogen der Augustusbrücke schließt sie durch zwei Bogen und läßt das Steingeröll als weite Inseln und Landzungen hervortreten.

Zur Verhütung von Waldbränden. Der Vorstand des Garz-Klubs ersucht uns, folgende Mitteilung aufzunehmen: Am

17. August hat im Vorderteil der Pringenschicht ein umfangreicher Waldbrand stattgefunden. Der Brand ist unmittelbar am Promenadenweg ausgebrochen und es liegt die Annahme nahe, daß er durch Tomaten verurteilt ist. — Der Vorstand des Garzflusses bittet alle seine Mitglieder und Freunde des Waldes ganz allgemein, namentlich aber bei der jetzt herrschenden beispiellosen Dürre, aufs peinlichste vorichtig im Walde mit Feuer umzugehen, das Rauchen entweder ganz zu unterlassen oder doch wenigstens keine glimmenden Strohhalme oder Cigarrenreste wegzuworfen. Besondere Raucherbete sind strengstens zu befolgen. Wir müssen darauf bedacht sein zu verhüten, daß aus einer Vermehrung von Waldfeuern in Touristengebieten ein Grund zur Abperrung der Wälder abgeleitet wird.

Opfer des Bergsturzels. Der Sonntag hat, wie aus Zürich gemeldet wird, in den Schweizer Bergen nicht weniger als fünf schwere Unglücksfälle gebracht. Am Säntis, der in diesem Sommer schon acht Menschenleben forderte, stürzte der sechsundzwanzigjährige Zeichner Schwendener zu Tode. Am Calanda verunglückte ein junger Churer Tourist Namens Büchler. Er wurde noch nicht gefunden. Am Tödi ist der junge Bergführer Kubli abgestürzt. Er rief zwei Begleiter vom Steinfall zurück, belam aber selbst das Uebergetriebe und stürzte in eine Gletscherpalte, wo er tot liegen blieb. — Am Sellhaus ist ein Technikerjünger aus Winterthur zu Tode gestürzt. — Endlich ist am Rigi am Sonnabendnachmittag ein Herr Löwenbach aus Wien beim Abstieg gegen Lühelau ausgeglitten und über drei Felsbänder hinabgestürzt, wo er ritlings auf einem Strauche hängen blieb. Am Abend wurden seine Hilferufe gehört, aber erst nach zweifelhaftem Suchen fand man ihn an einer fast unzugänglichen Stelle, so daß es nachts unmöglich war, ihn herunterzuholen. Es wurden ihm Nadeln und Lebensmittel gebracht und eine Wache bei ihm gelassen, bis am Sonntag früh die Bergung, die drei Stunden beanspruchte, statfinden konnte. Er wurde in der Pension Lühelau untergebracht und seine in Luzern weilende Mutter herbeigerufen. Er hat eine Gehirnerschütterung, Rippenbrüche und Lungenblutungen erlitten.

Auf der Suche nach Paul Krügers Missionen ist, einem Telegramm aus Durban zufolge, der Dampfer „Penguin“ zum Bruch geworden, und 25 Personen haben ihr Leben verloren. Diese „Missionen“ sollen sich in der vor sechs Jahren bei Kap Vidal an der Küste von Zululand untergegangenen schwedischen Bark „Dorothea“ befinden, und die beiden verunglückten „Penguin“-Expeditionen ist bereits die fünfte derartige Goldsucher-Expedition, welche mehr oder weniger unglücklich verlaufen ist. Es wird berichtet, daß vor 1898 geheime Agenten der Transvaal-Regierung heimlich ganze Mengen Gold gekauft, davon aber 120 000 Unzen beiseite geschafft und an einer einsamen Stelle in der Delagoa-Bai verborgen hätten, bis das Gold dann an Bord der Bark „Dorothea“ geschafft und dort mit Cement überdeckt und unter Verlast gut verpackt wurde. Das Gold sollte nach Südamerika geschafft werden, aber die Bark strandete an einem Riff und ging unter. Ein Herr Ward-Hall hörte in Johannesburg im Jahre 1898 von dem verunglückten Schiffe und erwarb die von der Regierung zum Ratal die Erlaubnis, den Schatz zu heben, wofür sich letztere einen Anteil von 85 Prozent vorbehielt. Herr Hall fuhr dann in einem Dampfer, nachdem er Lander engagiert hatte, zu der Stelle hin, an der die

„Dorothea“ untergegangen war, aber die heftige Brandung warf den Dampfer um, und zwei Europäer und vier Staffern verloren dabei ihr Leben. Herr Hall versuchte sein Glück zum zweitenmal, und es gelang ihm wenigstens, das halb im Sande vergrabene Wrack zu finden. Sturm trieb ihn jedoch davon weg, und seitdem sind keine weiteren Versuche mehr, die „Millionen Krügers“ zu heben, gemacht worden.

Königsberg i. Pr., 23. August. An dem Pulvermagazin bei Ratschau wurde in der vergangenen Nacht ein Posten vom Grenadier-Regiment Nr. 3 von Zivilisten überfallen und durch einen Schuß in den Unterleib verwundet. Der Posten ist heute früh im Garnisonlazarett gestorben.

Jandbrud. Aus allen Teilen des Landes laufen Nachrichten über einen plötzlichen Wettersturz ein. Überall ist heftiger Regen niedergegangen und die Temperatur an vielen Orten bis auf 8 Grad gesunken. Die Berge sind bis auf tausend Meter in dichten Schnee eingehüllt. Viele Fremde reisen ab.

Anwetter in Italien. Sorrent, 23. August. Infolge eines Cyclons stürzte heute ein Haus ein und begrub unter seinen Trümmern neun Personen. Sechs konnten gerettet werden, die anderen drei wurden getötet. Dreißig weitere Häuser drohen mit Einsturz; die armen Bewohner derselben wurden in Militärgelände untergebracht. Auch die Felder in der Nähe der Stadt erlitten vielfachen Schaden. — V a r i. Während eines heftigen Sturmes strandete der Dampfer „Lucia“; es gelang jedoch nach drei Stunden, den Dampfer wieder flott zu machen. Außerdem kenterten mehrere Barken, wobei zwei Personen ums Leben kamen.

Budapest, 23. August. Heute ist ein Witterungsumschlag eingetreten. Fast aus dem ganzen Lande treffen Berichte über ausgiebige Niederschläge ein.

Ueber den gewaltigen Cyclon, der vor einigen Tagen in Nordamerika wütete, wird durch ein Kabeltelegramm aus New York ferner gemeldet: Der durch den Wirbelsturm in St. Paul und Minneapolis angerichtete Schaden beträgt nach den letzten Schätzungen 2 1/2 Millionen Dollar, abgesehen von dem Ernte- und Gebäudeschaden, der sich noch nicht annähernd berechnen läßt. Bei dem Sturm wurden 15 Personen getötet und 400 verletzt. Der verhältnismäßig geringe Verlust an Menschenleben wird auf den Umstand zurückgeführt, daß die Bevölkerung des Sturmgebietes größtenteils rechtzeitig in den Kellern Schutz suchte, als die Sturmwarnung erging.

Wie kann man Preußen erklären? Kurz nach dem Schulbeginn setzt der Lehrer den Schülern seiner Klasse den Ursprung des Wortes „Preußen“ auseinander. Die einen leiten es von dem altslawischen Worte „Pruzzen“ ab, die andern wollen es für „Pruссия“, das vor Rußland gelegene erklären. „Nun Hans“, fährt der Lehrer einen Jungen an, der nicht recht aufgepaßt hat, „wie kann man „Preußen“ erklären? Man kann Preußen erklären — nun, als — — — — — ruff — — — — —“. Da zuckt es verständnisvoll in dem Gesicht des kleinen Hans auf, der während der Ferien oft gehört hatte, wie die Erwachsenen über den Königsberger Prozeß sprachen. „Preußen kann man als Provinz Rußlands erklären“, antwortete er freudestrahlend.

Marktpreise von Berlin am 22. August. Nach Ermittlungen des Hl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen*, gute Sorte 18,30—18,24 M., mittel 18,18—18,12 M., geringe 18,06—18,00 M. Roggen**, gute Sorte 13,95—13,92 M., mittel 13,89—13,86 M., geringe 13,83—13,80 M. Futtergerste*, gute Sorte 14,60—14,00 M., mittel 13,90 bis 13,30 M., geringe 13,20—12,60 M. Hafer*, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Bohnen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Nichtroh 0,00—0,00 M. Eier 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,00—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,40 M. *) Drei Bogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 22. August. Elbe bei Ruffig — 0,98 Meter, bei Dresden — 2,30 Meter, bei Magdeburg — 0,08 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,60 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,00 Meter, bei Breslau Oder-Regel + 4,08 Meter, bei Breslau Unter-Regel 1,97 Meter, bei Frankfurt — 0,04 Meter. — Bei H e l e i bei Braunsberg + 1,58 Meter. — W a r t e bei Posen — 0,28 Meter. — R e g e bei Ujch + 0,28 Meter.

Witterungsüberblick vom 23. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	756 R	2 Halb Sd.	14	Daparanda	756 R	2 Heiter	13				
Dammburg	758 R	2 Halb Sd.	12	Stetersburg	756 R	1 wolfig	13				
Berlin	755 R	3 bedekt	12	Cock	—	—	—				
Frankfurt a. M.	755 R	2 Regen	12	Herbstein	765 R	2 Heiter	7				
München	757 R	5 bedekt	13	Paris	759 R	3 bedekt	13				
Wien	752 R	4 Regen	14	—	—	—	—				

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. August 1904. Heftig kühl und vielfach wolfig, mäßige nordwestliche Winde, ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

G. H. 18. 1.—4. Wir müssen es Ihrem Takt überlassen, den betreffenden Abgeordneten zu fragen. Der Briefkasten dient jedenfalls nicht der Erledigung von Privatangelegenheiten, die in Familienbeziehungen ander hinhübergreifen. — **Alter Abonnent.** Abbei zwei Adressen: 1. „Elektrische Zeitschrift“, Verlag Jul. Springer, Berlin, Kronprinzplatz 3. 2. „Elektrischer Anzeiger“, Verlag J. H. Göttinger u. Co., Berlin, Köpenicker Str. 1. — **R. S.** 1. Rein. 2. Ja. — **M. D. 2000.** Wenden Sie sich an Herrn B. Ding, hier, Pringenschicht 60, vorn 4 Treppen. — **C. S. 50.** Nicht ganz aus eignen Mitteln, sie bezieht nebenher Subventionen in nicht unerheblicher Höhe — 8888. Rein. — **Postkarte.** Gelman oder Altman bedeutet Oberbefehlshaber. Der minderegoldene Jahreslohn ist also zum ersten Jährer und Vorgesetzten aller Kosaken ernannt. Natürlich altern jetzt die Japaner. — **H. R. 29.** Wenden Sie sich an Herrn Eugen Simonowitsch im hiesigen Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Zimmer 37. — **D. S. 500.** Schlagen Sie im Adreßbuch nach H. Teil, S. 163. — **V. M. 99.** Keine sogenannte Bekanntheit. Ueber den wahren Wert des Bildes erhalten Sie Auskunft im Alten Museum. — **S. D. 70.** 1. 100 Liter. 2. 1000 Liter. — **S. P.** Kenner! stellen. — **Liebe.** Es giebt keine anstehende Definition. Allerdings handelt es sich nur um ein zweifelhafte Wort, aber um ein Wort an dem Individuen und Völker ihr ganzes Leben zu beschreiben haben. Häufig definiert Liebe geistlos als die älteste, neueste und einzige Weltbegegnheit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhand. Der Fieschüß.
Neues k. k. Opern-Theater.
Die Fledermaus.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Geschlossen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rädisches Theater.) Robert der Teufel.
Westen. Liebesbandel.
Verlincr. Japantreich.
Neues. Salome. Vorher: Logis des Herzens.
Kleines. Die 300 Tage.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Carl Weiss. Biedergerunden.
Zeitanon. Die Rotbrücke.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.
Sipolo. Venus auf Erden. Specialitäten.
Gerrnsfeld-Theater. Nur eine Nacht. Um andern Rosgen.
Stadt-Theater Wobbit. Der reiche Gasteloh.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. La belle Georgette. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater: Die Weltausstellung in St. Louis.
Invalideustr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Salome.
Vorher: Logis des Herzens.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtsyl. 11

Victoria-Bräuerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Auf: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Cirkus
Sarrafani.
Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
5 dressierte Havanna-Schweine.
Sanssouci.
Kohlhauer Thor — End der Hochbahn
Täglich:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonnabend, 27. August:
Benefiz.
Extra-Vorstellung und Tanzkränzen.

Paul Coradini.
Ein Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Godeau u. Robert Garmes. Deutsch v. R. Palm.
Der Richard Alexander in der Hauptrolle.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender. Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-antirische Komu in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Wie einst im Mai.
Außerdem das Sensations-August-Programm.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: Der Gardasee.
Sternwarte Invalideustr. 57/62.

Passage-Panopticum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16jährige Riesorknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Anomos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entrée.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Das grösste Ehepaar der Welt
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Heute Donnerstag 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel des berühmten amer. Cornot-à-piston-Virtuosen
Mr. Paris Chambers
Einstellt 1 R., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Horstfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11—2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Sonder-Abend.
Das Sensations-Vollstück
Das alte Lied
und 15 Attraktionen ersten Ranges.
Grosser Extratanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Pas de Deux oriental.
Tilly Böbb mit ihren 12 Löwen
Paula Worm, Operettensängerin.
Hilf. Harmoniker, 23 Harfenistinnen.
Rudolf Bogomer, Ventriloquist.
Serafin und Mlle. Darville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Nirvana, lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 3 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Bagnonens, komische Jongleure.
Die 3 Motoren, Hochturner.
Harell Salzer, Vortragskünstler.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Haackenschmidt u. Jenkins.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Benefiz für die Handlapelle.
Waldblieschen
oder:
Die Tochter der Freiheit.
Anfang 6 Uhr. Rassefische v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue tonnenlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit köstlichem Dekor!
Drei. Les trois Baflis, die Fahrt im kleinsten Todesring.
Beste Motor-Kompanie mit unsterblichen Original-Tricks.
Orig. Köhley-Trio, fensat. Letter-Krachten und Hochturnkünstler.
Hedy Bramien, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Joschek, urkomisch.
Orig. Luigia e don Giglio, tonnenloser Melange-Akt.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand zc. Rassefische. Wollbesichtigungen. Bis 2 Uhr: Ball. Entrée 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender. Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-antirische Komu in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Horstfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11—2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Sonder-Abend.
Das Sensations-Vollstück
Das alte Lied
und 15 Attraktionen ersten Ranges.
Grosser Extratanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Belle-Alliance-Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Zum 50. Male:
Kamrad Lehmann.
Donnerstag und folgende Tage:
Charleys Tante mit Guido Thielacher in der Titelrolle.
Im Sommergarten Anfang 6 Uhr:
Großes Max Schmidt-Konzert und glänzendes Specialitäten-Programm.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von Paul Lincke.
9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des großen August-Programms und Rob. Steidl mit neuen Schlagern.

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Orfac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender. Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-antirische Komu in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Wie einst im Mai.
Außerdem das Sensations-August-Programm.

Paul Coradini.
Ein Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Godeau u. Robert Garmes. Deutsch v. R. Palm.
Der Richard Alexander in der Hauptrolle.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Benefiz für die Handlapelle.
Waldblieschen
oder:
Die Tochter der Freiheit.
Anfang 6 Uhr. Rassefische v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue tonnenlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit köstlichem Dekor!
Drei. Les trois Baflis, die Fahrt im kleinsten Todesring.
Beste Motor-Kompanie mit unsterblichen Original-Tricks.
Orig. Köhley-Trio, fensat. Letter-Krachten und Hochturnkünstler.
Hedy Bramien, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Joschek, urkomisch.
Orig. Luigia e don Giglio, tonnenloser Melange-Akt.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand zc. Rassefische. Wollbesichtigungen. Bis 2 Uhr: Ball. Entrée 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender. Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-antirische Komu in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Horstfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11—2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Sonder-Abend.
Das Sensations-Vollstück
Das alte Lied
und 15 Attraktionen ersten Ranges.
Grosser Extratanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Benefiz für die Handlapelle.
Waldblieschen
oder:
Die Tochter der Freiheit.
Anfang 6 Uhr. Rassefische v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue tonnenlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit köstlichem Dekor!
Drei. Les trois Baflis, die Fahrt im kleinsten Todesring.
Beste Motor-Kompanie mit unsterblichen Original-Tricks.
Orig. Köhley-Trio, fensat. Letter-Krachten und Hochturnkünstler.
Hedy Bramien, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Joschek, urkomisch.
Orig. Luigia e don Giglio, tonnenloser Melange-Akt.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand zc. Rassefische. Wollbesichtigungen. Bis 2 Uhr: Ball. Entrée 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender. Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-antirische Komu in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Wie einst im Mai.
Außerdem das Sensations-August-Programm.

Paul Coradini.
Ein Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Godeau u. Robert Garmes. Deutsch v. R. Palm.
Der Richard Alexander in der Hauptrolle.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Benefiz für die Handlapelle.
Waldblieschen
oder:
Die Tochter der Freiheit.
Anfang 6 Uhr. Rassefische v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue tonnenlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit köstlichem Dekor!
Drei. Les trois Baflis, die Fahrt im kleinsten Todesring.
Beste Motor-Kompanie mit unsterblichen Original-Tricks.
Orig. Köhley-Trio, fensat. Letter-Krachten und Hochturnkünstler.
Hedy Bramien, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Joschek, urkomisch.
Orig. Luigia e don Giglio, tonnenloser Melange-Akt.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand zc. Rassefische. Wollbesichtigungen. Bis 2 Uhr: Ball. Entrée 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender. Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-antirische Komu in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Horstfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11—2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Sonder-Abend.
Das Sensations-Vollstück
Das alte Lied
und 15 Attraktionen ersten Ranges.
Grosser Extratanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Neue Welt. Arnold Scholz.
Mittwoch, den 24. August 1904: 512
Gr. Kinder-freuden-fest
verbunden mit Sandburgen, Gackelpolnische u. Gratisverlosung wertvoller silberner Damen- und Herren-Uhren.
Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entrée 15 Pfa.
Morgen, Donnerstag: Elite-Tag. Honstre-Feuerwerk.

Schlosspark Wilhelminenhof an der Oberspree.
Anhaber: Chr. Fennel. 50462*
Heute Mittwoch:
Grosses Militär-Konzert und Elite-Ball.

Billigste Dampfer-Extrafahrten
von der Reichshallenbrücke nach Haggelwerder mit Ruff. Wochr 8 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. Preis für Reisende 30 Pf. Hin und zurück. Sonst 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags einfache Fahrt 40 Pf. 57652*

Passage-Theater.
Flammen- und Radium-Tänzerin.
Bioskop. Ringkampf:
Hackenschmidt-Jenkins.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Schweizer-Garten
am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Specialitäten-Vorstellung.
Das Eiferl, Liederspiel v. Kneif.
Das Damenregiment.
Große Poffe mit Ballett u. Evolution von Uly.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdendorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert-Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Bis 12—1/2, 3—1/2, 6—1/2, 8.

Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Erste Jahres-Versammlung des Centralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

k. München, 22. August.

Hauptversammlung. (Erster Tag.)

Der große Saal der Centralhalle ist dicht gefüllt. Vorsitzender Leutner... Der Bericht der geschäftsführenden Kasse über die Tätigkeit im abgelassenen Geschäftsjahr.

Sodann begrüßen den Kongress die Herren Seb. Wisti im Namen der Orts-Krankenkasse München, Rechtsrat Sidenberger im Namen des Magistrats München und — mit besonderer Wärme — Oberregierungsrat Krieg als Vertreter der Kreisregierung von Oberbayern.

Der Bericht der geschäftsführenden Kasse über die Tätigkeit im abgelassenen Geschäftsjahr. Der Bericht liegt gedruckt vor und behandelt schon in der Hauptsache die Streitigkeiten mit den Ärzten.

Niem-Dresden bespricht das Vorgehen der Ärzte in dem Kampfe um die freie Arztwahl. Diefem Kampfe seien von den Ärzten Formen gegeben worden, gegen die man nicht ankämpfen könne.

Brandis-Magdeburg: In den Anstellungsbedingungen seien Rechte und Pflichten zu ungleich verteilt. Er beantragt: gegen- seitige dreimonatliche Kündigungsfrist; bei Entlassungen infolge der Verringerung des Mitgliederstandes sind die dienstjüngsten Beamten zu treffen.

Wendin-Leipzig führt aus, daß die Ärzte in Leipzig von der dortigen Kasse eine Honorarabrechnung von 87 Proz. verlangen haben. Darauf habe die Kasse nicht eingehen können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Als Vertreter des Ministeriums des Innern ist noch erschienen Professor Graf Sprei.

II. Sodann hält Hofrat Dr. Mah-München einen Vortrag über das Thema: Die Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Redner schildert die Ursachen und die verheerenden Wirkungen der Tuberkulose.

Die Auffassung trage zweifellos noch zu einer Verminderung der Ansteckungsgefahr bei. Redner schildert weiter die Einrichtung der Wald-Erholungsstätten und der Fürsorgestellen sowie die Vorbeugungsregeln gegen die Tuberkulose.

Auf Antrag Cohn-Tarnowitz wird beschlossen, den Vortrag drucken zu lassen und ihn den Vorständen der einzelnen Ortskrankenkassen zugänglich zu machen.

III. Bericht der in der Jahresversammlung zu Breslau 1903 gewählten Kommission zur Prüfung der Gehalts- und Anstellungs-Verhältnisse der Ortskrankenkassen-Beamten.

Ueber den Bericht, der gedruckt vorliegt (siehe „Vorwärts“ Nr. 182 vom 5. August), referiert Graf Sprei: Die Kommission habe sich mit drei Punkten zu befassen gehabt.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

Sodann bespricht die Kommission die Gehaltsfrage, den Dienstvertrag und der Alters- und Rentenversorgung der Beamten. Einstimmig sei die Kommission gewesen in der Beurteilung des sogenannten Pauschal-systems.

eine hauptamtliche Verwaltung zu ersetzen ist, wenn die volle Arbeitskraft einer Person für die betr. Kasse erforderlich ist.

Niem-Dresden ist nicht der Ansicht, daß Gehälter für die niedrige Beamtenkategorie zu hoch angelegt sind. Was die Schiedsgerichte betreffe, so warne er davor, sich an die Einrichtungen der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker anzuschließen.

Gassen-Köln-Ehrenfeld findet, daß der Anfangsgehalt für einen Rentanten in der 1. Ortsklasse mit 2340 M. zu niedrig ist. Einem tüchtigen Beamten dürfe man nicht unter 3000 M. geben.

Choditz-Breslau hält es schon deshalb für notwendig, daß für die Beamten sichere Existenzverhältnisse geschaffen werden, damit sie bei einer event. Verschmelzung aller Versicherungszweige nicht etwa durch Militärantwörter verdrängt werden.

Brandis-Magdeburg: In den Anstellungsbedingungen seien Rechte und Pflichten zu ungleich verteilt. Er beantragt: gegen- seitige dreimonatliche Kündigungsfrist; bei Entlassungen infolge der Verringerung des Mitgliederstandes sind die dienstjüngsten Beamten zu treffen.

Giebel-Magdeburg erklärt, die Kommission habe gegen den Antrag Scholem (abgesehen von einer kleinen Einschränkung) im allgemeinen nichts einzubringen.

In der weiteren Debatte, die sehr in die Breite geht, bemerkt unter anderem Jferloh-Krefeld, die Sicherung der Beamten sei schon deshalb nötig, damit ihnen nicht durch Denunziationen von irgend welcher Seite geschadet werden könne.

IV. Die Krankenkontrolle bei den Krankenkassen. Der Referent, Abg. Kohn-Berlin führt aus, es liege nicht im Einklang mit den sozialen Pflichten der Krankenkassen, wie heute vielfach noch die Krankenkontrolle ausgeübt werde.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Die Kontrolle muß Hand in Hand gehen mit den Ärzten. Als immer notwendiger stellt sich heraus, daß solche Kranke, die dasheim nicht die richtige Pflege haben, den Krankenhäusern überwiesen werden und es ist erfreulich, daß bei den Kassen sich jetzt nicht mehr so sehr das Streben zeigt, die Krankenhausberechnungen möglichst niedrig zu halten.

Unterstützung reisender Mitglieder 9 153,43 M., gemahregelter 18 402,73 M., Umlagegeld 1 453,53 M., Steuerbeleg 14 151,15 M., Rechtschutz 2 890,01 M., Streifenunterstützung 180 300,81 M., Agitation 19 290,95 M., Gehälter 15 978,98 M., Sachorgan 33 004,50 M. usw.

Die Streifen verminderten sich, was die Zahl der Beteiligten betrifft, gegen die vorige Berichtsperiode. Die Zahl der Angriffsstreifen war 47 (1902: 25). Die Anzahl der beteiligten Personen war 2209 (1902: 2929). Gefordert wurden: einmal Ver- lüftung der Arbeitszeit, 37mal Lohnreduzierung, fünfmal Ver- kürzung der Arbeitszeit und Lohnreduzierung, viermal andres. Die Resultate waren: erfolgreich 20, teilweise erfolgreich 6, erfolglos 17. Von vier blieb das Resultat unbekannt. Die Zahl der Abwehrstreifen belief sich auf 42 (1902: 45). Davon beteiligt waren 1563 (1902: 3619) Personen. Die Ursachen bildeten: Aussparungen 15mal, Maß- regelungen 7mal, Lohnreduzierungen 19mal. Erfolgreich verließen von den Abwehrstreifen 15, teilweise erfolgreich 9 und erfolglos 18. Zweiten Raumes nehmen die „Grenzstreifen“ mit dem Bau- arbeiter- und Metallarbeiterverbände ein, die bisher nicht zum Ab- schluß gelangt sind.

Gegen die beabsichtigte Rechtslosmachung der ländlichen Arbeiter nahm der Verbandstag einstimmig eine flammende Protestresolution an. Diese lautet: „Der Verbandstag erhebt flammenden Protest gegen den dem preussischen Landtag zugegangenen Gesetzentwurf zur Verstrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter.“

Der Verbandstag erklärt, daß ein Gesetzwerden dieses Ent- wurfs einer völligen Verstrafung unserer ohnehin minderberechtigten ländlichen Arbeitsbrüder und -Schwestern gleichkommen würde. Angesichts dieses neuen Entrechtungs- und Unterdrückungs- veruches seitens der Agrarier gegen unsere ländlichen Kollegen erklärt der Verbandstag die Befestigung der Befunde-Debnung und aller Ausnahmegeetze gegen ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen und Gewährung des Koalitionsrechtes für unbedingt erforderlich.“

Der Vorstand schlug zum Ausbau der Organisation folgende Gau-Einteilung vor: Gau 1: Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt. Gau 2: Königreich Sachsen, Sachsen-Altenburg, Thüringische Herzogtümer und Provinz Schlesien. Gau 3: Brandenburg und Polen. Gau 4: Ost- und Westpreußen, Pommern und Mecklenburg. Gau 5: Bayern. Gau 6: Württem- berg und Elsaß-Lothringen. Gau 7: Baden und die Pfalz. Gau 8: Großherzogtum und Provinz Hessen. Gau 9: Rheinland-Westfalen. Gau 10: Hamburg, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Bremen und Lübeck. — Das Amt der Gauvorstehenden ist ein besoldetes; ihre Anstellung erfolgt durch den Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses.

Der Verbandstag nahm diese Anträge an, beschloß aber außer- dem noch, daß Zahlstellen mit 1000 zahlenden Mitgliedern einen besoldeten Beamten anzustellen hätten. Mehrere Zahlstellen an einem Orte sollen bis zu einem Umkreise von 10 Kilometern zusamen- geschlossen werden.

Der Verbandstag beschloß außerdem die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung, durch welche man die Ein- stellung der Mitglieder zu verhindern hofft. Die Unterstützung soll am 1. Oktober 1905 in Kraft treten bei einer Beitragsleistung von 30 M. für männliche und 20 M. für weibliche Mitglieder. Die Unter- stützungsdauer ist auf 24 Tage im ersten Jahre der Bezugsberechtigung, für die Folgezeit auf 42 Tage in 52 aufeinander folgenden Wochen berechnet. Die Höhe der Unterstützung beträgt für männliche Mitglieder nach einer Karenzzeit von 52 Wochen 1 M. pro Tag und steigert sich bis zu 1,50 M. nach vorangegangener Mitgliedschaft von 312 Wochen. Für weibliche Mitglieder beträgt die Unterstützungssumme die Hälfte von dem, was den männlichen Mitgliedern gezahlt wird. — Hat ein Mitglied während einer Erwerbslosigkeit für im Höchstfalle 24 bzw. 42 Tage die volle Erwerbslosen-Unterstützung erhalten, so kann es erst wieder nach 52 Wochen, vom Tage der ersten Auszahlung an gerechnet, Unterstützung erhalten, wenn es während dieser Zeit dem Verbandsverbande unterbrochen angehört und wiederum 52 Wochenbeiträge entrichtet hat. Unterstützungssummen unter 24 bzw. 42 Tagen werden auf die Karenzzeit von 52 Wochen in Anrechnung gebracht. — Für auf der Reise befindliche Mitglieder wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten eine Reise-Unterstützung von pro Tag 1 M. gewährt, in der Gesamt- höhe und nach den Grundsätzen der Erwerbslosen-Unterstützung.

Bemerkenswert ist folgende Veränderung in § 9 des Statuts: „Beim Todesfalle eines Mitgliedes kann der Hinterbliebenen bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 20 M., bei 156 Beiträgen 30 M., bei 208 Beiträgen 40 M., bei 260 Beiträgen 50 M. Sterbegeld gewährt werden.“ — Dem Vorstand wurde ferner das Recht eingeräumt, unter Zustimmung des Ausschusses Hilfsarbeiter einzustellen.

Beschlossen wurde weiter: „Zahlstellen von 100 Mitgliedern an aufwärts haben die einseitigen Gelder monatlich an die Hauptkasse abzuführen. Mit dem Betrage für den letzten Monat des Quartals ist die Quartalsabrechnung einzufenden“ und „Das Statut soll vom Mitgliedsbuch getrennt herausgegeben werden.“ Zum Streit- reglement wurde die Bestimmung gefast, daß für jedes Kind 1 M. extra als Streitunterstützung gezahlt werden soll.

Das Streitreglement wurde wie folgt modifiziert: „Sind mehrere Angehörige einer Familie Mitglieder des Verbandes, so ist ein Exemplar der „Gleichheit“ zu liefern.“ Eine lange Debatte entspann sich über die Grenzstreifen zwischen den Organisationen. An dieser Debatte beteiligten sich Vertreter des Bauarbeiter-Verbandes und des Transportarbeiter- Verbandes. Um die Organisationsfreiheit zu verhindern, machte der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes folgende Vorschläge: „An Orten, wo Fabrikarbeiter und Bauarbeiter in so großer Anzahl vorhanden sind, daß jede Erwerbsgruppe eine eigene Zahlstelle bilden kann, sollen Personen, die in der Regel und zur Zeit ihres Beitritts in die Organisation auf Bauten beschäftigt sind, in den Verband der Fabrikarbeiter nicht aufgenommen werden.“

Desgleichen sollen an solchen Orten Personen, die in der Regel und zur Zeit des Meldens ihres Beitritts in Fabriken beschäftigt haben, nicht in den Verband der Bauarbeiter Aufnahme finden. Unter Fabriken sind auch Ziegeleien verstanden. An kleineren Orten mit geringerer Einwohnerzahl und an Zahl schwacher Arbeiter- bevölkerung, wo es die Verhältnisse mit sich bringen, daß die Arbeiter abwechselnd einen Teil des Jahres in Fabrikbetrieben, der Landwirtschaft, in Ziegeleien und auf Bauten beschäftigt sind, soll es ge- halten werden, daß, wenn eine der vorgenannten Organisationen eine Zahl- stelle errichtet hat, die andere von der Gründung einer Zahlstelle Abstand nehmen soll. Für bereits vollzogene Mitgliedschaft soll folgendes gelten: Scheidet ein Mitglied einer der beiden Organisationen aus dem Fabrikbetriebe oder aus der Arbeit an Bauten aus, um eine anderweitige Arbeit zu nehmen, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Arbeitet es als Mitglied des Bauarbeiter- Verbandes auf einer Fabrik, so soll es von den Mitgliedern des Fabrikarbeiter-Verbandes nicht veranlaßt werden, aus dem Bauarbeiter- Verbande auszutreten; veranlaßt es die Fabrikarbeit mit der Arbeit auf einem Bau, so soll es von seinen neuen Mitarbeitern nicht veranlaßt werden können, dem Bauarbeiter-Verbande beizutreten. Nur ist die Anerkennung der jeweils geltenden Satzungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen von solchen Mitgliedern zu fordern. Die im Fabrikarbeiter-Verband organisierten, auf Bauten beschäftigten Kollegen haben einen Ertragsbeitrag an die eigene Organisation zu bezahlen, der nicht unter 15 Pf. pro Woche betragen darf.

Die Leitungen der Zahlstellen sollen sich gegenseitig verständigen über: a) Mitglieder, die wegen Beitragsreife gestrichen wurden; b) über Personen, die wegen Verstöße gegen die Interessen der Or- ganisation gestrichen worden sind. Solchen Personen ist in beiden Verbänden die Aufnahme zu verweigern.“ Die Vorschläge werden einstimmig angenommen.

Der 7. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

tagte in der Zeit vom 7. bis 14. August in Hamburg. Da der von uns vorgelesene Bericht in letzter Stunde abge- rufen war, so ist leider nicht in der Lage, einen vorläufigen Bericht von den Verhandlungen zu geben und beschränken uns deswegen auf eine resumierende Wiedergabe.

Vertreten waren 63 Delegierte und ein Mitglied der General- kommission. Seit dem vorigen Verbandstage (Offenbach) wuchs die Zahl der Mitglieder von 31 947 in 349 Zahlstellen auf 45 535 in 483 Zahl- stellen, nahm also einen recht erfreulichen Aufschwung. Leider gingen 89 Mitgliedschaften ein. Die Fluktuation war leider eine ganz gewaltige. In den beiden Berichtsjahren fanden 51 596 Aufnahmen statt; es sind also 37 978 Mitglieder wieder fahnenflüchtig geworden.

Entsprechend der Mitgliederzahl stieg die Summe der für Unterstützungszwecke verausgabten Gelder. Die Einnahme betrug 755 600,80 M., die Ausgabe 601 852,01 M., so daß ein Bestand von 253 748,79 M. verblieb. Unter den Ausgaben sei hervorgehoben:

Ferner gelangte der Antrag zur Annahme: Der Vorstand wird beauftragt, zwecks Verschmelzung mit den in Betracht kommenden Organisationen in Verbindung zu treten.

Der Sitz des Verbandes soll in Hannover verbleiben. Gaukonferenzen sollen nur alle zwei Jahre stattfinden. Das neue Statut soll am 1. Oktober in Kraft treten, doch soll die Anstellung der Gauleiter so schnell wie möglich erfolgen. Zur Aufklärung der Mitglieder über die Erwerblosen-Unterstützung soll ein Flugblatt herausgegeben werden. Der nächste Verbandstag wird in Leipzig stattfinden.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Brey einstimmig, zum zweiten Vorsitzenden Sad mit allen gegen zwei Stimmen, zum Kassierer Stubbs-Hannover einstimmig wiedergewählt. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Streb-Offenbach wiedergewählt.

Internationaler Handlungsgehilfen-Kongress in Amsterdam.

Am 17. August 1904 tagte in Amsterdam im Pavillon Vondelpark eine internationale Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen, die auf Veranlassung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, von der Gruppe der Sozialdemokratischen Handlungsangestellten Hollands einberufen war. Es waren vertreten: Holland (Gruppe der Sozialdemokratischen Handlungsangestellten Hollands, 3 Delegierte), Deutschland (Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, 2 Delegierte); Oesterreich (Verband der Handlungsangestellten Oesterreichs, 2 Delegierte); Italien (Federazione Italiana fra le Società d'Impiegati e Commessi d'Aziende private e viaggiatori di Commercio, Mailand, 1 Delegierter). Ferner war anwesend als Gast der Sekretär der Föderation Internationale des Employés, Sitz Gent (Belgien), Auguste Bruggeman. Folgende Organisationen hatten der Konferenz schriftlich ihre Sympathien ausgesprochen, weil es ihnen aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, einen Delegierten zu entsenden: Ungarn: Fachverein der Ungarländischen Handlungsangestellten, Centrale Budapest; Frankreich: Föderation Nationale des Employés, Paris; Belgien: Syndikat des Employés, Brüssel; Syndikat des Employés, Lüttich; Sozialistische Bedienstetenvereinigung, Gent; Serbien: Kaufmannsgehilfenverein in Belgrad; Schweden: Sozialdemokratischer Handlungsgehilfenverein, Stockholm.

In das Bureau der Konferenz wurden die drei holländischen Delegierten, Niermeyer, Begeris und Van Veenstool-Sombeel gewählt. Der Vorsitzende Niermeyer stellte die Präzisionsliste fest, worauf in den ersten Punkt der Tagesordnung eingetreten wurde: Berichterstattung über den Stand der Hilfsorganisation in den verschiedenen Ländern. Von Deutschland, Oesterreich, Holland und Serbien lagen schriftliche Berichte vor. Sodann wurde auf Antrag Josephohn - Deutschland beschloffen, daß bei allen Abstimmungen für jedes Land eine Stimme abzugeben ist.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Hilfsorganisation und Arbeiterbewegung“ referierte Josephohn - Deutschland. Er legte folgende Resolution vor: „Die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen (Laden- und Comptoirangestellten) wird durch die in allen Ländern fortschreitende Konzentration der kaufmännischen Betriebe sowie durch die damit verbundene Arbeitsteilung, die es ermöglicht, ungelernete Kräfte in großer Zahl zu verwenden, immer ungünstiger gestaltet. Zugleich schwindet die Möglichkeit für den Handlungsgehilfen, selbstständiger Unternehmer zu werden. Deshalb gleicht heute die Existenz des Handlungsgehilfen, obwohl er in der Distribution (Güterverteilung) in mancher Hinsicht unter andern Bedingungen tätig ist, als der industrielle Proletariat bei der Produktion (Gütererzeugung), mehr und mehr derjenigen des Proletariats, sie wird immer unsicherer und weniger lohnend. Die Handlungsgehilfen aller Länder müssen erkennen, daß sie in der heutigen Gesellschaftsordnung zur Klasse der Lohnarbeiter gehören, der die Klasse der Besitzenden schroff gegenübersteht. Weiterhin müssen die Handlungsgehilfen erkennen, daß von den Unternehmern im Handelsgewerbe für die Angestellten nichts zu erwarten ist, sondern daß bessere Arbeitsbedingungen für die Handlungsgehilfen nur auf dem Wege des Kampfes gegen die Interessen der Unternehmer errungen werden können.“

Dieser Kampf kann mit Erfolg nur geführt werden von Organisationen, welche die Handlungsgehilfen ohne Unterschied der Religion, des Geschlechts und der Abstammung vereinigen und welche sich der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung anschließen, um mit dieser gemeinsam für die Interessen aller Lohnarbeiter einzutreten.“

Pid - Oesterreich beantragt folgendes Amendement: „In Erwägung, daß die von den Unternehmern im Handelsgewerbe teils materiell, teils moralisch unterstützten Vereinigungen der auf dem bürgerlichen Standpunkte stehenden Angestellten für den notwendigen Kampf um Schutzgesetze für die Angestellten gänzlich untauglich sind;

in weiterer Erwägung, daß in diesen Vereinen nicht nur eine große Anzahl klassenbewußter Gehilfen vorhanden, sondern auch in den Leitungen der Vereine solche Kollegen tätig sind, die bereits klassenbewußt, durch ihre Mitarbeit die verderbliche Tendenz dieser Vereine unterstützen, beschließt die Konferenz:

Die klassenbewußten Angestellten allerorts werden eingeladen, zu geeigneter Zeit selbständige Vereine aus gleichgesinnten Kollegen zu gründen oder solchen bestehenden Vereinen beizutreten und in bürgerlichen Vereinen Funktionen irgend welcher Art fortan nicht mehr auszuüben.“

Nach längerer Diskussion wurde die Resolution Josephohn mit dem Amendement Pid einstimmig angenommen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Internationalen Föderation in Gent“ gab deren Sekretär Bruggeman eine Darstellung des Entstehens der Föderation, die allerdings noch sehr unvollkommen sei, aber trotzdem als Grundlage für eine internationale Verbindung aller Angestellten dienen könne.

Josephohn - Deutschland stellte aus den Publikationen der Föderation fest, daß dieselbe fast ausschließlich aus konservativen oder sogenannten neutralen Vereinigungen der verschiedensten Kategorien von Angestellten bestehe und deshalb gänzlich ungeeignet sei, die Interessen der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen zu vertreten.

Er brachte folgende Resolution ein: „Die Konferenz erklärt, daß die Föderation Internationale des Employés, Sitz Gent (Belgien), als eine geeignete internationale Interessenvertretung für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsangestellten nicht betrachtet werden kann, weil sie alle Arten von Angestellten, Vereinen der verschiedensten Richtungen umfaßt.“

Nachdem Cabrini - Italien erklärt hatte, daß er sich bei der Abstimmung über diese Resolution der Stimme enthalten müsse, weil seine Organisation zur Internationalen Föderation noch nicht Stellung genommen habe, wurde die Resolution mit 3 Stimmen angenommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Einsetzung eines internationalen Sekretärs“ wurde auf Antrag Pid - Oesterreich beschloffen, sich zunächst auf die Einsetzung einer Auskunftsstelle für alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen-Organisationen zu beschranken. Dieser Auskunftsstelle sollen alle sich ihr anschließenden Organisationen alle Publikationen (Fachorgane, Berichte, Petitionen usw.) in drei Exemplaren zuführen. Der Auskunftsstelle sind die Vorauslagen zu reichen.

Als Sitz der Internationalen Auskunftsstelle wurde D e u t s c h l a n d bestimmt; die Geschäfte sind von der Leitung der deutschen Organisation zu erledigen. Die Adresse der Auskunftsstelle ist: M a g Josephohn, Hamburg I, Valentinskamp 202.

Die Organisationen aller Länder werden ersucht, ihre Adressen der Internationalen Auskunftsstelle umgehend mitzuteilen. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt und der Vorsitzende schloß dieselbe mit dem Wunsch, daß die gefassten Beschlüsse eine Stärkung der klassenbewußten Hilfsorganisation aller Länder herbeiführen möge.

Gerichts-Zeitung.

Zwei Italiener hatten sich gestern wegen Körperverletzung vor der ersten Strafkammer zu verantworten. Der erste der Angeklagten, der sich nur mit Hilfe eines Dolmetschers verständigen konnte, war der Arbeiter Giovanni Piaia, der zweite sein Arbeitgeber Baptist Zambon zu Rixdorf. Beide waren wegen gegenseitiger Körperverletzung angeklagt, und zwar handelte es sich um einen Lohnstreit, der in ungewöhnlicher, eckig südlicher Art zum Austrag gebracht wurde. Zambon betreibt ein Terrazzo- und Cementbaugehäfte und beschäftigte zwei Arbeiterkolonnen, darunter den Angeklagten Piaia, auf verschiedenen Bauplätzen. Eines Sonntags erschien Zambon, durch Geschäfte aufgehalten, verspätet zur Lohnzahlung und hatte dadurch den Unwillen des Piaia erregt. Dieser hatte schon etwa eine Stunde vergeblich auf den Unternehmer gewartet und als letzterer dann auf der Wilschäde erschien, machte er seinem Unwillen über die Verzögerung in deutlicher Weise Luft. Zambon verbat sich diese Vorkhaltungen und machte dem Piaia Vorwürfe darüber, daß er so ungeduldig sei, obwohl er bereits längere Zeit bei ihm arbeite und doch immer pünktlich seinen Lohn erhalten habe. Als Piaia mit Schelten nicht aufhörte, forderte ihn Zambon auf, in die Stollische Restauration zu kommen, wo er sein Geld, aber auch gleichzeitig seine Papiere in Empfang nehmen könnte, da von einem Weiterarbeiten keine Rede sei. Im Stollischen Lokal kam es dann bei der Abrechnung zu weiteren Streitigkeiten, in deren Verlauf Zambon dem sehr erregten Piaia das freundliche Wort „asino“ an den Kopf warf. Piaia antwortete prompt in gebrochener Deutlichkeit: „Du sein größerer Esel als ich!“ Als dann die Abrechnung immer noch nicht klappen wollte, verwies Zambon seinen Gegner auf das Konsulat, dieser wurde aber immer lauter, so daß schließlich P. ihm zurief: „Du verdienst eigentlich eine Ohrfeige!“ Mit verächtlichem Grinsen hielt Piaia seine Hand hin und sagte nur: „Bitte!“ Dieser freundlichen Einladung kam Zambon ohne nach und versetzte dem Gegner eine so wichtige Ohrfeige, daß dieser zu Boden fiel und eine blutige Nase davontrug. Nunmehr griff der Birt vermittelnd ein und es schien fast, als ob der Frieden wieder hergestellt sei. Da schnellste plöglich Piaia mit lagenartiger Geschmeidigkeit um den Rücken des Birts herum und stach mit einem scharf geschliffenen dreikantigen Stilet auf Zambon ein, denen er zwei Wunden in der Rippengegend und am Arm beibrachte. Mit dem Rufe: „Ich sterbe!“ sank Zambon zu Boden, und das Blut spritzte nur so aus seinem Körper. „Es floß so viel Blut, als wenn ein Schwein geschlachtet würde“, meinte ein Zeuge in etwas zu anschaulicher Weise. Glücklicherweise ist der Verletzte mit dem Leben davon gekommen und hat nur ein verhältnismäßig kurzes Schmerzenslager durchgemacht. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß für die Anwendung einer so gefährlichen Waffe, die die Gefahr dreier scharfer Messer darstelle, nur das höchste Strafmaß am Plage sei und beantragte deshalb gegen Piaia fünf Jahre Gefängnis, gegen Zambon 30 M. Geldstrafe. Piaia versicherte, daß er sonst ein friedfertiger Mann sei und in Italien, Deutschland, Frankreich, Ägypten und in der Türkei vielfach gearbeitet habe, ohne je in einen Konflikt zu geraten. In diesem Fall sei er aber in eine Blinde Wut geraten. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und erkannte gegen Zambon nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Zur Warnung für Inhaber von Schuhwaren-Geschäften sei ein aller Diebstahl erwähnt, der von der unverschämten Fabrikarbeiterin Marie Rajewski wieder aufgewärmt worden ist. An einem Sonntagsabend im Juli d. J. besuchte die Rajewski einen Schuhwarenladen in der Alexanderstraße. Sie ließ sich von der Verkäuferin eine Anzahl Stiefel vorlegen, die sie der Reihe nach anprobte, es wahrte aber lange, bis sie ein Paar gefunden hatte, das ihr zusagte. Die dort ihr verordneten Paare hatte sie neben sich gestellt und ebenso die meisten Kartons, in denen je ein Paar verpackt gewesen. Die Verkäuferin, die noch andre Kunden bediente, hatte die Rajewski nicht immer im Auge behalten können, ihr war auch gar nicht der Gedanke gekommen, daß dies nötig sei. Sie that die gelaufenen Stiefel in den dazu gehörigen Karton, nahm den Kaufpreis in Empfang und wandte sich wieder einer andern Kundin zu. Erst nachdem der Laden leer war, räumte sie auf und machte dabei die unliebsame Entdeckung, daß ein Paar Stiefel fehlte, denn es blieb ein leerer Karton übrig. Ihr Verdacht lenkte sich auf die Rajewski, obgleich sie gesehen hatte, daß diese nur mit einem Karton in der Hand den Laden verlassen hatte. Die Thäterin wäre aber schwerlich ermittelt worden, wenn die Rajewski nicht die Dreifigkeit gehabt hätte, nach zwei Wochen wieder in demselben Laden zu erscheinen. Die Verkäuferin erkannte die Besucherin sofort wieder, ließ sich aber nichts merken. Während die Rajewski ein Paar Stiefel nach dem andern anprobte, hatte die Verkäuferin die Thür eines Spiegelschranks soweit geöffnet, daß sie, obgleich sie der verdächtigen Kundin den Rücken zudrehte, deren Bewegungen genau zu beobachten vermochte. Sie bemerkte dabei, daß sich die Rajewski, mit einem Stiefel in der Hand in auffälliger Weise an ihrem Unterrock zu thun machte. Im nächsten Augenblick war der Stiefel verschwunden. Die Verkäuferin sagte nun der Verdächtigen auf den Kopf zu, daß sie eine Diebestasche unter ihrem Kleide hege, sie befehlte ihren Rock von draußen und fand richtig den Stiefel. Auf der Wache wurde festgestellt, daß die Rajewski zwar nicht mit einer Diebestasche versehen war, aber sie hatte an beiden Seiten ihres Unterrocks Metallhaken angebracht, an welche die gestohlenen Stiefel mit den Anhängseln befestigt wurden. Zweifellos war auch der erste Diebstahl in gleicher Weise begangen worden. Obgleich die Angeklagte bisher unbestraft ist, verurteilte das Schöffengericht sie wegen der Verschämtheit und Gemeingefährlichkeit ihrer Handlungsweise zu vier Wochen Gefängnis.

Ein auf Abwege geratener „Erfinder“ ist der Techniker Richard Withorn, der gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts II aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Die ihm zur Last gelegten Straftaten — Betrug in 27 Fällen, Unterschlagung, Arretbruch und Körperverletzung — liegen etwa zehn Jahre zurück; er ist länger als acht Jahre ständlich verfolgt worden, aber erst Ende vorigen Jahres gelang es, seiner habhaft zu werden. Der Angeklagte hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich, er hat eine bessere Schulbildung genossen, sich in verschiedenen Berufs-zweigen versucht und ist schließlich unter die Erfinder gegangen. Er erlangte ein Patent für eine verschiebbare Leiter, er konnte letztere der Kaiserin Friedrich und dem Kaiser Wilhelm II. vorführen und hatte auch eine Bestellung für den kaiserlichen Haushalt erhalten. Wegen Mangels an Mitteln zur Ausbeutung des Patents verkaufte er dieses, vertrieb aber dessen ungeachtet doch noch selbst seine Konstruktion und zog sich eine Verurteilung wegen Patentverletzung zu. Dann siedelte er mit seiner Frau nach Wien über. Hier durfte er seine Erfindung der Kronprinzessin Stefanie vorführen, erzielte auch einige materielle Erfolge und glaubte nun, daß ihm die ganze Welt gehöre. Die Stadt, schnell reich zu werden, brachte ihn aber auf eine schiefe Ebene und er hatte das Malheur, wegen Untreue zu 3 Monaten schweren Strfers verurteilt zu werden. Im Jahre 1891 tauchte er wieder in Berlin auf. Er hatte für Feuerwehrezwecke eine mechanische Rettungsleiter konstruiert, die das Interesse des Branddirektors Giersberg erregte, dem Erfinder aber sonst keinen großen Segen brachte. Withorn verschaffte sich dann seinen Lebensunterhalt in schwandelhafter Weise. In prächtlichen Prospekten und Anpreisungen nahm er den Mund so voll, daß Unergründliche glauben mußten, er sei der Leiter eines großen, rentablen, technischen Instituts. In Pankow erwarb er mit künster Anzahlung ein mit Hypotheken bepacktes kleines Haus,

gleichzeitig errichtete er daselbst eine Werkstatt und am Spittelmarkt, und um seinen aller Betriebsmittel baren Unternehmern ein glänzenderes Relief zu geben, eröffnete er am Spittelmarkt ein „Bureau“ zur Annahme von Bestellungen. Die Geschäftlichkeit dauerte nur kurze Zeit; bald kam das Haus zur Subhastation, der Gerichtsvollzieher wurde täglicher Gast, die Hoffnungen auf die Gewerbe-Ausstellung von 1896 zerschlugen sich und die Geldverlegenheiten wuchsen von Tag zu Tag. Um ihnen zu entgehen, legte er sich auf den Kautionsdaukel, den er mit staunenswerten Erfolge ausübte. Durch Inferate suchte er Buchhalter, Reisende, Hausdiener und engagierte flott darauf los, unbekümmert darum, ob die sich meldenden Schreiber, Barbieri, Malergehilfen, Masseure, Musiker und dergleichen sich für den ausgeschriebenen Posten eigneten: die Hauptsache war, daß sie Kautions stellen konnten. Durch glänzende Schilberung seiner Geschäftslage und seiner Vermögensverhältnisse gelang es ihm, einer ganzen Anzahl vertrauensvoller Personen recht hohe Summen — insgesamt 178 000 M. — abzumachen. Eine ganze Reihe kleiner Leute wurden um ihre Spargroschen gebracht, bei andern arbeitete der Angeklagte „en gros“. Ein Charlottenburger Kaufmann, der durch falsche Kontoauszüge getäuscht worden war, wurde mit einer Einlage von 9000 M. „Socius“ des Angeklagten und hat von seinem Gelde keinen Pfennig wiedergegesehen. Besser kam ein anderer Charlottenburger davon, der dachte daran war, 5000 M. Kautions zu stellen, aber noch rechtzeitig gewarnt und so vor Schaden bewahrt wurde. Einen Mann, der seine Kautions von 300 M. zurückverlangte, warf der Angeklagte im abgekürzten Verfahren einfach zur Thür hinaus und einen andern, der seine 700 M. retten wollte, hieb er mit einem Degen über den Kopf. Als ihm schließlich der Boden hier zu heiß wurde, flüchtete er ins Ausland. Seine Ehefrau wurde im Jahre 1897 wegen Teilnahme an den Verträgen des Angeklagten zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und hat diese Strafe auch verbüßt. Der Ehemann spielt, seitdem er dingfest gemacht worden ist, mit großer Grandezza den „wilden Mann“ und hat durch diese Komödie schon mehrere Termine verurteilt. Es wurde die Beobachtung seines Geisteszustandes durch Sachverständige angeordnet, sie hatte aber ein negatives Ergebnis. Gerichtsarzt Dr. Hoffmann, Oberarzt Dr. Soczynski und Professor Dr. Koeppe bekundeten gestern übereinstimmend, daß der Angeklagte zwar ein etwas nervöser Mann sei, von Anwendung des § 51 Str.-G.-B. aber keine Rede sein könne. Als der Angeklagte sah, daß seine Spekulation auf den neuerdings so beliebten § 51 eine vergebliche war, versiel er in eine Art Tobsucht, schlug mit den Fäusten um sich und schimpfte laut auf die ganze Welt und auf den Gerichtshof besonders: „Das Gericht ist eine moderne Folter! Das will Christenliebe sein! Die Reichen und die vornehmen Prinzen kommen in eine Heilanstalt; dahin gehöre ich auch und nicht ins Gefängnis!“ In diesem Tone ging es eine ganze Weile fort. Alle Versuche, den Angeklagten zu beruhigen, waren vergeblich und eine ruhige Verhandlung erschien gänzlich ausgeschlossen. Der Vorsitzende ließ deshalb eine einstündige Pause eintreten. Nach deren Beendigung war die Situation unüberändert. Der Angeklagte weigerte sich, das von dem Gefängnisarzt Dr. Hoffmann verschriebene Beruhigungspulver zu nehmen und da somit eine Wiederholung der Lärmweise zu befürchten stand, sah sich der Gerichtshof gezwungen, die Verhandlung zu vertagen und eine erneute Untersuchung des Angeklagten anzuordnen.

Verfammlungen.

Der Deutsche Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin) hielt am 8. August im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung ab. Da der Sitz des Verbandes auf dem letzten Verbandstage nach Berlin verlegt worden ist, so hatte die Zahlstelle fünf Mitglieder für den Verbandsvorstand und drei Verbandsrevisoren zu wählen, nachdem der Verbandstag die beiden besoldeten Vorstandsmitglieder ernannt hat. Ueber die Kandidatenfrage entsand sich eine lebhaft diskutierte, hervorgerufen durch einige Mitglieder, die sich besonders dagegen wandten, daß die Ortsverwaltung und die Vertrauensmänner-Tigung Kandidatenvorschläge für die Wahl vorbereitet haben. Von anderer Seite wurde die Ortsverwaltung verteidigt, weil sie nur ein gutes Recht ausgeübt habe. Im übrigen blieb es selbstverständlich der Versammlung unbenommen, selbst Vorschläge zu machen. — Bei Nominierung der Kandidaten für die Revisorenwahl kam es zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende Brückner hatte, da auch Paul Jahn vorgeschlagen war, darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem im vorigen Jahre gefassten Beschlusse fünf Jahre vor zwei Jahren von Ehrenämtern auszuschließen sei. Jahn meldete sich darauf zum Wort und bezeichnete Brückner unter Bezugnahme auf die Ursachen jenes Beschlusses als einen Schurken und Verleumder. Brückner legte darauf sein Amt nieder. Gleichzeitig entstand ein großer Tumult. Alles stürzte auf Jahn ein. Rufe: „Raus mit ihm!“ erklangen, während andre zu beruhigen veruchten. Die Verhandlungen mußten eine Viertelstunde vertagt werden. Es gab darauf wieder eine sehr lebhaft diskutierte Geschäftsordnungsdebatte, in der auch diejenigen, die sonst in Oppositionstellung zu Brückner stehen, dasie eintraten, daß man Brückner als Vorsitzenden gegenüber jener Verschimpfung in Schutz nehmen müsse. Einstimmig wurde beschloffen, Brückner aufzufordern, das Amt weiterzuführen. Weiter beschloß die Versammlung gegen wenige Stimmen, Jahn als in der Versammlung nicht anwesend zu betrachten, das heißt ihm nicht das Wort zu verstaten. (Jahn rief: „Das nennt man demokratisch!“) Unter lebhaftem Beifall betrat Brückner zur Fortführung der Geschäfte wieder das Podium und dankte für das einhellige Vertrauensvotum, das in dem Beschlusse liegt. — Aus den Wahlen für den Verbandsvorstand gingen hervor: Karl Schulze, Richter, Klar, Krempel und Ernst. Verbandsrevisoren wurden Freudenreich, Bruck und Richard Schneider. — Die notwendige gewordene Ergänzung der Ortsverwaltung erfolgte durch die Wahl Hankes zum zweiten Bevollmächtigten und Kahllos zum ersten Schriftführer. In die Rechtschutzkommission wurden Lemser, Scholz, Wähler, Bergmann und Hank gewählt. Zu Revisoren für die Zahlstelle wurden Albert Hoffmann und Keitlinger ernannt. Außerdem wählte die Versammlung eine Anzahl Hilfskassierer und Hilfskassierer-Stellvertreter. Die von Witomsky gegebene Abrechnung vom Dampfervergütungen ergab einen Ueberschuß von 392,60 M. Dem Kassierer wurde für diese Abrechnung Decharge erteilt. — Den Bericht der Bibliothekskommission erstattete Schmidt. Er teilte unter andern mit, daß die Kommission dabei sei, eine Uebersicht über die Benutzung der Bibliothek unter Berücksichtigung der Art der ausgeliehenen Bücher z. festzustellen. Für Renovationsarbeiten bewilligte die Versammlung die Uebersetzung von 100 Mark an die Bibliothekskommission. In diese wurde an Stelle eines auscheidenden Mitgliedes die Kollegin Oppen-Lowinsky gewählt. Die Versammlung entlastete auch die Kommission. — Wegen der vorgehenden Zeit vertagte die Versammlung den Rechenschaftsbericht und die Abrechnung der Ortsverwaltung.

Am Donnerstag fand die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Brückner berichtete über die Thätigkeit des Vorstandes sowie über die allgemeine Lage der verschiedenen Branden. Die Agitationsarbeit ist zwar in demselben Maße wie bisher betrieben worden, sieht jedoch in einem Mißverhältnis zu dem Erfolge, denn die Mitgliederzahl ist um 198 zurückgegangen. Sie verringerte sich bis zum Quartalschluß auf 2591 männliche und 2284 weibliche Mitglieder. — In die Tarifkommission wurden sodann gewählt Rilk und Frau Koczielnia. — Die Abrechnung der Central-kasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 17 410,78 M. Die Einnahme der Lokalfasse belief sich auf 9787,82 M., der eine Ausgabe von 3150,53 M. gegenübersteht, mithin ein Bestand von 6637,29 M. verbleibt. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an männliche Mitglieder 1957,25 M. und an weibliche 394,75 M. Für Gemeinnützigkeitsunterstützung mußten 302 M. und für Streikunterstützung 680,50 M. aufgewendet werden. Der Extrafonds hat einen Bestand von 17 589,24 M. In dem paritätischen Arbeitsnachweis waren gemeldet 406 männliche und 520 weibliche Personen. Verlangt wurden 272 männliche und 755 weibliche Arbeitskräfte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Geschlossen bis inkl. Freitag. Sonnabendabend 8 Uhr: Eröffnung der Schauspiel-Saison.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) Moritz-Oper. Mittwochabend 8 Uhr: Robert der Teufel.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Schöndorferstr. 67, Stat. Bannowbrücke. Sonnabend, d. 27. Aug., abds. 8 Uhr: Wieder-Eröffnung.

Etablissement Hagenhagen Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen herrlichen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr: Konzert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Modell- und Fabrik Tischler. Donnerstag, 25. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Schmidt, Gartenstr. 6: Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Aussperrung der Forme und ihre Folgen für die Berliner Eisenindustrie. Referent: Genosse A. Körsten. 2. Werkstattbesichtigungen. 3. Verschiedenes.

Pankow. Mittwoch, den 24. August, abends 7 Uhr, bei Herrn Bauer, Schloßstraße 2: Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: Stand unserer Lohnbewegung. Sämtliche in Pankow wohnende und arbeitende Kollegen sind hierzu eingeladen. 3. A.: Der Obmann.

Socialdemokr. Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag, 28. August, nachmittags 1 Uhr: General-Versammlung.

in Zoffen im Lokale von Riffert, Barutherstraße. Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes. 2. Die Brandenburgische Provinzial-Konferenz. (Anträge betreffend anderweitige Zusammensetzung der Agitationskommission und betreffend die Lokalfrage, Wahl der Delegierten.)

Nur noch kurze Zeit! Flotten-Schauspiele. Kurfürstendamm 153-156. Straßenbahn-Verbindung: Linien A, A/E, T, V, 91. Größte Wasser-Schauspiele der Welt auf 6000 qm großem See.

2. Fachausstellung für die Schuh- und Leder-Industrie. Veranstalter vom Neue Welt (Hasenheide) 25.-30. August a. cr. GEÖFFNET von 9-9 Uhr TÄGLICH KONZERT Eintritt 50 Pfennig. Militär-Stiefel-Wettbewerb.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Donnerstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pfeffer, Rosenthalerstraße Nr. 57: Branchen-Versammlung der Stellmacher. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Brückner über: 'Das Krankenversicherungsgesetz und seine Bedeutung für die Arbeiter.'

Max Klem's Sommer-Theater Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein. Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes 'Solidarität'. Mittwoch, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstraße 20: Außerordentliche Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Ergänzung des Statuts und Tourenordnung.

Möbelfabrik. Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei BERLIN SO., Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6, am Kottbuser Thor.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen. Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trockenes Land, per □-R. von 85 M. an. 46192*

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckt. Wors 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Pfandleihhaus Weidenweg 19 verkauft (spottbillig) verschiedene Pfänder. Ferner: Betten, Bettmöbel, Bettinletts, Herrenuhren, Damenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmuckstücke, Trauringe, Jackenfingerringe, Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Regulatoren, Freischwinger, Spiegel.

Ringelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Boche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 497*

Wittve verkauft sofort vollständige Tischplatte (Stube und Küche), acht Ruhbaum mit Säulen. Händler verbieten. Blöße, Thierstraße 55, II. 497*

Parteilosen, Freunde und Bekannten mache ich auf meine Restauration, Grüner Weg 28, aufmerksam. Paul Robus, Gastwirt. 4785

Mietsgesuche. Genosse sucht altschöne Schlafstelle Strahldorfer-Gäßchenstraße Nr. 50 Postamt 14 bis Freitag. 4746

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Volkskammer 'Schmelzer', Mühlentstraße 10. 4704*

Stellenangebote. Schloßergasse verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 5825

Redakteur. zweite tüchtige Kraft für die 'Volkszeitung' in Düsseldorf gesucht. Effekten mit Gehaltsansprüchen an den Vorstehenden der Redaktionskommission, Genossen L. Schmidt, Borgstrasse 8, Düsseldorf. 119/10

Verschiedenes. Aufreim leben Genossen und Vorstehenden die herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Biegelesse. Lotterieverein Weh. 5678

Vermietungen. Tempelhof, Werderstraße 1: Dächer, Kaminofen neu erbaut. Haus preiswert zu vermieten. Näheres selbst. Sofort besichtigbar. 2025*

Musikinstrumenten-Arbeiter! Die Pianino-Fabrik von A. Gast & Co. Frankfurter Allee 117a ist wegen Lohnbeschränkungen für alle Branchen gespart. 141/17*

Achtung, Tischler! In der Genossenschaft 'Anton', Grundstraße 35, herrschen Differenzen. Zugang fernzuhalten. 1894*